



ÄRZTEKAMMER
HAMBURG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

2001 Tätigkeitsbericht

Ärztekammer Hamburg – Humboldtstr. 56, 22083 Hamburg
Tel.: 040 / 22 802 596, Fax: 040 / 220 99 80
Email: aekeh@arztekammer-hamburg.de
www.arztekammer-hamburg.de

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Ärzteversammlung	3
Die Kammerversammlung	4
Aus der Arbeit des Vorstands	7
Ärztestatistik 2001	10
Haushalt der Ärztekammer Hamburg	16
Ärztliche Weiterbildung	17
<i>Weiterbildungsausschuss</i>	<i>17</i>
<i>PPP-Ausschuss</i>	<i>20</i>
<i>Weiterbildungsprüfungen</i>	<i>20</i>
<i>Widerspruchsausschuss</i>	<i>21</i>
<i>Fachkundenachweis Strahlenschutz</i>	<i>23</i>
<i>Statistik der Ärztlichen Weiterbildung</i>	<i>24</i>
Fortbildungsakademie	26
Ärzteverzeichnis	30
Qualitätssicherung	31
Referat Berufsordnung und Beschwerdestelle	34
Bericht des Ombudsmannes	37
Ärztliche Stelle	38
Ausbildung für Arzthelferinnen	40
Patientenberatung	45
Gebührenordnung für Ärzte	48
Rechtsabteilung	48
Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen und Schlichtungsausschuss	49
Pressestelle	52
Bibliothek des ärztlichen Vereins	54
Kommissionen der Ärztekammer Hamburg	55
<i>Ethik-Kommission</i>	<i>55</i>
<i>Kommission Reproduktionsmedizin</i>	<i>58</i>
<i>Kommission Lebendspende</i>	<i>59</i>
Ausschüsse und Arbeitskreise der Ärztekammer Hamburg	61
<i>Ausschuss ‚Ärztinnen‘</i>	<i>61</i>
<i>Beitragsprüfungsausschuss</i>	<i>62</i>
<i>Fürsorgeausschuss</i>	<i>62</i>
<i>Arbeitskreis Hämotherapie-Richtlinien</i>	<i>63</i>
<i>Ausschuss Umweltmedizin</i>	<i>63</i>
<i>Ausschuss ‚Zusammenarbeit von Ärzten und Selbsthilfegruppen‘</i>	<i>65</i>
Vertreter der Ärztekammer Hamburg in Gremien der Bundesärztekammer	66
Liste der Fachbeisitzer / Prüfer 2001	67

Allgemeine Ärzteversammlung

Gemäß § 33 des Hamburgischen Ärztegesetzes soll einmal im Jahr oder auf Verlangen eines Viertels der Kammerangehörigen eine Allgemeine Ärzteversammlung vom Präsidenten einberufen werden. In diesem Jahr hatte Dr. Frank Ulrich Montgomery die Hamburger Ärztinnen und Ärzte zum Thema „Patientenberatung durch den Fachmann oder Laien“ in das Ärztehaus eingeladen. Referate von Dr. Montgomery, Christoph Kranich von der Verbraucherzentrale Hamburg und Dr. Michael Späth, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, führten in das Thema ein, in dessen Anschluss sich eine rege Diskussion entwickelte.

Im Eingangsreferat verwies Montgomery auf die verschiedenen Initiativen für Patienten in Hamburg, die als Interessenvertreter fungierten. „Patientenberatung braucht Fachleute, die auf fundiertes Wissen und entsprechende Erfahrung zurückgreifen können“, meinte er und führte aus, dass die Ärztekammer Hamburg schon seit vielen Jahrzehnten Patienten berate. Früher mit Auskünften aus dem Ärzteverzeichnis, seit einigen Jahren als eigenständige Abteilung. Mit Beginn des Jahres 2001 kooperiere die Ärztekammer mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, so dass die Patientenberatung personell erweitert werden konnte. Man sei dadurch, sagte der Ärztekammerpräsident, der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Patienteninformationen nachgekommen. In seinem Referat stellte Christoph Kranich die Beratungsleistungen der Verbraucher-Zentrale Hamburg im Bereich Patientenberatung vor. Er verwies darauf, dass sie zur Rechtsberatung ausdrücklich befugt sei. Dr. Späth sprach im Schlussreferat insbesondere über die ärztlichen Körperschaften sowie die Ärztinnen und Ärzte als die eigentlichen Interessenvertreter der Patienten, da sie über die medizinischen Kompetenzen verfügten.

Dr. Späth und Dr. Montgomery begrüßten die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kassenärztlicher Vereinigung und Ärztekammer in Hamburg. Kritische Anfragen in der sich anschließenden Diskussion richteten sich gegen die sogenannte Graue Datei der Verbraucher-Zentrale, in der anonymisiert Beschwerden gegen Ärzte gesammelt werden. Die Bedenken der anwesenden Ärzte gegen die Erhebung dieser Daten konnten von Herrn Kranich auch nach längerer Diskussion nicht ausgeräumt werden.

Die Kammerversammlung

Im Jahr 2001 kamen die Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Ärzteschaft zu vier Kammerversammlungen zusammen. Die Kammerversammlung ist nach § 25 des Hamburgischen Ärztegesetzes das Legislativ-Organ der Ärztekammer Hamburg. Sie beschließt insbesondere die Satzungen, die Geschäftsordnungen, den Haushalt, die Höhe der Kammerbeiträge und kontrolliert damit den Vorstand, das Exekutiv-Organ der Ärztekammer Hamburg. Neben diesen vielfältigen, im Hamburgischen Ärztegesetz und in der Satzung genannten Aufgaben haben die Mitglieder der Kammerversammlung im Jahr 2001 wichtige aktuelle berufspolitische Themen diskutiert.

Berufspolitische Themen

Die Lageberichte des Präsidenten Frank Ulrich Montgomery informierten das Plenum über aktuelle berufspolitische Themen auf Bundes- und Landesebene. So informierte Montgomery über die Einrichtung eines runden Tisches im Gesundheitswesen, der alle drei Monate sämtlichen Interessengruppen des Gesundheitswesens ein Diskussionsforum bieten soll. Die Ärzteschaft sei mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer Prof. Hoppe sowie dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Dr. Richter-Reichhelm vertreten. Allerdings kritisierte Montgomery, dass der Runde Tisch bisher „keine neuen Lösungen hervorgebracht, sondern vielmehr nur systemimmanente Beschreibungen geliefert hat“.

In der 259. Sitzung der Kammerversammlung sprach Montgomery ausführlich über das Gutachten des Sachverständigenrates der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen. Der Sachverständigenrat fordere eine Verbesserung des Fortbildungsangebotes sowie die Rezertifizierung von Facharztanerkennungen in Abständen mehrerer Jahre.

Ein weiteres berufspolitisches Thema, das die Diskussionen im letzten Jahr bestimmte, war die Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte. Der Antrag der Ärztekammer Hamburg an den Vorstand der Bundesärztekammer brachte dieses Thema auf den 104. Deutschen Ärztetag in Ludwigshafen. In seinem Bericht über den Ärztetag legte Montgomery der Kammerversammlung dar, wie sehr die Ausbeutung sowohl in Kliniken als auch in Praxen zugenommen habe.

In der letzten der vier Kammerversammlungen des Jahres 2001 diskutierte das Plenum kontrovers über den Einsatz von Brechmitteln an Drogendealern und verabschiedete eine Resolution zu dem Thema. Mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen sprach sich das Plenum dafür aus, dass die Brechmittelvergabe gegen den Willen des Betroffenen unter ärztlichen Gesichtspunkten nicht zu vertreten sei und die Brechmittelgabe unter Gewaltanwendung abgelehnt werde.

Berufsordnung – Richtlinien zur assistierten Reproduktion verabschiedet

In der 259. Sitzung der Kammerversammlung verabschiedeten die Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Ärzteschaft die in den letzten Jahren mehrfach diskutierten Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion mit großer

Mehrheit bei fünf Gegenstimmen. Vorgelegt worden war der Richtlinienentwurf einer Ad-hoc-Kommission, die von der Kammerversammlung mit der Ausarbeitung des Papiers beauftragt worden war. Die Richtlinien regeln die fachlichen, personellen und technischen Voraussetzungen zur Durchführung assistierter Reproduktion. Assistierte Reproduktion gilt danach als besonderes medizinisches Verfahren nach § 13 der Berufsordnung. Als Folge der Abstimmung wurde in der darauffolgenden Kammerversammlung dieser Paragraf neu gefasst und um die Richtlinien zur assistierten Reproduktion ergänzt.

Weiterbildungsordnung – geringfügige Änderungen

Die Weiterbildungsordnung wurde an mehreren Stellen novelliert: Einstimmig ohne Enthaltungen stimmte die Kammerversammlung der Streichung des Zusatzes „im Stationsdienst“ beim Gegenjahr in den Gebieten Neurologie und Psychiatrie und Psychotherapie zu. Ebenfalls einstimmig bei wenigen Enthaltungen beschloss das Plenum in dieser Sitzung die Einführung einer Fachkunde „ärztliches Qualitätsmanagement“ und die Umbenennung des Facharztes für Kinderheilkunde in Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin.

Eine weitere Änderung der Weiterbildungsordnung betraf die Anerkennung von ärztlichen Tätigkeiten im Ausland, insbesondere der Schweiz. Mit dieser Änderung, die einstimmig vom Plenum verabschiedet wurde, kann eine Weiterbildung, die den Grundsätzen der Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärztekammer entspricht, nun auch ganz in der Schweiz – wie in den EU-Mitgliedsstaaten – erfolgen, ohne dass 12 Monate Weiterbildung in Deutschland erfolgen müssten.

Fortbildung – Auslegungsbestimmungen der Fortbildungsordnung verabschiedet

Im Bereich der Fortbildung diskutierte das Plenum über die nachträgliche Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen, die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen anderer Landesärztekammern und die Übertragung der Punkte sowie Fragen der Gebührenordnung. Einen Änderungsantrag, die Definition ärztlicher Fortbildung um die Bereiche der wirtschaftlichen Praxisführung und des Praxismanagements zu erweitern, lehnte die Kammerversammlung mehrheitlich ab. Das Plenum nahm dagegen zustimmend die Auslegungen einzelner Bestimmungen der Fortbildungsordnung zur Kenntnis. Hierin ist festgelegt, dass die nachträgliche Akkreditierung von Veranstaltungen möglich ist. Des Weiteren ist die Teilnahme an Veranstaltungen, die von einer anderen als der Ärztekammer Hamburg anerkannt worden sind, auf das Fortbildungszertifikat anrechenbar. Dem Antrag Dr. Harbs, unter bestimmten Voraussetzungen auf die Akkreditierungsgebühren zu verzichten, stimmte die Kammerversammlung mit großer Mehrheit zu. § 5 Abs. 3 der Fortbildungsordnung sieht nun vor, auf die Gebühr für den Antrag auf Akkreditierung zu verzichten, wenn die Fortbildungsveranstaltung kostenfrei und ohne finanzielle Unterstützung Dritter angeboten wird und der Antrag von einer Klinik oder Praxis oder einem Verband, einer Fachgesellschaft oder einem Institut gestellt wird.

Regularien – satzungsgemäße Aufgaben

Aufgabe der Kammerversammlung sind die Wahlen, Nachwahlen oder Besetzungen von Ausschüssen, Prüfungskommissionen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Deutschen Ärztetag. In diesem Jahr verabschiedete die Kammerversammlung die durch die Umstellung auf den Euro notwendig gewordenen Änderungen in der Gebühren- und Beitragsordnung.

Ärztékammer erwirtschaftete leichten Überschuss

Eine wichtige satzungsgemäße Aufgabe der Kammerversammlung sind die Beratungen der Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der Ärztekammer sowie der Abschlüsse des Versorgungswerkes.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2000 wurde in der 260. Sitzung der Ärztekammer zunächst vom Kaufmännischen Geschäftsführer der Ärztekammer, anschließend vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses der Ärztekammer erläutert. Wie in den Vorjahren konnte die Ärztekammer das Geschäftsjahr 2000 mit einem leichten Überschuss abschließen. Im Vergleich zum Abschluss 1999 sind sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen um ca. 420.000 DM gestiegen. Sparsame Haushaltsführung, hohe Beitragseinnahmen und zusätzliche Gebühreneinnahmen durch die Ethik-Kommission und die Kommission Lebendspende trugen zu dem erfolgreichen Jahresabschluss bei. Die Kammerversammlung nahm ihn einstimmig an und entlastete den Vorstand der Ärztekammer für den vorgelegten Jahresabschluss.

Versorgungswerk

Der Geschäftsbericht des Versorgungswerkes der Ärztekammer Hamburg für das Geschäftsjahr 2000 wurde in der 261. Sitzung der Kammerversammlung am 29. Oktober von Dr. Hemker erläutert. Wie schon in den Vorjahren konnte er auch im Jubiläumsjahr – das Versorgungswerk feierte sein 30jähriges Bestehen – eine positive Bilanz ziehen. Das Plenum beschloss einstimmig den Rechnungsabschluss für das 30. Geschäftsjahr des Versorgungswerkes und entlastete die beiden Ausschüsse des Versorgungswerkes (Verwaltungsausschuss und Aufsichtsausschuss).

Im Versorgungsstatut wurden ebenfalls Änderungen durch die Umstellung auf den Euro notwendig. Einstimmig verabschiedete die Kammerversammlung die vorgeschlagenen Änderungen sowie die Erhöhung der allgemeinen Rentenbemessungsgrundlage um 1,15 %.

Haushaltsplan 2002

Die letzte Sitzung der Kammerversammlung im Jahr 2001 schloss mit den Beratungen über den Haushaltsplan für das Jahr 2002. Der Kaufmännische Geschäftsführer erläuterte die Eckpunkte des Haushaltsplans und führte aus, dass trotz eines zu erwartenden Defizits der Kammerbeitrag wie in den Vorjahren stabil bei 0,6 % zu halten sei. Die Kammerversammlung verabschiedete den Haushaltsplan einstimmig ohne weitere Diskussion.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand ist als Exekutiv-Organ verantwortlich für die Geschäftsführung der Kammer. Hier werden alle wichtigen Entscheidungen für die Kammer getroffen - häufig auf der Grundlage von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, Kommissionen und sonstigen, ad hoc gebildeten Gremien. Gesetzliche Grundlage für die Aufgaben des Vorstandes sind die Bestimmungen des § 27 des Hamburgischen Ärztegesetzes.

Mitglieder des Vorstands

Dr. Frank Ulrich Montgomery (Präsident)

Dr. Bruno Schmolke (Vizepräsident)

Prof. Dr. Martin Carstensen

Frau Dr. Angelika Koßmann

Dr. Friedrich Hach

Prof. Dr. Winfried Kahlke

PD Dr. Süleyman Ergün

In den monatlichen Sitzungen von durchschnittlich drei- bis vierstündiger Dauer werden regelmäßig wichtige Angelegenheiten der ärztlichen Weiter- und Fortbildung, der Arzthelferinnen-Ausbildung, der Anwendung der Berufsordnung – einschließlich Qualitätssicherung – sowie wichtige ethische Fragen der Berufsausübung beraten und beschlossen.

Wahrnehmung der Berufsaufsicht

Pro Sitzung entfallen mindestens 20 % der Beratungszeit auf zahlreiche Einzelfälle, in denen Kammermitgliedern eine ärztliche Berufspflichtverletzung vorgeworfen wurde. Nach Abschluss der berufsrechtlichen Ermittlungen entscheidet der Vorstand über die Durchführung eines berufsgerichtlichen Vorermittlungsverfahrens und danach über den Antrag auf Eröffnung eines Berufsgerichtsverfahrens beim Hamburgischen Berufsgesicht für die Heilberufe.

Hilfsprogramm für suchtkranke Kammermitglieder intensiviert

Mit einem neu verfassten Merkblatt und mehreren Artikeln zum Thema „Suchterkrankung“ im Hamburger Ärzteblatt, wurde wiederholt auf das Interventionsprogramm der Kammer in diesem Bereich hingewiesen. Seit Jahren bietet die Ärztekammer suchtkranken Ärzten und Ärztinnen Hilfe und Unterstützung an, wenn es darum geht, unverzüglich einen Therapieplatz für die stationäre Entzugs- und Entwöhnungsbehandlung zu finden. Bei der ambulanten Nachbetreuung ist die Kammer bei der Überprüfung des Therapieerfolges aktiv beteiligt. Mit Unterstützung der Kammer soll eine Selbsthilfegruppe für Ärzte und Ärztinnen gebildet werden. Das Hilfsangebot der Ärztekammer ist im Berichtsjahr von einer zunehmenden Zahl von Hamburger Ärzten und Ärztinnen in Anspruch genommen worden.

Sonderfortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen

Zur plötzlich in Deutschland entstandenen BSE-Problematik wurde zu Beginn des Berichtsjahres eine Sonderfortbildungsveranstaltung angeboten, nachdem dieses Thema über mehrere Wochen in allen Medien größte Beachtung fand. Es ging hier darum, das ärztliche Wissen auf diesem Gebiet aktuell darzustellen, um von ärztlicher Seite zur Versachlichung und Beseitigung übertriebener Ängste beitragen zu können. Zum Ende des Jahres veranlasst der Vorstand der Ärztekammer eine Sonderfortbildungsveranstaltung zum Thema „Ärztliche Hilfe bei Großschadensfällen in Hamburg“. Anlass hierfür waren die welterschütternden Ereignisse des 11. September 2001 in New York. Den Hamburger Ärzten und Ärztinnen sollte deutlich gemacht werden, wie die Hansestadt Hamburg auf Großschadensfälle vorbereitet ist und welchen Beitrag jeder einzelne Arzt in einem solchen Fall leisten kann.

Hämotherapie-Richtlinien: Neue Aufgaben für die Kammer

Mit Inkrafttreten des neuen Transfusionsgesetzes und den in § 15 verankerten Hämotherapie-Richtlinien sind neue Aufgaben für die Ärztekammer bei Überwachung der Qualitätsmaßnahmen bei der Herstellung und Anwendung von Blut und Blutprodukten für die Kammer vorgesehen. Der Vorstand beauftragte einen Arbeitskreis Hämotherapie-Richtlinien mit der Erarbeitung eines Verfahrens, mit dem die Ärztekammer die Einhaltung der Qualitätsstandards bei den Anwendern zukünftig überprüfen wird. Das Transfusionsgesetz bedingt außerdem auch neue Aufgaben für die Ethikkommission der Ärztekammer, da die Spenderimmunsierung gemäß § 8 des Transfusionsgesetzes zuvor die Anrufung der Landes-Ethikkommission erfordert. Diese zusätzliche Aufgabe der Ethik-Kommission erfordert eine entsprechende Änderung der Satzung.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit anerkannt

Nachdem der Europäische Gerichtshof in einem Urteil vom 03.10.2000 festgestellt hatte, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit gilt, ist zu erwarten, dass auch in Deutschland die Rechtsprechung sich hieran orientiert. Dies wurde jedenfalls in einem gut begründeten Rechtsgutachten in überzeugender Weise so dargestellt, und erste Arbeitsgerichtsurteile bestätigten die Bindekraft des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Deutschland.

Der Vorstand der Ärztekammer befasste sich wiederholt mit der Frage, mit welchen Auswirkungen auf den ärztlichen Arbeitsmarkt bei Umsetzung des Urteils in Deutschland zu rechnen ist. Die Krankenhausträger in Hamburg wurden in einem Schreiben der Ärztekammer darum gebeten, sich rechtzeitig bei der Personalplanung auf die Umsetzung dieses Urteils einzustellen.

Angabe von Tätigkeitsschwerpunkten zukünftig erlaubt

Durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wurden im Berichtsjahr die Weichen zu einer erheblichen Liberalisierung des Werbeverbotes für Ärzte und Zahnärzte gestellt. Zukünftig ist es Ärzten erlaubt, bis zu drei Tätigkeitsschwerpunkte unter bestimmten Bedingungen anzukündigen und auf dem Praxisschild zu führen. Dies erfordert eine entsprechende Änderung der Muster-

Berufsordnung, die in den Gremien der Bundesärztekammer im Berichtsjahr vorbereitet wurde. Der Vorstand der Ärztekammer beschloss, in Vorgriff auf die zu erwartenden Änderungen der Bestimmungen der Berufsordnung bereits jetzt das Führen von Tätigkeitsschwerpunkten auf Antrag zu genehmigen.

Brechmitteleinsatz in Hamburg

Bereits im Spätsommer befasste sich der Vorstand der Ärztekammer Hamburg mit dem Thema gewaltsamer Brechmitteleinsatz bei der Strafverfolgung von Drogendealern im Institut für Rechtsmedizin des UKE. Der Vorstand bereitete in seiner Sitzung am 03.09.2001 für die Sitzung der Kammerversammlung einen Resolutionsentwurf vor, der von der Kammerversammlung am 29.10.2001 mehrheitlich verabschiedet wurde. Die gewaltsame Verabreichung von Emetika wurde in dieser Resolution als unärztlich verurteilt und jegliche ärztliche Beteiligung an einer solchen Maßnahme abgelehnt.

Monate später kam es am 09.12.2001 bei der gewaltsamen Verabreichung eines Brechmittels an einen 19jährigen Drogendealer aus Kamerun zu einem tödlichen Zwischenfall. Die genauen Umstände und Ursache für den Tod des Jugendlichen konnten bisher abschließend nicht geklärt werden. In einer Sondersitzung am 17.12. bekräftigte der Vorstand das von der Kammerversammlung im Oktober mehrheitlich beschlossene Votum gegen die Gabe von Emetika unter Gewaltanwendung. Der Senat wurde von der Kammer aufgefordert, das Problem der Beweissicherung gegen Drogendealer politisch zu lösen und unter allen Umständen auf die Gewaltanwendung bei Verabreichung von Emetika zu verzichten.

Jobbörse Schweden

Zur Vermittlung deutscher Ärzte nach Schweden wurden 130 Stellenbewerber zu einem Vermittlungsgespräch in die Ärztekammer Hamburg eingeladen. Anwesend waren Vertreter von schwedischen Krankenhäusern, um erste Kontakte mit deutschen Ärzten und Ärztinnen für schwedische Krankenhäuser zu knüpfen. Wie bereits bei der Vermittlung von deutschen Ärzten nach Norwegen, war auch diese Aktion für Bewerber und zukünftige Arbeitgeber ein voller Erfolg.

Kommission zur Überprüfung des ärztlichen Ausbildungsstandes

Auf Bitten der Gesundheitsbehörde wurde im Berichtsjahr bei der Ärztekammer eine Sachverständigenkommission zur Überprüfung des Ausbildungsstandes ausländischer (Nicht-EU-Ausland) Ärzte, die eine befristete Erlaubnis zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit für Deutschland beantragen, eingerichtet. In den Fällen, in denen die Gleichwertigkeit der ärztlichen Ausbildung von den Antragstellern nicht belegt werden kann, wird die Sachverständigenkommission in einem einstündigen Prüfungsgespräch die Gleichwertigkeit des Kenntnisstandes überprüfen. Die Sachverständigenkommission setzt sich aus drei Hochschullehrern und einem Prüfungsausschussvorsitzenden zusammen. Sie wird auf Antrag der Behörde tätig.

Förderprogramm Allgemeinmedizin aktiviert

Nachdem die Förderung der Allgemeinmedizin im stationären Bereich bisher nur zu 30 % genutzt wurde, startete der Vorstand der Ärztekammer auf Empfehlung der „Arbeitsgruppe Förderung der Allgemeinmedizin“ ein Aktionsprogramm. Durch Anschreiben und persönliche Gespräche mit den Ärztlichen Direktorien der Krankenhäuser in Hamburg wurden die finanziellen Vorteile für den Krankenhausträger bei Teilnahme am Förderprogramm noch einmal erläutert und die gesundheitspolitische Bedeutung der allgemeinmedizinischen Versorgung der Bevölkerung dargestellt. Im Ergebnis führten diese Maßnahmen bis zum Ende des Berichtsjahres zu einer mehr als 60%igen Ausnutzung der in den Krankenhäusern in Hamburg geförderten Stellen. Damit hat Hamburg eine Spitzenstellung der westdeutschen Bundesländer und auch im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern eine gute Position erreicht.

Zukünftig Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Richter

Auf Anregung der Ärztekammer Hamburg sollen ehrenamtliche Richter des Hamburgischen Berufsgerichts für die Heilberufe nach Zustimmung der Justizbehörde zukünftig eine Aufwandsentschädigung für ihre Tätigkeit erhalten. Bei den ehrenamtlichen Richtern handelt es sich um Hamburger Ärztinnen und Ärzte, die zusammen mit einem hauptamtlichen Richter des Verwaltungsgerichtes die Spruchkammer bilden. Die Aufwandsentschädigung für Ärztinnen und Ärzte orientiert sich an der Entschädigung, die Richter am Verwaltungsgericht für ihre Tätigkeit am Berufsgericht erhalten.

Umsetzung der Fortbildungsordnung problemlos

Die am 01.04.2001 in Kraft getretene Fortbildungsordnung, in der u.a. die Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen Dritter sowie ein freiwilliges Fortbildungszertifikat für die Kammermitglieder vorgesehen ist, hat sich in der Anwendung rasch bewährt. Im Berichtsjahr wurden ca. 500 Anträge auf Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen gestellt. Die Ablehnungsquote beträgt etwa 5 %. Die Bearbeitung von Fortbildungsveranstaltungen, für die keine Teilnehmergebühren erhoben und die finanziell nicht von der Industrie unterstützt werden, erfolgt kostenfrei. Die mit der Umsetzung der Fortbildungsordnung verbundene Mehrarbeit konnte von den Mitarbeiterinnen der Akademie ohne personelle Verstärkung zusätzlich geleistet werden.

Ärztestatistik 2001

Die Gesamtzahl der bei der Ärztekammer Hamburg gemeldeten Ärztinnen und Ärzte ist im Laufe des Jahres 2001 von insgesamt 10.792 auf 10.975 angestiegen. Der Nettoanstieg von 183 Kammermitgliedern entspricht etwa 1,7%.

Betrachtet man die Wanderung der Kammermitglieder, so ist erwähnenswert, dass unter den 830 Zugängen im Jahre 2001 die Zahl der Ärzte/Ärztinnen im

Praktikum, d. h. also der Berufsanfänger/-innen, 386 beträgt und damit fast 47% ausmacht. Unter den 818 Abgängen sind 43 verstorbene Kammermitglieder zu verzeichnen.

Berufstätige Ärztinnen/Ärzte - Verteilung nach Fachgebieten und Tätigkeitsort

Die **Tabelle 1** gibt eine Übersicht über die Verteilung der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte auf die verschiedenen Gebiete der Medizin unter Berücksichtigung des Tätigkeitsortes (niedergelassen, im Krankenhaus oder sonstiger Tätigkeitsbereich). Betrachtet man hier die Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen/Ärzte (9118), fällt auf, dass der Nettozuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 188 (2,1%) auf 72 (0,8%) erheblich gesunken ist.

Im **Krankenhausbereich** ist im Gegensatz zum Vorjahr wieder ein leichter Anstieg von 4.241 auf 4.272 Ärztinnen/Ärzte (ca. 0,7%) zu verzeichnen. Die Krankenhausärzte/-innen setzen sich zusammen aus 361 leitenden Ärzten / Ärztinnen, 390 Oberärzten/-ärztinnen und 3.521 nachgeordneten Ärzten / Ärztinnen.

Von Interesse ist auch, den Anteil der **Ärztinnen/Ärzte im Praktikum** an der Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen/Ärzte anzuschauen. Im Berichtsjahr waren insgesamt 809 Ärztinnen/Ärzte im Praktikum gemeldet, davon 670 als berufstätig. Daraus errechnet sich eine Arbeitslosenquote von ca. 17% für die Gruppe der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Prozentanteil leicht erhöht. Hierzu ist anzumerken, dass sich die Gesamtzahl der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum im Vorjahr von 823 auf 809 im Jahre 2001 verringert hat. Im Berichtsjahr waren etwa 7,3% der berufstätigen Kammermitglieder Ärztinnen/Ärzte im Praktikum.

Im Folgenden wird der Anteil der **Ärztinnen/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung** (einschließlich Prakt. Ärzte / Ärztinnen und AIP) innerhalb der insgesamt berufstätigen Kammermitglieder betrachtet. Im Berichtsjahr betrug diese Zahl 3.398, entsprechend 37,3%. Der Großteil davon, nämlich 2059, entfällt erwartungsgemäß auf Ärztinnen / Ärzte, die im Krankenhaus tätig sind und sich hier noch in der Weiterbildung befinden. Bezogen auf alle Krankenhausärzte/-ärztinnen (4.272) entspricht dies einem Anteil von etwa 48,2%. Dem steht eine Zahl von 340 Assistenten/Assistentinnen gegenüber, die in der Praxis ihre Weiterbildung erfahren. In der Tabelle 1 ist diese Gruppe der Rubrik „sonstiger Tätigkeitsbereich“ zugerechnet. Das bedeutet, dass etwa 14% der Weiterbildungsassistenten/-assistentinnen in der Praxis und 86% im Krankenhaus tätig sind.

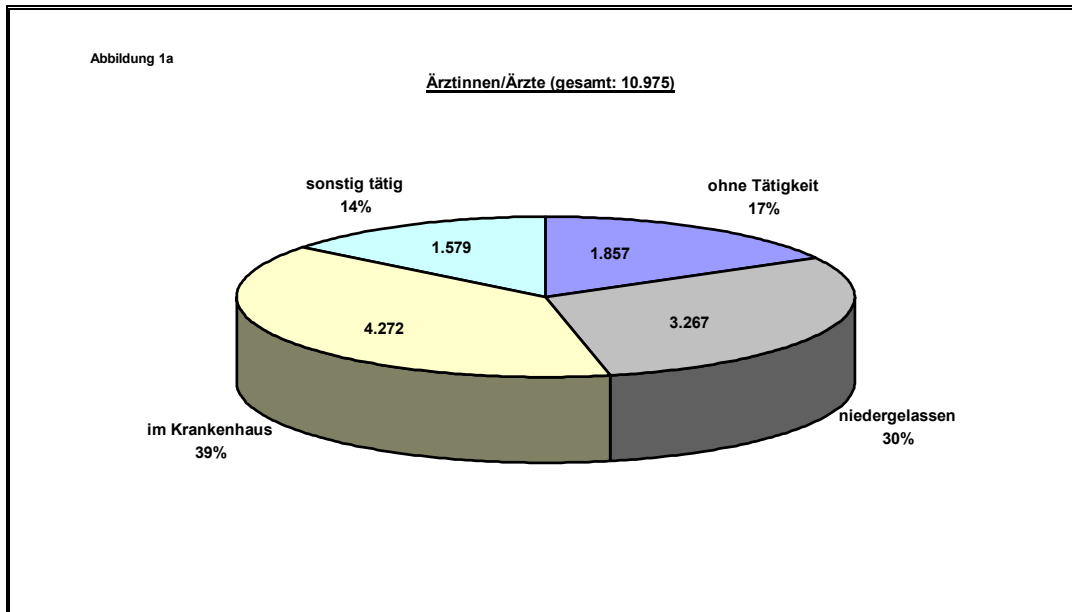
Die Gruppe der niedergelassenen **Allgemeinmediziner/-medizinerinnen** zählte Anfang der 90er ca. 400 und liegt Ende 2001 bei 531. Demgegenüber weist die Statistik für das Berichtsjahr 422 niedergelassene Praktische Ärztinnen/-Ärzte aus (Ärztinnen/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung und nach EG-Richtlinien ausgebildete Praktische Ärztinnen/-Ärzte).

**Tabelle 1: Berufstätige Ärztinnen/Ärzte
Gesamtübersicht nach Fachgebieten, Stand: 31.12.2001**

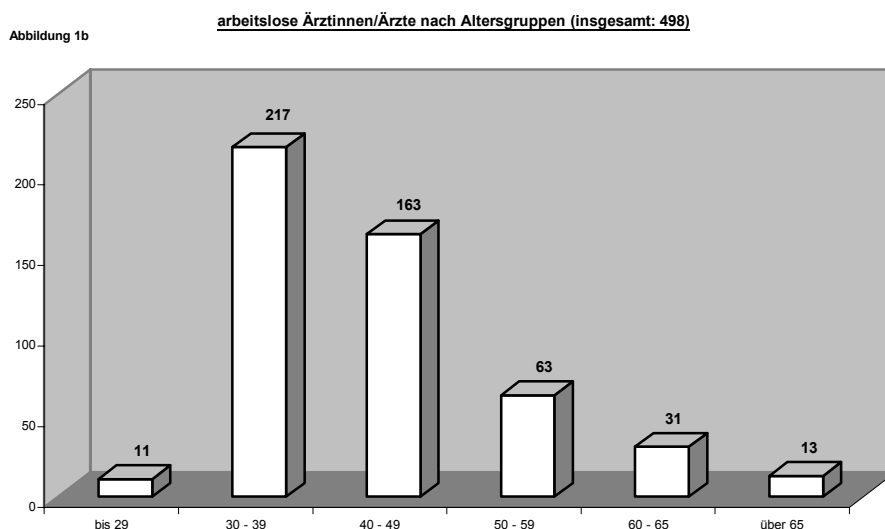
Gebietsbezeichnungen	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr	Berufstätig	Veränderung zum Vorjahr	Niedergelassen	im Krankenhaus	sonst. tätig
<i>ohne Gebietsbezeichnung (einschl. Prakt. Ärztin/Arzt)</i>	3.377	2,6	2.728	3,6	422	1.501	805
Ärztinnen und Ärzte im Praktikum	809	- 1,7	670	- 3,0	---	558	112
Allgemeinmedizin	797	3,8	641	3,7	531	22	88
Anästhesiologie	569	3,3	511	1,6	82	384	45
Anatomie	10	0,0	10	0,0	---	10	---
Arbeitsmedizin	125	- 12,0	102	- 16,4	10	5	87
Augenheilkunde	262	1,2	198	3,9	148	38	12
Biochemie	1	- 50,0	---	- 100,0	----	---	---
Chirurgie	532	- 1,7	456	- 3,2	93	316	47
Diagnostische Radiologie (*einschl.: Radiologie und Radiologische Diagnostik)	284	2,2	242	- 0,8	88	126	28
Frauenheilk. u. Geburtshilfe	526	1,7	438	0,0	287	124	27
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	225	6,1	196	4,3	117	62	17
Haut- u. Geschlechtskrht.	195	3,2	157	- 0,6	99	23	35
Herzchirurgie	12	20,0	12	20,0	---	12	---
Humangenetik	7	0,0	7	0,0	4	3	---
Hygiene u. Umweltmedizin (einschl.: Hygiene (A.LD) Gebiet)	3	- 25,0	3	- 25,0	---	1	2
Innere Medizin	1.276	0,6	1.066	- 0,7	554	425	87
Kinderchirurgie	4		4		---	4	---
Kinder- und Jugendmedizin	398	0,3	330	- 1,2	149	142	39
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (*einschl.: Kinder- u. Jugendpsychiatrie)	39	2,6	33	3,1	18	11	4
Klinische Pharmakologie	5	25,0	4	33,3	1	2	1
Laboratoriumsmedizin	58	20,8	43	19,4	24	16	3
Lungen- u. Bronchialheilkunde	34	30,8	21	61,5	15	4	2
Mikrobiologie u. Infektions-epidemiologie	44	7,3	32	6,7	7	23	2
Mund-Kiefer-Gesichtschir.	64	20,8	56	24,4	35	12	9
Nervenheilkunde	277	7,8	234	9,3	134	83	17
Neurochirurgie	49	11,4	49	14,0	6	42	1
Neurologie	58	- 4,9	53	- 8,6	20	30	3
Neuropathologie	6	20,0	4	- 20,0	---	4	---
Nuklearmedizin	19	- 13,6	16	- 11,1	6	9	1
Öffentliches Gesundheitswesen	36	- 14,3	19	- 29,6	---	3	16
Orthopädie	267	6,8	238	8,2	165	45	28
Pathologie	48	- 9,4	41	- 14,6	9	24	8
Pharmakologie u. Toxikol.	9	0,0	7	- 12,5	---	4	3
Phoniatrie u. Pädaudiologie	4	100,00	4	100,00	1	2	1
Physikal. u. Rehabil Medizin	16	- 20,0	15	- 21,1	4	9	2
Physiologie	4	0,0	4	0,0	---	4	---
Plastische Chirurgie	19	72,7	16	45,5	7	7	2
Psychiatrie u. Psychoth. (*einschließl.: Psychiatrie)	185	4,5	167	0,0	64	78	25
Psychotherapeut. Medizin	111	- 21,3	108	- 22,3	85	15	8
Rechtsmedizin	10	0,0	8	- 11,1	1	5	2
Strahlentherapie	14	- 33,3	13	- 31,6	6	6	1
Transfusionsmedizin	25	- 10,7	25	- 10,7	1	22	2
Urologie	162	3,2	137	3,0	74	56	7
mit Gebietsbezeichnung	6.789	1,6	5.720	- 0,02	2.845	2.213	662
insgesamt	10.975	1,7	9.118	0,8	3.267	4.272	1.579

Kammermitglieder nach Tätigkeitsbereichen

In der **Abbildung 1a** ist grafisch die Verteilung aller Kammermitglieder nach Tätigkeitsbereichen dargestellt. Der Anteil der Ärztinnen/Ärzte ohne Tätigkeit ist mit 17% weiterhin sehr hoch. Anfang der 90er Jahre lag dieser Prozentanteil bei ca. 13. Die prozentuale Verteilung zwischen den „Niedergelassenen“, „den Ärztinnen / Ärzten im Krankenhaus“ und „sonstig tätigen“ Ärztinnen/Ärzten hat sich zum Vorjahr nur gering verändert. Der Anteil der im Krankenhaus sowie der sonstig tätigen Ärztinnen/Ärzte hat sich nicht verändert. Der prozentuale Anteil der niedergelassenen Ärztinnen/Ärzte hat sich um einen Prozentpunkt verringert.

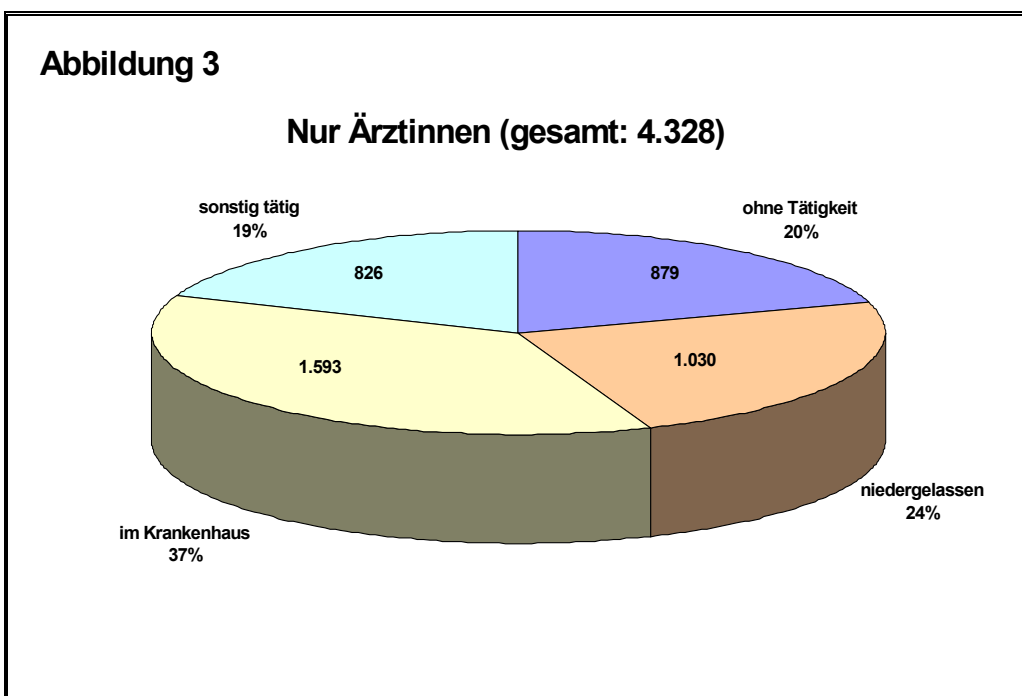
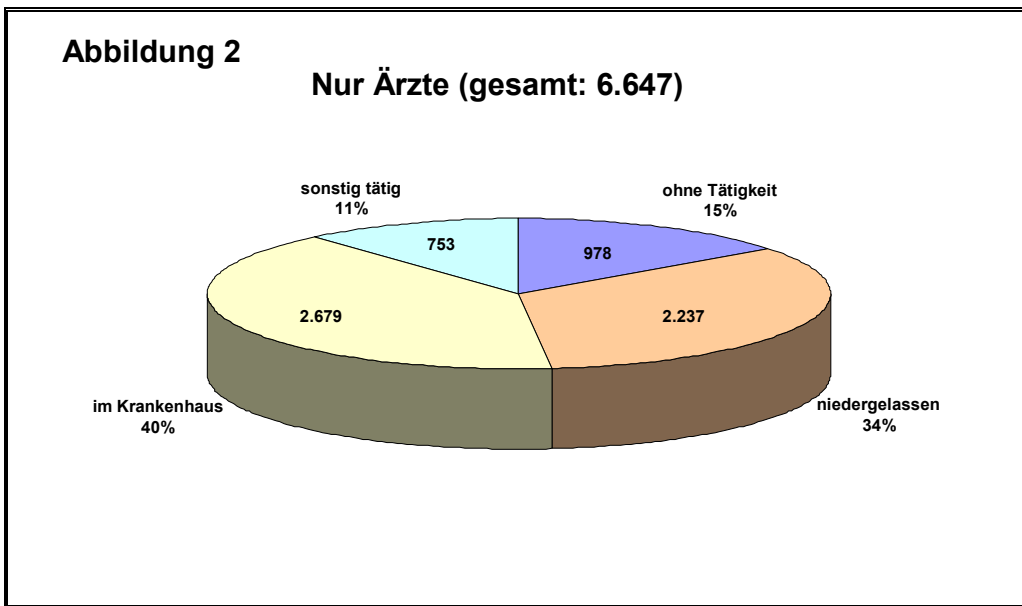


Die Gruppe der 1.857 **Ärztinnen/Ärzte ohne ärztliche Tätigkeit** setzt sich wie folgt zusammen: 896 Kammermitglieder haben ihre ärztliche Berufstätigkeit beendet (überwiegend im Ruhestand lebend). 314 Ärztinnen/Ärzte übten den ärztlichen Beruf nur vorübergehend nicht aus, und 498 Kammermitglieder waren 2001 arbeitslos gemeldet. Die **Abbildung 1b** zeigt die Altersverteilung der arbeitslosen Ärztinnen und Ärzte. Schließlich sei noch erwähnt, dass unter den nicht ärztlich tätigen Ärzten / Ärztinnen insgesamt 54 einer berufsfremden Tätigkeit nachgehen.



Bezogen auf die Gesamtzahl der berufstätigen Kammermitglieder entspricht dies einem Prozentsatz von 5,5%. Hierbei muss man jedoch berücksichtigen, dass die arbeitslosen Ärztinnen/Ärzte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Altersgruppen der Kammermitglieder verteilen. Der größte Teil der arbeitslosen Ärztinnen / Ärzte entfällt auf die Gruppe der 30 bis 39 Jahre alten Kammermitglieder. Von den insgesamt 3.357 Berufsanfängern/-anfängerinnen (Altersgruppe bis 29 sowie 30-39), ist der Anteil der arbeitslosen Ärztinnen/Ärzte (Altersgruppe 30-39) mit 217 entsprechend 6% zwar hoch, im Vergleich zum Vorjahr (8%) jedoch um 2% geringer.

In den **Abbildungen 2 und 3** ist die Verteilung der Kammermitglieder geschlechtsspezifisch getrennt nach verschiedenen Tätigkeitsbereichen grafisch dargestellt. Der Prozentanteil der Ärztinnen liegt bei 39%. Der Quotient Ärztinnen zu Ärzten liegt bei 0,7.

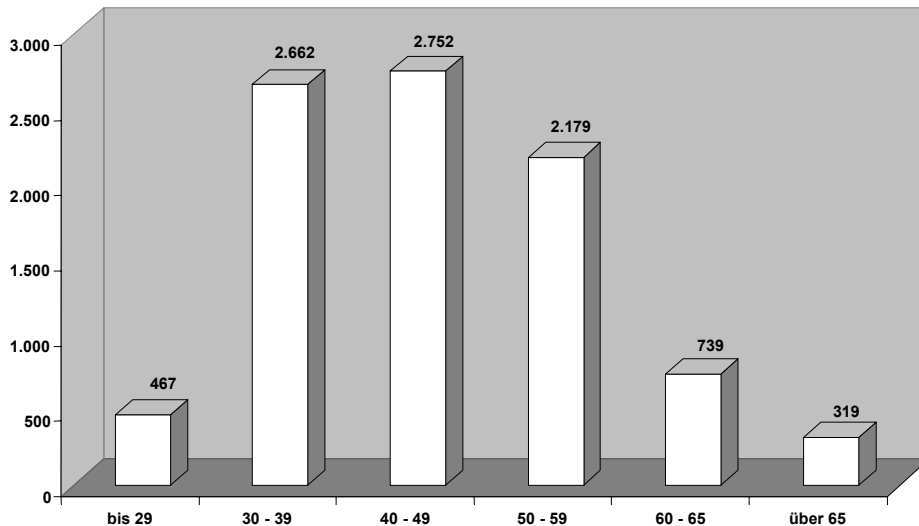


Altersverteilung der berufstätigen Kammermitglieder

In Abbildung 4 ist in Form einer Säulendarstellung die Altersverteilung der berufstätigen Kammermitglieder dargestellt. Es zeigt sich, dass die Altersgruppen der 30-, 40- und 50-jährigen zahlenmäßig am stärksten sind. Der numerische Abfall in der Gruppe der 60-jährigen erklärt sich dadurch, dass in dieser Altersgruppe die Kammermitglieder zum beträchtlichen Teil bereits im Ruhestand sind.

Abbildung 4

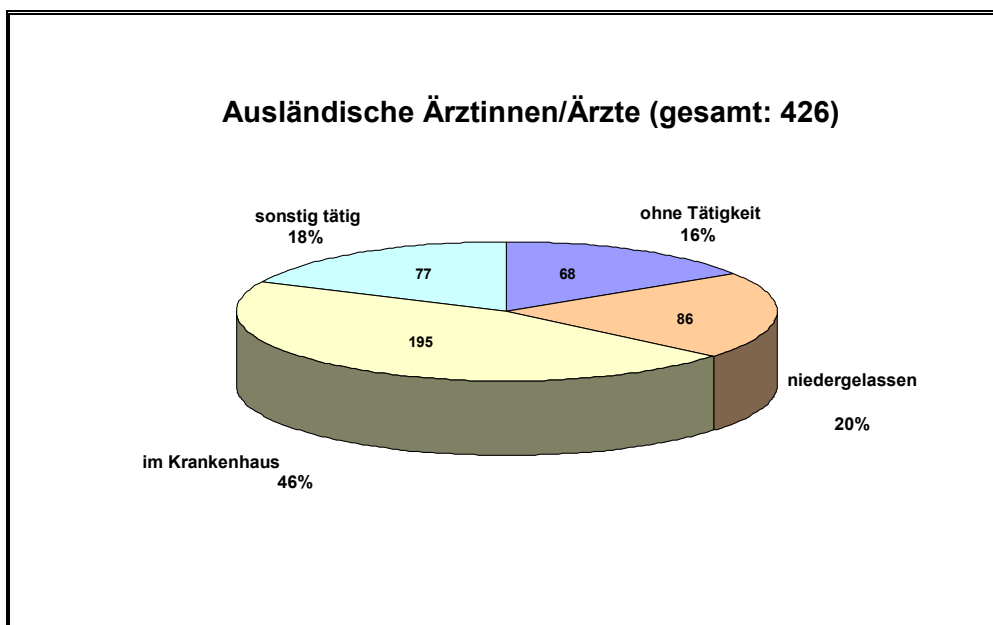
Berufstätige Ärztinnen/Ärzte nach Altersgruppen (gesamt: 9.118)



Tätigkeitsbereiche ausländischer Ärztinnen/Ärzte

In der Abbildung 5 ist die Verteilung der ausländischen Ärztinnen und Ärzte nach Tätigkeitsbereichen aufgegliedert grafisch dargestellt. Unter insgesamt 10.975 Hamburger Kammermitgliedern sind insgesamt 426 ausländische Kollegen und Kolleginnen; dies entspricht einem Prozentanteil von 3,9%.

Abbildung 5



Haushalt der Ärztekammer Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung 2001 (Zahlen gerundet)

Aufwendungen	<u>DM</u>
1. Personalkosten einschl. Akademie, Personalnebenkosten, Altersversorgung	4.897.000,--
2. Beiträge (BÄK/Schlichtungsstelle/Qualitätssicherung)	830.000,--
3. Ärztliche Fortbildung (Akademie - ohne Personalkosten)	1.090.000,--
4. Entschädigung an Mitglieder (Aufwandsentschädigung, Vertreterkosten, Sitzungsgelder und Übergangsgelder)	478.000,--
5. Weiterbildung/Ausbildung von Arzthelferinnen	147.000,--
6. Hauskosten	175.000,--
7. Abschreibungen (Geschäftsausstattung, EDV, Bücherei, Gebäude)	318.000,--
8. Büromieten	169.000,--
9. Sonstige Sachkosten (Büromaterial, Porto, Telefon, Drucksachen u.ä.)	276.000,--
10. Reisespesen / Fahrtkosten	98.000,--
11. Berufsgericht	78.000,--
12. Sonstiges	<u>1.432.000,--</u>
	9.988.000,--
	=====
 Erträge	
13. Kammerbeiträge	7.424.000,--
14. Gebühren*	938.000,--
15. Seminargebühren (Akademie)	1.017.000,--
16. Kapitalanlagen	256.000,--
17. Sonstige Erträge	<u>590.000,--</u>
	10.225.000,--
	=====
 Überschuss	 237.000,--
	=====

* Weiterbildung, Arzthelferinnen, Röntgenstelle, Ethik-Kommission

Mit dem Haushalt des Jahres 2001 konnte der Vorstand das vierte Jahr in Folge einen Haushalt vorlegen, bei dem es gelang, ein noch im Haushaltsvoranschlag erwartetes deutliches Defizit in einen Überschuss von immerhin mehr als DM 200.000,-- umzuwandeln. Dieser Jahresabschluss ist um so bemerkenswerter, da als in die Rückstellungen für die Betriebsrenten und für das Gebäude der Bundesärztekammer in Berlin jeweils DM 250.000,-- eingestellt wurden. Der positive Jahresabschluss war möglich dank sparsamster Verwendung der Haushaltsmittel auf der einen Seite und dank hoher Erlöse, beispielsweise bei den Kammerbeiträgen trotz seit Jahren unveränderter Beitragssätze.

Ärztliche Weiterbildung

Wie bereits in den Vorjahren war auch in diesem Berichtsjahr wieder eine deutliche Zunahme der telefonischen und persönlichen Anfragen zu verzeichnen. Die Weiterbildungsabteilung verweist in diesem Zusammenhang auf die telefonischen Sprechzeiten, die zeitlich begrenzt sein müssen, um die sonstige Arbeit in der Abteilung erledigen zu können:

Montag und Freitag	8.30 - 12.00 Uhr
Mittwoch	8.30 - 18.00 Uhr.

Die Weiterbildungsabteilung befindet sich nach einem erneuten Umzug im Berichtsjahr in der

Heinrich-Hertz-Straße 125 (Ecke Humboldtstraße), 1. Stock, 22083 Hamburg.

Hier finden neben den Weiterbildungsprüfungen auch die Beratungen von Kammermitgliedern statt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weiterbildungsabteilung sind an allen Tagen auch außerhalb der o.g. telefonischen Sprechzeiten persönlich erreichbar. Um eine vorherige Terminvereinbarung wird jedoch gebeten, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden.

Weiterbildungsausschuss

Dem Ständigen Weiterbildungsausschuss gehörten im Berichtsjahr elf ehrenamtlich tätige Ärzte als Ständige Mitglieder an, die von der Kammerversammlung gewählt wurden:

Dr. med. Bruno Schmolke (Vorsitzender)
 Prof. Dr. med. Volker Bay (Stellv. Vorsitzender)
 Frau Dr. med. Christa Becker-Weißkamp
 Dr. med. Hans-Jürgen Bohnhoff
 Dr. med. Dr. med. dent. Wolfgang Busch (Stellv. Vorsitzender)
 Frau Dr. med. Dr. med. dent. Uta Hammer
 Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Rainer Schmelzle
 Dr. med. Hergo Schmidt
 Prof. Dr. med. Ulrich Schwedes
 Dr. med. Martin Seeler
 Dietrich Willemsen.

Der Ausschuss berät und beschließt über Weiterbildungsfragen von prinzipieller Bedeutung. Im Berichtsjahr fand eine Sitzung des Ständigen Weiterbildungsausschusses statt.

Wesentliche Sitzungsthemen waren

- die EuGH-Entscheidung zu den Arbeitszeiten von Ärzten und die Beschlüsse des Deutschen Ärztetages zum Thema „Ausbeutung junger Ärztinnen / Ärzte“

- der Stand der Novellierung der (Muster)-WBO im speziellen Teil
- die Frage der Erteilung von Weiterbildungsberechtigungen bei einer Teilzeittätigkeit des Weiterbilders

Im Berichtsjahr fanden bei der Bundesärztekammer Anhörungen der Berufsverbände / Wissenschaftlichen Fachgesellschaften zur Novellierung der (Muster)-WBO statt. Eine endgültige Beratung und Verabschiedung des speziellen Teils der (Muster)-WBO ist für den Deutschen Ärztetag 2003 vorgesehen. Der allgemeine Teil der (Muster)-WBO – sog. Paragrafenteil – wurde im Berichtsjahr vom 104. Deutschen Ärztetag beschlossen.

Ebenfalls noch im Berichtsjahr wurde eine Satzung zur Änderung der Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärzte von der Kammerversammlung beschlossen und von der Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) genehmigt. Eine entsprechende Veröffentlichung dieser Änderungssatzung erfolgte im Hamburger Ärzteblatt, Heft 12/01. Nähere Einzelheiten können direkt in der Weiterbildungsabteilung erfragt werden.

Geschäftsführender Weiterbildungsausschuss

Über Anträge und Anfragen in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss. Der Ausschuss ist beschlussfähig mit drei stimmberechtigten Mitgliedern (Vorsitzender sowie zwei weitere Mitglieder des Ständigen Weiterbildungsausschusses).

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss beriet im Berichtsjahr in insgesamt 13 Sitzungen über problematische Anträge auf Zulassung zur Prüfung in Gebieten etc., die Anrechnung von Teilabschnitten sowie insbesondere über die Anerkennung von Auslandstätigkeiten auf die Weiterbildung.

Weiterbildungsberechtigungen

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss berät auch über Anträge auf Weiterbildungsberechtigungen in Gebieten, Schwerpunkten und Bereichen sowie für Spezielle Weiterbildungen und Fachkundenachweise für angestellte und niedergelassene Ärzte und spricht Empfehlungen für den Vorstand der Ärztekammer Hamburg aus.

Im Berichtsjahr gingen insgesamt 189 Anträge (62 Krankenhaus / 127 niedergelassene Kassenärzte) auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung ein. In einem Fall wurde die Abteilung Weiterbildung im Rahmen der Amtshilfe von einer anderen Landesärztekammer um Beurteilung gebeten.

Den Anträgen von Leitenden Krankenhausärzten und Leitenden Ärzten anderer Einrichtungen wurde im Berichtsjahr in insgesamt 44 im vollen zeitlichen Umfang und in 2 Fällen im eingeschränkten zeitlichen Umfang stattgegeben. 3 Anträge wurden abgelehnt.

Darüber hinaus empfahl der Weiterbildungsausschuss, 51 Anträgen auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung von niedergelassenen Kassenärzten in vollem

Umfang stattzugeben, 10 Anträgen konnte nur im eingeschränkten zeitlichem Umfang stattgegeben werden. 4 Anträge wurden abgelehnt.

In 20 Fällen war vor einer abschließenden Entscheidung eine Begehung der Weiterbildungsstätte durch eine Kommission, bestehend aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes oder Schwerpunktes sowie einem Ständigen Mitglied des Weiterbildungsausschusses, erforderlich. Hierbei werden die Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort in Augenschein genommen und bewertet.

Neben den bereits entschiedenen Anträgen liegen weitere 60 Anträge auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung von Krankenhaus- und niedergelassenen Ärzten vor, die im Verlauf des Berichtsjahres noch nicht abschließend bearbeitet werden konnten.

Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus spezielle Erhebungsbögen für die Erteilung von Weiterbildungsberechtigungen in den nachfolgend genannten Gebieten etc. erarbeitet, die jeder Interessent auf Anfrage erhalten kann:

Gebiete

- Haut- und Geschlechtskrankheiten
- Psychotherapeutische Medizin TF und VT

Bereiche

- Allergologie
- Spezielle Schmerztherapie

Außerdem hat sich der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss mit der Beantwortung von 206 schriftlichen Anfragen (z.B. Anrechnungsfähigkeit von im Ausland ausgeführten Tätigkeiten; abweichende Weiterbildungsgänge) befasst, die das Referat "Ärztliche Weiterbildung" unter Zugrundelegung der Bestimmungen der Weiterbildungsordnung nicht eindeutig beantworten konnte. Die Beantwortung solcher Fragen erfordert stets die Ausübung von Ermessen.

Fachbeisitzerkonferenz

Über Weiterbildungsfragen mit prinzipieller Bedeutung für ein bestimmtes Gebiet, Schwerpunkt, Bereich und die Spezielle Weiterbildung beraten die gewählten Fachbeisitzer in einer Fachbeisitzerkonferenz. Die Sitzungen dieser Konferenz werden vom Vorsitzenden des Ständigen Weiterbildungsausschusses oder einem seiner Stellvertreter geleitet. Die Beratungsergebnisse sind Beschlussempfehlungen für den Weiterbildungsausschuss.

Im Berichtsjahr fanden in den nachstehend genannten Gebieten, Schwerpunkten und Bereichen eine oder mehrere Fachbeisitzerkonferenzen statt:

- Allergologie
- Haut- und Geschlechtskrankheiten
- Orthopädie
- Pathologie
- Spezielle Schmerztherapie

- Unfallchirurgie
- Umweltmedizin

Es ging hierbei im Wesentlichen darum, spezielle Berechtigungsrichtlinien für die Weiterbildung im niedergelassenen Bereich resp. im Krankenhausbereich zu erarbeiten.

PPP-Ausschuss

Die Mitglieder dieses Ausschusses setzen sich aus den gewählten Sprechern der Fachbeisitzerkonferenzen der Gebiete Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutische Medizin sowie aus den Bereichen Psychoanalyse und Psychotherapie zusammen. Zwei Sprecher des jeweiligen Gebietes und Bereiches werden in den PPP-Ausschuss gewählt. Zu seinen Hauptaufgaben gehörten die kontinuierliche Erörterung wichtiger Fragen aus der Weiterbildung in den PPP-Fächern.

So befasste sich der PPP-Ausschuss auch in diesem Jahr in drei Sitzungen mit verschiedenen fachlichen Fragen. Hauptsächlich wurden Probleme beraten, die sich bei der Umsetzung der Weiterbildung im Gebiet Psychiatrie und Psychotherapie ergeben haben. Diskutiert wurden Verfahrensfragen bei Anerkennungen von psychotherapeutischen Weiterbildungsinstituten. Die Richtlinien über die Berechtigung zur Weiterbildung in den „Psycho-Fächern“ wurden in einigen Bereichen novelliert.

Weiterbildungsprüfungen

Der Prüfungsausschuss der Ärztekammer Hamburg nimmt die Weiterbildungsprüfungen in Gebieten, Schwerpunkten (Teilgebieten), Bereichen, für die Speziellen Weiterbildungen und die Fachkunden ab. Diesem Ausschuss gehören zwei Fachprüfer mit der entsprechenden Bezeichnung sowie ein Prüfungsausschussvorsitzender an, der die zu prüfende Weiterbildungsbezeichnung nicht besitzen muss.

Im Jahre 2001 wurden an 31 Prüfungstagen insgesamt 547 Weiterbildungsprüfungen zur Erlangung einer Weiterbildungsbezeichnung durchgeführt. War bereits im Berichtsjahr 2000 ein Rückgang der Weiterbildungsprüfungen von 16,7% gegenüber 1999 zu verzeichnen, so ist in diesem Jahr eine nochmalige Abnahme von 12,2% gegenüber 2000 (623 Prüfungen) festzustellen.

Die Abnahme der Weiterbildungsprüfungen geht im Wesentlichen – wie bereits im Jahr 2000 – auf einen Rückgang der Prüfungen im Bereich Rettungsmedizin und in den Speziellen Weiterbildungen nach den Übergangsbestimmungen zurück. Im Jahr 2000 wurden noch insgesamt 74 Prüfungen in den Speziellen Weiterbildungen und 98 in der Rettungsmedizin durchgeführt. Dagegen waren es im Jahr 2001 insgesamt nur 21 Prüfungen in den Speziellen Weiterbildungen und 77 in der Rettungsmedizin.

Facharztprüfungen

Von insgesamt 282 Prüfungen zur Erlangung einer Gebietsbezeichnung bestanden fünfzehn Kandidaten die Prüfung nicht. Dies entspricht einer Durchfallquote von 5,3% (Tabelle 1). Im Vergleich mit den Vorjahren zeigt sich hier ein Zunahme der Durchfallrate von 0,6%.

Schwerpunktprüfungen

Im Berichtsjahr wurden 57 Prüfungen in den einzelnen Schwerpunkten bzw. Teilgebieten (Tabelle 2) durchgeführt. Hier haben alle Kandidaten die Prüfung bestanden.

Bereichsprüfungen

Es wurden 165 Prüfungen in verschiedenen Bereichen abgehalten (Tabelle 3). Hier haben 11 Kandidaten die Prüfung nicht bestanden. Dies entspricht einer Durchfallquote von 6,7%, womit im Vergleich zum Vorjahr (2000: 5,5%) eine Zunahme der Durchfallrate zu verzeichnen ist.

Prüfungen in der Speziellen Weiterbildung

Ebenso wurden 21 Prüfungen zur Erlangung einer Speziellen Weiterbildung (Tabelle 4) durchgeführt. Hier hat ein Kandidat die Prüfung nicht bestanden. Das entspricht einer Durchfallrate von 4,8%.

Fachkundeprüfungen

Im Berichtsjahr wurden zudem 22 Prüfungen zur Erlangung einer Fachkunde (Tabelle 5) durchgeführt. Hier haben alle Kandidaten die Prüfung bestanden.

Von den im Berichtsjahr insgesamt durchgeführten 547 Prüfungen wurden damit 27 mündliche Prüfungen nicht bestanden. Das entspricht einer gesamten Durchfallquote von 4,9%.

Im Rahmen der Amtshilfe wurde für die Ärztekammer Schleswig-Holstein eine Prüfung im Schwerpunkt Molekularpathologie durchgeführt.

Wie in den Vorjahren wurden gemäß § 23 Abs. 8 u. 9 der Übergangsbestimmungen der Weiterbildungsordnung entsprechend den dort festgelegten Kriterien in 8 Fällen die Gebietsbezeichnung Psychiatrie und Psychotherapie und in 6 Fällen die Bezeichnung Psychotherapeutische Medizin ohne mündliche Prüfungen verliehen.

Widerspruchsausschuss

Der Widerspruchsausschuss wird tätig, wenn Prüfungsteilnehmer gegen das Nichtbestehen einer mündlichen Prüfung und/oder die erteilten Auflagen zur ergänzenden Weiterbildung Widerspruch erheben. Der Widerspruchsausschuss

setzt sich zusammen aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes, Teilgebietes oder Bereiches sowie einem Ausschussvorsitzenden, der nicht im Besitz der entsprechenden Bezeichnung sein muss.

Der Widerspruchsausschuss beriet im Jahre 2001 über vier Widersprüche. Zwei wurde teilweise stattgegeben, und zwei wurden zurückgewiesen.

Über andere Widersprüche in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Widerspruchsausschuss in erweiterter Zusammensetzung. Es handelt sich hierbei um Widersprüche gegen Nichtanerkennung eines Weiterbildungsabschnittes, Nichterteilung einer Weiterbildungsberechtigung und Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung zum Erwerb einer Weiterbildungsbezeichnung oder -bescheinigung.

Als Ständige Mitglieder gehörten dem **Erweiterten Widerspruchsausschuss** im Berichtsjahr eine Ärztin und sieben Ärzte an:

Dr. med. Horst Lorenzen (Vorsitzender)
Dr. med. Klaus-Otto Allmeling (Stellvertretender Vorsitzender)
Dr. med. Hans-Joachim Funke
Dr. med. Adib Harb
Frau Alice Iwan-Roden
Dr. med. Michael Reusch
Dr. med. Wolfgang Wesiack

Zu den Beratungen des Erweiterten Widerspruchsausschusses werden neben den Ständigen Mitgliedern in der Regel zwei Fachbeisitzer aus dem jeweiligen Gebiet, Schwerpunkt oder Bereich hinzugezogen.

Im Berichtsjahr tagte der Erweiterte Widerspruchsausschuss viermal. Im Verlauf seiner Sitzungen beriet er über insgesamt 16 Widersprüche gegen Ablehnungen, die die Ärztekammer in Weiterbildungsangelegenheiten ausgesprochen hatte.

Zwei Widersprüchen wurde im vollen Umfang abgeholfen. In zehn Fällen wurde die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt, was eine Ablehnung des Widerspruches bedeutet. Drei Widersprüchen wurde teilweise entsprochen. Eine abschließende Entscheidung über einen Widerspruch konnte im Berichtsjahr noch nicht getroffen werden.

Anhängige Gerichtsverfahren

Zu Beginn des Berichtsjahres waren 22 Verfahren gegen die Ärztekammer vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Im Laufe des Jahres 2001 wurden sechs Klagen beim Verwaltungsgericht erhoben. Im Berichtsjahr konnten insgesamt 12 Verfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängige Verfahren abgeschlossen werden. Davon wurden drei Klagen zurückgenommen, 3 Klagen wurden abgewiesen, 5 Verfahren fanden im Wege des Vergleichs Erledigung und zwei Klagen wurde stattgegeben. Gegen eines der beiden letztgenannten Urteile beantragte die Ärztekammer die Zulassung der Berufung. Am Ende des Berichtsjahres waren 16 Verfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig.

Fachkundenachweis Strahlenschutz

Mit Inkrafttreten der Röntgenverordnung vom 08.01.1987 ist die Anordnung und Durchführung von Röntgenuntersuchungen nur für Ärzte/Ärztinnen möglich, die über eine ausreichende Fachkunde im Strahlenschutz verfügen. Für den Nachweis der Fachkunde ist die Teilnahme an einem Einführungskurs, einem Grundkurs und einem Spezialkurs sowie der Erwerb entsprechender Sachkunde erforderlich. Auf Antrag wird Ärzten/Ärztinnen, die diese Anforderungen erfüllt haben, der Fachkundenachweis "Strahlenschutz" von der Ärztekammer Hamburg ausgestellt. Den Fachkundenachweis benötigen Ärzte/Ärztinnen, die

- Röntgeneinrichtungen betreiben
- eigenverantwortlich röntgen
- nichtfachkundige Ärzte oder Hilfskräfte bei der Anwendung von Röntgenstrahlen beaufsichtigen
- die Anwendung von Röntgenstrahlen anordnen
- Bestrahlungspläne kontrollieren sowie
- als Strahlenschutzverantwortliche oder -beauftragte tätig sind.

Im Berichtsjahr haben 98 Ärzte/Ärztinnen auf Antrag den Fachkundenachweis "Strahlenschutz" für die Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in der Medizin zur Diagnostik und ein Arzt zur Therapie von der Ärztekammer erhalten. Des weiteren wurden 9 Bestätigungen für Ärzte/Ärztinnen ausgestellt, die die Fachkunde bereits vor Inkrafttreten der jetzt gültigen Röntgenverordnung besaßen.

Darüber hinaus bescheinigte die Ärztekammer einer Ärztin die Fachkunde im Strahlenschutz bei der Anwendung von offenen radioaktiven Stoffen in der Medizin nach den Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung.

Statistik der ärztlichen Weiterbildung

Tabelle 1: Im Jahre 2001 durchgeführte Prüfungen in Gebieten

Gebiet	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Allgemeinmedizin	39	2	41
Anästhesiologie	26	-	26
Arbeitsmedizin	3	-	3
Augenheilkunde	5	-	5
Diagnostische Radiologie/ Radiologische Diagnostik	8	3	11
Chirurgie	23	-	23
Frauenheilk. u. Geburtshilfe	15	-	15
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	4	-	4
Haut-u. Geschlechtskrankh.	6	1	7
Herzchirurgie	1	-	1
Humangenetik	1	-	1
Innere Medizin	50	4	54
Kinderheilkunde	14	-	14
Kinder- u. Jugendpsychiatrie	2	-	2
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	1	-	1
Laboratoriumsmedizin	1	-	1
Mikrobiologie u. Infektionsep.	4	-	4
MKG-Chirurgie	3	-	3
Nervenheilkunde	1	-	1
Neurochirurgie	4	-	4
Neurologie	10	2	12
Nuklearmedizin	3	-	3
Orthopädie	7	2	9
Phoniatrie und Pädaudiologie	1	-	1
Physikalische und Rehabilitative Medizin	1	-	1
Physiologie	1	-	1
Plastische Chirurgie	1	-	1
Psychiatrie	20	1	21
Psychiatrie und Psychotherapie	2	-	2
Psychotherapeutische Medizin	2	-	2
Urologie	8	-	8
GESAMT	267	15	282

Tabelle 2: 2001 durchgeführte Prüfungen in Schwerpunkten bzw. Teilgebieten

Schwerpunkt/Teilgebiet	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Neuroradiologie	1	-	1
Gefäßchirurgie	4	-	4
Thoraxchirurgie	1	-	1
Unfallchirurgie	6	-	6
Visceralchirurgie	6	-	6
Endokrinologie	2	-	2
Gastroenterologie	3	-	3
Hämatologie u. internistische Onkologie	5	-	5
Hämatologie	1	-	1
Kardiologie	8	-	8
Pneumologie	1	-	1
Nephrologie	6	-	6
Kinderkardiologie	1	-	1
Neonatologie	9	-	9
Neuroradiologie	1	-	1
Rheumatologie in d. Orthopädie	2	-	2
GESAMT	57	-	57

Tabelle 3: Im Jahre 2001 durchgeführte Prüfungen in Bereichen

Bereich	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Allergologie	9	-	9
Betriebsmedizin	2	1	3
Bluttransfusionswesen	2	-	2
Chirotherapie	5	-	5
Handchirurgie	2	-	2
Homöopathie	4	-	4
Medizinische Informatik	2	-	2
Naturheilverfahren	13	-	13
Phlebologie	3	1	4
Physikalische Therapie	2	2	4
Plast. Operationen	4	-	4
Psychoanalyse	7	-	7
Psychotherapie	7	3	10
Rettungsmedizin	73	4	77
Spezielle Schmerztherapie	7	-	7
Sportmedizin	7	-	7
Transfusionsmedizin	2	-	2
Tropenmedizin	2	-	2
Umweltmedizin	1	-	1
GESAMT	154	11	165

Tabelle 4: Im Jahre 2001 durchgeführte Prüfungen für die Speziellen Weiterbildungen und Fachkunden

Spezielle Weiterbildungen	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Klinische Geriatrie (Allgemeinmedizin)	1	-	1
Klinische Geriatrie (Innere Medizin)	1	-	1
Spez. Anästhesiologische Intensivmed.	4	-	4
Spez. Chirurgische Intensivmedizin	3	-	3
Spez. Operative Gynäkologie	2	-	2
Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmedizin	1	-	1
Spez. Internistische Intensivmedizin	1	1	2
Spez. Pädiatrische Intensivmedizin	3	-	3
Spez. Neurologische Intensivmedizin	4	-	4
GESAMT	20	1	21

Tabelle 5: 2001 durchgeführte Prüfungen für die Fachkunden

Spezielle Weiterbildungen	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Fachkunde Laboruntersuchungen in der Anästhesiologie	4	-	4
Fachkunde Laboruntersuchungen in der Inneren Medizin	1	-	1
Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung	17	-	17
GESAMT	22	-	22

Aus der Arbeit der Fortbildungsakademie

Die Fortbildungsakademie ist eine Einrichtung der Ärztekammer Hamburg. Sie wurde am 15.6.1988 gegründet und befindet sich im

1. Stock des „Hammonia-Bad“-Gebäudes, Lerchenfeld 14.

Die Fortbildungsakademie hat die Aufgabe:

- die ärztliche Fortbildung zu fördern
- Fortbildungsveranstaltungen auch für kleinere Gruppen (Kurse, Seminare, Praktika) zu planen und durchzuführen
- Kursveranstaltungen im Rahmen der ärztlichen Weiterbildung und
- Fortbildungsveranstaltungen für medizinische Assistenzberufe anzubieten.

Fortbildungsausschuss

Zuständig für die inhaltliche/fachliche Gestaltung der Fortbildungsarbeit ist der Fortbildungsausschuss. Dem Ausschuss gehören an:

Dr. K.O. Allmeling	PD Dr. C. Arning
Dr. D. Bartelt	Frau Dr. C. Becker-Weisskamp
Dr. J. Bruder	Dr. Dr. W. Busch
Prof. Dr. M. Carstensen	Dr. S. Ergün
Dr. H.-J. Funke	Frau Dr. A. Haag
Prof. Dr. W. Kahlke (Vorsitz)	Dr. G. von Klinggräff
Dr. T. Körner	Prof. Dr. H.-P. Meier-Baumgartner
Dr. H. Mondt	Dr. U. Müllerleile
Dr. C. Petermann	Prof. Dr. A. Raedler
Dr. H. Ramm	Dr. H. Scherf (stellv. Vorsitz)
Dr. B. Schmolke	Prof. Dr. S. Schröder
Prof. Dr. H.-J. Seitz	

Der Fortbildungsausschuss befasste sich unter Leitung seines Vorsitzenden, Professor Kahlke, im Berichtsjahr in 3 Sitzungen mit folgenden Themen:

- Erarbeitung des Fortbildungsprogramms für 2001/2002
- Überarbeitung und Erweiterung des Angebots von Kursen und Seminaren
- Bearbeitung und Auswahl von Anträgen und Vorschlägen geeigneter Fortbildungsveranstaltungen für das Programmheft
- Prüfung und Neufestsetzung der Gebühren für Kurse und Seminare
- Benennung von Kandidaten für die Wahl der Vorsitzenden des Ärztlichen Vereins und der Biologisch-Naturwissenschaftlichen Sektion für 2002/2003
- Auswahl der nach § 34c der Approbationsordnung vorgeschriebenen Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte im Praktikum
- Inhaltliche und terminliche Abstimmung zwischen den Fortbildungsakademien der Ärztekammern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Beratungen über die rechtliche Grundlage zur Erteilung des Zertifikats und zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen für Hamburg (Fortbildungsordnung).

Im Berichtsjahr tagte der Geschäftsführende Vorstand des Fortbildungsausschusses in 2 Sitzungen und hat für den neuen Aufgabenbereich der Akkreditierung über insgesamt 12 Widersprüche gegen Akkreditierungsbescheide beraten.

Freiwilliges Fortbildungszertifikat der Ärztekammer Hamburg

Durch die Einführung des freiwilligen Fortbildungszertifikates in Hamburg ist für die Fortbildungsakademie ein neuer Aufgabenbereich hinzugekommen. Die dafür von der Kammerversammlung im Oktober 2000 beschlossene Fortbildungsordnung, die am 1.3.2001 in Kraft getreten ist, bildet u.a. die rechtliche Grundlage zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen und regelt das Ver-

fahren für den freiwilligen Fortbildungsnachweis (Fortbildungszertifikat). Seit 1.4.2001 werden nun die Anträge der Veranstalter von der Fortbildungsakademie bearbeitet und beschieden. Ein genauer Zahlenüberblick hierüber ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle. Anträge auf Erteilung des freiwilligen Fortbildungszertifikates können erst mit Beginn des neuen Berichtsjahres gestellt werden.

Antragszahlen zur Akkreditierung	
bisher akkreditiert: Stand 31.12.2001	417
bisher abgelehnt	26
zurückgenommene Anträge	7
Widersprüche (wg. Punktzahl oder Ablehnung)	9
noch in Bearbeitung (wg. Unvollständigkeit / Unklarheiten oder erforderl. Beratung durch Gremien)	15
nicht zuständig	4
durch Pharma-Firmen gesponsorte Veranstaltungen	282
Anträge insgesamt	478

Kurse und Seminare

Im Jahr 2001 wurden 140 Kurse (7 Kurse weniger als im Vorjahr) angeboten, an denen insgesamt 2664 Ärztinnen und Ärzte teilgenommen haben. Da 19 Kurse wegen zu geringer Beteiligung ausfallen mussten und insgesamt weniger Kurse angeboten worden sind, hat die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr (ca. 5%) abgenommen.

Ärzten im Praktikum und arbeitslosen Ärzten mit einem monatlichen Familiennettoeinkommen bis DM 2.000,00 wird eine 50%ige Ermäßigung der Kursgebühr eingeräumt. Insgesamt 405 (15,2%) Ärztinnen und Ärzte kamen in den Genuss der Gebührenreduktion.

Nahezu das gesamte Kursangebot wird in den sechs Räumen der Akademie auf einer Fläche von ca. 900 qm durchgeführt. Das Team der Akademie besteht aus sechs ganztätig tätigen Mitarbeiterinnen und studentischen Hilfskräften, die auf Stundenbasis ausschließlich für den Service in den Abendstunden und am Wochenende verantwortlich sind.

Entwicklung der Fortbildungsakademie seit 1996

Veranstaltungsjahr	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Kurse und Seminare	117	142	133	129	147	140
Teilnehmerzahl	2.761	2.877	2.750	2836	2881	2664

Die Nachfrage nach Kursen in den Themenbereichen Ultraschall, Notfallmedizin, Leitender Notarzt, Psychosomatische Grundversorgung und Ärztliche Gesprächsführung hält, wie auch in den Vorjahren, weiterhin an. Auch der Bedarf an

den Kursen zum Erwerb der Fachkunde im Strahlenschutz bleibt unverändert hoch. Der „Renner“ bei den Weiterbildungskursen ist weiterhin der 240-stündige Kurs „Allgemeinmedizin“. Auffällig ist ein starker Rückgang der Teilnehmerzahlen in den Kursen „Umweltmedizin“, der sich durch die abgelaufene Frist für Anträge nach den Übergangsbestimmungen der Weiterbildungsordnung erklären lässt.

Vortragsveranstaltungen

Das Programm der Vortragsveranstaltungen der Ärztekammer umfasste in 2001

- 10 Wissenschaftliche Abende des Ärztlichen Vereins
- 8 Wissenschaftliche Abende der Biologisch-Naturwissenschaftl. Sektion
- 10 Sonderveranstaltungen
- 1 Veranstaltung in Zusammenarbeit mit einer Pharmazeutischen Firma
- 2 Ausbildungsveranstaltung für Ärzte im Praktikum
- 1 Veranstaltung „Umweltforum“

In 2001 wurden insgesamt 32 Vortragsveranstaltungen – 3 weniger wie im Vorjahr – durchgeführt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Veranstaltung (73) ist gegenüber dem Vorjahr (77) leicht zurückgegangen.

Spitzenreiter unter den Vortragsveranstaltungen waren:

- Epilepsie-Seminar (zusammen mit Pharmazeut. Industrie) 160 Teiln.
- Orientierung im Antibiotikadschungel 160 Teiln.
- Opiate in der Tumorschmerztherapie 140 Teiln.

Vortragsveranstaltungen im Vergleich zu 2000

Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen in	2001	2000
Ärztlicher Verein	851	1110
Biologisch-Naturwissenschaftliche Sektion	419	325
Sonderveranstaltungen	621	815
Veranstaltungen mit Pharmazeut. Industrie	160	200
2 Ausbildungsveranstaltungen für Ärzte im Praktikum	187	240
1 Veranstaltung „Umweltforum“	78	-
Gesamt	2.316	2.690

Fortbildung für Assistenzpersonal

Die Gesamtzahl der angebotenen Kurse und Vortragsveranstaltungen für Assistenzpersonal zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme. 11 Vortragsveranstaltungen und 19 Seminare sowie 6 Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen und OP-Personal wurden angeboten. 4 Veranstaltungen mussten mangels Interesse abgesagt werden. Insgesamt wurden 32 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, an denen 644 Arzthelferinnen teilgenommen haben.

Die Teilnehmerzahl der Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen und OP-Personal blieb mit 116 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Insgesamt waren 87 Referenten an der Arzthelferinnenfortbildung beteiligt.

Für Angehörige des arbeitsmedizinischen Fachpersonals wurde ein zweitägiges Seminar mit insgesamt 35 Teilnehmern durchgeführt.

Übersicht der Gesamtnutzung des Fortbildungsangebotes der Fortbildungsakademie (Ärzte sowie Assistenzpersonal)

Veranstaltungen	Anzahl der Veranstaltungen	Anzahl der Teilnehmer
Vortragsveranstaltungen für Ärzte	32	2.316
Kurse und Seminare für Ärzte	140	2.664
Fortbildungsveranstaltungen für Arzthelferinnen	32	644
Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen	4	75
Strahlenschutzkurse für OP-Personal	2	41
Arbeitsmed. Fachpersonal	1	35
Gesamt	211 (215 in 2000)	5.775 (6.160 in 2001)

An allen Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammer Hamburg waren im Jahr 2001 insgesamt 751 Referenten für eine geringe Aufwandsentschädigung tätig, davon 104 ohne jegliches Honorar. Dieses überzeugende Engagement in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Fortbildung von Ärztinnen, Ärzten und Arzthelferinnen verdient Dank und große Anerkennung.

Das Ärzteverzeichnis

In der Regel sind die Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses die ersten Ansprechpartnerinnen der Ärztinnen und Ärzte, die sich in der Ärztekammer Hamburg anmelden. Waren diese bisher noch bei keiner anderen Ärztekammer gemeldet (dies betrifft z.B. Ärztinnen und Ärzte im Praktikum oder ausländische Ärztinnen und Ärzte) erfolgt meistens eine persönliche Anmeldung im Ärzteverzeichnis. Hier werden die notwendigen Formalitäten (Ausfüllen des Meldebogens, Vorlage der Originalurkunden) vorgenommen und auf Wunsch ein Arztausweis ausgestellt. Wechseln die Ärztinnen und Ärzte aus einem anderen Kammerbereich zur Ärztekammer Hamburg, vereinfacht sich der Anmeldevorgang und wird sehr oft auf dem Postweg erledigt. In diesem Fall werden die Meldeakten von der bisher zuständigen Ärztekammer angefordert, so dass diese Ärztinnen und Ärzte nur noch den ausgefüllten Meldebogen zurücksenden müssen. Für

jedes neue Mitglied wird eine Meldeakte angelegt, in der alle relevanten Unterlagen abgelegt werden. Weiterhin werden die persönlichen und beruflichen Daten in der EDV erfasst und nach Möglichkeit auf dem neuesten Stand gehalten. Sehr häufig werden dem Ärzteverzeichnis wesentliche Änderungen nicht mitgeteilt. Dadurch bedarf es vieler Nachforschungen bzw. vielfachen Schriftwechsels, um Angaben zu neuen Anschriften, Arbeitgebern oder anderen Daten zu erfahren bzw. erforderliche Urkunden zu erhalten. Wechselt ein Mitglied in einen anderen Kammerbereich, wird die Meldeakte an die „neue“ Ärztekammer weitergeleitet. Im Jahr 2001 haben sich 830 Ärztinnen und Ärzte an- und 813 Ärztinnen und Ärzte abgemeldet. Somit besteht die Hauptaufgabe des Ärzteverzeichnisses in der Verwaltung des gesamten Datenbestandes, auf den alle Abteilungen der Ärztekammer zurückgreifen. Darüber hinaus stehen die Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses allen Mitgliedern für vielfältige Auskünfte im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zur Verfügung.

In konstruktiver und positiver Zusammenarbeit mit dem Mitherausgeber, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, waren die Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses auch im Jahre 2001 an den Vorarbeiten für die Neuauflage des Handbuchs für das Gesundheitswesen beteiligt.

Auch die Veröffentlichung der Rubrik „Persönliches“ (Geburtstage, Traueranzeigen, Verlust von Arztausweisen) im Hamburger Ärzteblatt gehört zum Aufgabenbereich des Ärzteverzeichnisses.

Die Kammerversammlungen werden nach Absprache mit dem Kaufmännischen Geschäftsführer von den Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses vorbereitet und auch betreut.

Qualitätssicherung

Ausschuss Qualitätssicherung der Ärztekammer

Der Ausschuss befasste sich mit der Diskussion und Unterstützung der Qualitätssicherungsprojekte Operative Gynäkologie und Neurologische Notversorgung. Für das Projekt in der Gynäkologie wurde vom Ausschuss die besondere Bedeutung des Zusammenwirkens stationärer und niedergelassener Ärzte und Ärztinnen hervorgehoben und als wesentlicher Ansatz für das Projekt festgelegt. Auch wurde eine Arbeitsgruppe zur weiteren inhaltlichen Gestaltung des Projektes gegründet und aus Teilnehmern des Ausschusses besetzt.

Mitglieder des Ausschusses

Prof. Dr. Martin Carstensen (Vorsitz)
Dr. Christa Becker-Weißkamp
Prof. Dr. Rolf Bialas
Dr. Dr. Ute Hammer
Dr. Dietrich Hempel
Dr. Reinhard Laux

PD Dr. Herbert Pauli
Dr. Hergo Schmidt
Dr. Udo Veit
Dr. Wolfgang Wesiack
Dietrich Willemsen

Ausschuss Qualitätssicherung in der Drogensubstitution

Der Fragebogen zur Dokumentation von Erst- und Folgebehandlungen im Rahmen der Substitution wurde abschließend diskutiert und es konnte eine abgestimmte Fassung erarbeitet werden unter Einbeziehung der Auffassung des Ausschusses, des Fachreferates Drogen und Sucht der Behörde, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Instituts für Sucht und Drogenforschung. Das Fachreferat Drogen und Sucht der Behörde hat die Frage der Finanzierung geprüft und wird den Fragebogen nach endgültiger Entscheidung einsetzen.

Zur Frage der missbräuchlichen Verwendung von Rivotril-Tabletten wurde gemeinsam mit dem Arbeitskreis der substituierenden Ärzte eine Position erarbeitet und im Hamburger Ärzteblatt veröffentlicht. Es war empfohlen worden, in den Fällen, wo die Verabreichung notwendig ist, nur die Tagesdosis über den Apotheker abzugeben. Ferner sollte bei unbekanntem oder drogenabhängigen Patienten ohne eindeutige Indikation auf die Verordnung verzichtet und die kritische Prüfung der Indikationsstellung in jedem Fall durchgeführt werden.

Der Ausschuss befasste sich mit der 15. Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung und dem damit verbundenen Qualifikationsnachweis für substituierende Ärzte sowie der Einführung der „Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung.“

Der Ausschuss hat in seiner Arbeit darüber hinaus den Arbeitskreis der substituierenden Ärzte der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg hinsichtlich Themen und Referenten unterstützt.

Mitglieder des Ausschusses

Dr. Klaus Behrendt (Vorsitz)
Dr. Georg Chorzelski
Gesine Hoeft
Dr. Andreas Meyer
Dr. Manfred Peters
Dr. Hans-Jürgen Ruschmeyer

Neurologische Notversorgung / Schlaganfallbehandlung

Die Diskussion der Festlegung struktureller Voraussetzungen zur Durchführung einer Lysebehandlung konnte abgeschlossen werden. Strittig war längere Zeit die Frage, welche Krankenhäuser in die veränderten Verteilungsstrukturen im Rahmen der Akutversorgung und der Durchführung der Lysebehandlung mit einbezogen werden sollten. Hier konnte unter Mitwirkung des Präsidenten die Projekteilnahme durch Diskussion mit allen betroffenen klinischen Abteilungen ge-

klärt und das weitere Vorgehen festgelegt werden. Festzustellen war eine sehr rege Teilnahme an den zur internen Fortbildung angebotenen Thrombolyse-treffen im UKE, so dass der Kreis der teilnehmenden Kliniken weit gefasst werden konnte.

In der zweiten Jahreshälfte begann in den Kliniken eine Serie von Fortbildungsveranstaltungen für die neurologischen/internistischen und aufnehmenden Notfallabteilungen, um das Projekt und den geplanten Start für Anfang 2002 vorzubereiten. Der Leiter des Rettungsdienstes, Herr Dr. Wirtz, und der Leiter des Rettungsdienstpersonals, Herr Dr. Krause, begannen gleichzeitig mit der entsprechenden Vorbereitung der Notärzte und Rettungsassistenten.

Qualitätssicherung Mammographie

Das etablierte Kleingruppentraining von Herrn Dr. Lammers wurde fortgesetzt. An 49 Terminen nahmen insgesamt ungefähr 200 Ärztinnen und Ärzte in Gruppen von 2 - 5 Personen am Kleingruppentraining teil.

Der Verbesserung der Behandlung von Brustkrankungen war überdies eine Initiative „Hamburger Gesundheit e.V.“ gewidmet, die im „Demonstrationsvorhaben Brustkrebs“ in mehreren Treffen unter der Beteiligung von Behörde, Niedergelassenen und Krankenhausärzten sowie KV und Kammer versucht hat, die Behandlung von Brustkrankungen zu verbessern. Ein erster Themenkomplex richtete sich auf die Sicherung und Verbesserung der technischen Qualität und der Befundungsqualität von Mammographien. Beabsichtigt sind auch die Einbeziehung von Mammachirurgie und Histologie.

Qualitätssicherung operative Gynäkologie

Die aus dem Ausschuss Qualitätssicherung hervorgegangene Arbeitsgruppe Operative Gynäkologie traf sich mehrfach zur Beratung über das geplante alternativ zum Bundesverfahren in Hamburg tracergestützte Qualitätssicherungsprojekt. Für Mamma- und Adnexoperationen wurde ein Fragebogen bis zur Anwendungsreife entwickelt. Beabsichtigt war eine Anwendung dieses Bogens einheitlich im Krankenhaus und bei niedergelassenen Gynäkologen.

Am 19.11.2001 wurde auf Bundesebene schließlich die Totalerhebung, zu der das Hamburger Projekt eine Alternative darstellen sollte, zurückgenommen und eine Erhebung nach Fallpauschalen und Sonderentgelten beschlossen. Die Auswirkungen dieser Entscheidung müssen noch diskutiert werden. Von den Krankenkassen war zudem im Berichtszeitraum keine positive Nachricht und Bereitschaft zur Beteiligung an den Projektkosten zu erreichen.

Qualitätssicherung Photodynamische Therapie (PDT)

Diese spezielle augenheilkundliche Maßnahme stellt eine zwar kostspielige, aber für manche Patienten ultimative Möglichkeit dar, die Sehfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern. Um den Einsatz dieser z.T. wissenschaftlich in der Anwendung noch diskutierte Methode frühzeitig einschätzen und die Qualität des Verfahrens sichern zu können, hat sich eine Gruppe der Ärzte zusammenge-

funden, die im Krankenhaus oder als Niedergelassene diese Methode anwenden. Ausgang der Diskussion war, ob eine indikationsbezogene Qualitätssicherung durch Einsatz einer Sachverständigenkommission erforderlich und praktikabel ist. Es wurde zunächst ein Erhebungsbogen für Erst- und Folgebehandlungen der PDT erarbeitet, der für alle PDT-Fälle ausgefüllt werden sollte mit einer Auswertung durch ein fachlich geeignetes Gremium aus Krankenhaus- und niedergelassenen Ärzten. Weiter sollte die Möglichkeit bestehen, auch vor Durchführung einer PDT um eine Begutachtung zu bitten. Diskussionspunkt vor Umsetzung des Verfahrens war neben der Finanzierung aus Sicht der Kliniken die Frage der Kassenermächtigung.

Curriculum Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen

Der im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der quant GmbH Hamburg als Tochtergesellschaft der HKG durchgeführte Kursus in Anlehnung an das „Curriculum Qualitätssicherung“ der Bundesärztekammer wurde auch in diesem Jahr erfolgreich fortgesetzt. Mit der Ärztekammer Bremen wurde eine Kooperation festgelegt, so dass dort die gleichen Kurse als Parallelveranstaltung angeboten wurden und ein Austausch von Teilnehmern möglich war. Die Kurse waren jeweils mehr als ausgebucht und erfreuten sich einer sehr guten Akzeptanz bei den Teilnehmern. Sie enthielten als Besonderheit im Vergleich zu anderen Kursen eine in den Programmablauf eingeschlossene dreitägige EFQM-Assessoren-Ausbildung.

2. Hamburger Forum „Qualität im Gesundheitswesen“

Wieder fand das 2. Hamburger Forum in der Fachhochschule Bergedorf statt und stieß auch in diesem Jahr auf reges Interesse. Etwa 600 Besucher nahmen über drei Tage hinweg an den etwa 125 Vorträgen, Diskussionsforen, Workshops und Postervorstellungen teil, die unter dem Motto „...alle in einem Boot - aber jeder in seinem eigenen?!“ standen. Das Forum erwies sich erneut als besonders geeignete Form, um den inhaltlich interdisziplinären Ansatz, der von den insgesamt neun Veranstaltern beabsichtigt war, zur Geltung zu bringen.

Referat Berufsordnung und Beschwerdestelle

Das Referat Berufsordnung befasst sich mit schriftlichen und mündlichen Anfragen von Mitgliedern der Ärztekammer Hamburg und anderen Personen, wie z.B. Arbeitgebern und Patienten, zu berufsrechtlichen Fragestellungen und bearbeitet schriftliche Beschwerden mit berufsrechtlichem Inhalt.

Im Berichtszeitraum wurden in diesem Referat 518 (2000 = 502) schriftliche Beschwerden über Hamburger Ärzte eingereicht. Damit ist die Gesamtzahl im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig angestiegen. Es wurden 136 Beschwerden von Patienten und 163 Beschwerden von Ärzten, Arbeitgebern und sonstigen Institutionen gegen Hamburger Ärzte gerichtet. Der letztgenannte Anteil ist damit im Vergleich zum Vorjahr (2000 = 169 Fälle) nahezu gleich geblieben. Geringfügig zugenommen hat der verbleibende Anteil von 219 Beschwerden (2000 =

196), die den Vorwurf der verzögerten Erstellung von Befundberichten und Gutachten beinhalten (Versorgungsamt Hamburg = 147 Fälle, Sozialgericht = 65 Fälle, andere Einrichtungen = 7 Fälle).

Patientenbeschwerden über ärztliche Liquidationen sind hierin nicht enthalten. Diese werden vom Referat Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) bearbeitet und dort gesondert statistisch erfasst.

Zusätzlich wurden 515 schriftliche und ca. 2710 telefonische Anfragen mit berufsrechtlichem Inhalt beantwortet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich bezüglich der schriftlichen Anfragen keine nennenswerte Änderung ergeben (2000 = 510). Allgemein handelt es sich sowohl um Anfragen von Kammermitgliedern als auch von Patienten, von denen einige persönlich in der Geschäftsstelle erschienen, um sich beraten zu lassen.

Tabelle 1 - Übersicht über die 2001 eingegangenen schriftlichen Beschwerden über die ärztliche Behandlung und Beschwerden mit anderen berufsrechtlichen Inhalten

	Behandlungsbeschwerden in 2001	Beschwerden mit anderen berufsrechtlichen Inhalten	Gesamt
Stand 1.1.2001	71 aus 2000	49 aus 2000	120
Eingänge 2001	132	195	327
2001 zu bearbeiten*	203	244	447
2001 abgeschlossen	105	128	233
Stand 31.12.2001	98	116	214

*327 Eingänge 2001 ergeben sich aus der Gesamtzahl von 518 Beschwerden nach Abzug der Beschwerden über verzögerte Befund- oder Gutachtenerstellung (219 Fälle).

In Tabelle 1 sind als Gesamtzahl eingegangener schriftlicher Beschwerden 327 Fälle verzeichnet. Diese Zahl ist bereinigt um die Beschwerden wegen verzögerter Befund- und Gutachtenerstellung. Von diesen 327 schriftlichen Beschwerden richteten sich 33 Beschwerden gegen im Krankenhaus tätige Ärzte und 242 Beschwerden gegen niedergelassene Ärzte, davon 13 während des ärztlichen Notfalldienstes der Kassenärztlichen Vereinigung.

Von den 214 noch nicht abgeschlossenen Beschwerden sind derzeit in 8 Fällen berufsgerichtliche Vorermittlungsverfahren anhängig.

Sachverhalte der 327 eingegangenen schriftlichen Beschwerden:

- mangelnde ärztliche Sorgfalt 40,2 %
- unfreundlicher Umgang mit Patienten 20,8 %
- Verstöße gegen das Werbeverbot 11,3 %
- Ärztliche Bescheinigungen 7,5 %
- Rechtmäßigkeit von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen 3,3 %
- Führen unzulässiger Bezeichnungen 0,9 %

- | | |
|--|--------|
| • unkollegiales Verhalten | 1,2 % |
| • Fürsorgepflichten gegenüber erkrankten Ärzten | 0,6 % |
| • Verstoß gegen ärztliche Verschwiegenheitspflicht | 1,2 % |
| • Vertrauensmissbrauch | 1,8 % |
| • Verordnung von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential | 0,6 % |
| • sonstige | 10,6 % |

Ermittlungsergebnis

Das Ermittlungsergebnis der in 2001 abgeschlossenen Beschwerden ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Anzahl der Beschwerden (gesamt 327)

Beurteilung der Ärztekammer:

128 (39,1 %) Beschwerden waren nicht berechtigt

59 (18,0 %) Beschwerden wurden als berechtigt angesehen

140 (42,9 %) Beschwerden konnten aufgrund unterschiedlicher Aussagen nicht abschließend geklärt werden.

Berufsrechtliche Überprüfung nach Abschluss strafrechtlicher Ermittlungen

Erfährt die Ärztekammer nach der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen von einer strafrechtlichen Verfehlung eines ihrer Mitglieder, wird nach Rechtskraftenerlangung des gerichtlichen Urteils oder Einstellung des Ermittlungsverfahrens in jedem Einzelfall durch die Ärztekammer geprüft, ob ein sogenannter berufsrechtlicher Überhang vorliegt. Wird ein solcher bejaht, können berufsgerichtliche Vorermittlungen eingeleitet und ggf. ein Berufsgerichtsverfahren beantragt werden. Im Berichtsjahr wurden 16 Überprüfungen aus 2001 und 8 Überprüfungen aus 2000 vorgenommen. In 7 Fällen wurde kein berufsrechtlicher Überhang festgestellt, in 17 Fällen erfolgte noch keine Klärung, da die Verfahren bei der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen waren.

Fortbildungsnachweise

Seit dem 1. Januar 1994 werden Formulare an die Mitglieder der Ärztekammer versandt, auf denen die besuchten Fortbildungsveranstaltungen gemäß § 10 Abs. 4 der alten Berufsordnung der Hamburger Ärzte und Ärztinnen und nach § 4 Absatz 1 und 2 der neuen Berufsordnung (BO) dokumentiert und damit der Ärztekammer gegenüber auf Anforderung belegt werden sollen. Auch 2000 wurde entsprechend verfahren. Die Ärztekammer fordert stichprobenartig und in begründeten Fällen anlassbezogen von ihren Kammermitgliedern den Fortbildungsnachweis an.

Der Vorstand befasste sich mit 50 Einzelbeschwerden (30 aus 2001 und 20 aus 2000) über Hamburger Ärzte und gelangte nach Beratung zu den folgenden Ergebnissen:

Anzahl der Beschwerden Gesamt: 50	Beratungsergebnis des Vorstandes
14	wurden als nicht begründet angesehen
20	wurden als begründet angesehen und eine schriftliche Ermahnung beschlossen
9	führten zur Einleitung von berufsgerichtlichen Vorermittlungen
4	führten zu einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten oder einem anderen Vertreter der Ärztekammer Hamburg
3	wurden zur weiteren Bearbeitung an die Rechtsabteilung gegeben

Der Vorstand hat sich im Berichtsjahr außerdem dreimal mit einem Einspruch einer Patientin und einmal mit einem Einspruch eines Arztes gegen den abschließenden Bescheid der Ärztekammer Hamburg zu befassen. In allen Fällen wurde nach Überprüfung die getroffene Entscheidung der Ärztekammer bestätigt und damit dem Einspruch nicht gefolgt.

Bericht des Ombudsmannes

Der 104. Deutsche Ärztetag 2001 hat sich mit der „Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte“ als zentrales Thema befasst. Die Entschlüsse des Deutschen Ärztetages enthielten daher den eindringlichen Appell an die Ärztekammern, eine Ombudsfrau/einen Ombudsmann zu benennen, der die Funktion als Berater/-in und Vertrauensperson für diejenigen Ärztinnen und Ärzte übernimmt, die „den Mut aufbringen, öffentlich gegen derartige Missstände ihre Stimme zu erheben“. In der Ärztekammer Hamburg übt seit zwei Jahren diese Funktion gemäß Vorstands- und Kammerbeschluss Dr. Beelmann, Arzt in der Geschäftsführung, aus.

Die Entschlüsse des 104. Deutschen Ärztetages führten zu einem Rundschreiben an die Leitenden Ärzte der Hamburger Krankenhäuser sowie an alle zur Weiterbildung berechtigten Ärzte, in dem die Positionen des Ärztetages zum Thema „Ausbeutung junger Ärzte“ zur Kenntnis gebracht wurden.

Der Ombudsmann wurde bisher nur in wenigen Einzelfällen tätig. Themenbereiche waren der fachübergreifende Einsatz bei Bereitschaftsdiensten von Ärzten im Praktikum. Zusätzlich handelte es sich um so genannte „Spritzendienste“, die einer niedrigeren Bereitschaftsdienststufe zugeordnet wurden als diejenigen Dienste, die in den Aufnahmestationen zur gleichen Zeit von den Assistenzärzten versehen wurden. An den Ombudsmann wurden auch Wünsche herangetragen, die die Anerkennung von Teilzeittätigkeiten auf die erforderliche Weiterbildungszeit zur Erlangung einer Gebietsbezeichnung betrafen, ohne dass dies jedoch in den Tätigkeitsbereich des Ombudsmannes fiel. Neben der Klärung

fachfremder Bereitschaftsdienste wurden einige Male auch z.T. umfangreichere Schlichtungsversuche bei persönlichen Schwierigkeiten mit den unmittelbar dienstvorgesehenen Ärzten behandelt. Die Auseinandersetzungen betrafen Mobbingvorwürfe und damit verbunden auch Fragen der Liquidation, der Arbeitszeit und der Dienstplangestaltung sowie Vorwürfe mangelnder Kollegialität.

Ärztliche Stelle Hamburg / Geschäftsbereich Ärztekammer

Die Einrichtung der Ärztlichen Stelle gemäß § 16 Abs. 3 der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen beruht auf einer Vereinbarung, die am 30.05.88 zwischen der Ärztekammer Hamburg, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales geschlossen wurde. Aufgabe der Ärztlichen Stelle ist es, Patientenbilder und Unterlagen über Röntgeneinrichtungen zu prüfen und ggf. dem Strahlenschutzverantwortlichen und den anwendenden Ärzten Vorschläge zur Verringerung der Strahlenexposition zu machen.

Die Geschäfte der Ärztlichen Stelle werden für niedergelassene Kassenärzte, die radiologisch tätig sind, bei der KVH geführt. Die Ärztekammer ist ausschließlich zuständig für Betreiber, die nicht Kassenärzte sind. Dazu zählen Krankenhäuser, Behörden, Firmen und Ärzte, die privatärztlich radiologisch tätig sind. Die Ärztliche Stelle/Ärztekammer finanziert sich aus Gebühren. Die Jahrespauschalgebühr beträgt 300,- DM pro Strahler. Die Geschäftsstelle der Ärztlichen Stelle / Ärztekammer befindet sich in Lerchenfeld 14 unter einem Dach mit der Fortbildungsakademie. Eine MTA erledigt alle anfallenden Tätigkeiten (Organisation, Vorbereitung von Prüfsitzungen, Mitgliederbetreuung, Verwaltung etc.). Die Ärztliche Stelle ist in die Abteilung Qualitätssicherung und Berufsordnung, die unter der Leitung eines Radiologen steht, integriert.

Im Bestand sind 57 Betreiber mit 514 Strahlern. Im Berichtsjahr fanden 14 Sitzungen zur Qualitätsüberprüfung statt, dabei wurde eine Prüfung beim Betreiber vor Ort (dig. Einrichtung) durchgeführt. 30 Betreiber legten Patientenbilder und technische Unterlagen von 124 Strahlern, 54 Filmverarbeitungseinrichtungen und 14 Bilddokumentationssystemen vor. Zu Nachkontrollen wurden Geräteunterlagen und vereinzelt auch Patientenbilder, insbesondere Untersuchungen Mammographie, vorgelegt.

Gesamtübersicht über die Geräteprüfungen:

Prüfung	Strahler	Filmverarb.	Bilddok.S.
Prüfung	125	54	14
1.Nachtrag	45	8	2
2.Nachtrag	16	3	1
3.Nachtrag	4	1	-
4. Nachtrag	-	-	-
5. Nachtrag	1	-	-
Gesamt	191	66	17

Basis für die Prüfung der Patientenbildern sind die „Leitlinien“ der Bundesärztekammer, die verbindlich anzuwenden sind.

Patientenbilder

Die Bildqualität war überwiegend befriedigend bis gut. Bei Mammographien, die in Krankenhäusern in nur geringer Zahl anfallen, zeigte sich Verbesserungsbedarf in der Fertigung (z.B. auch Schulung der Mitarbeiter). Unklarheiten ergaben sich bei Dosiswerten (Dosisflächenproduktmessung) durch die fehlende oder unterschiedliche Dosisseinheit.

Geräteprüfungen

Einzelne Häuser haben ihre Qualitätssicherung gut organisiert. Der Bezug der Qualitätssicherung zum Patientenbetrieb ist weiter verbesserungsfähig. Verbesserungswürdig sind - als Basis für die Qualitätssicherung - Prüfungen, die Firmentechniker fertigen. Überwiegend setzten die Betreiber die schriftlichen Empfehlungen der Ärztlichen Stelle um. Das Beratungsangebot wurde auch fernmündlich oder durch persönliche Gespräche in Anspruch genommen. Vereinzelt fehlte die Anmeldung von Geräten bei der Ärztlichen Stelle. Die Aufsichtsbehörde wurde darüber informiert. Die Zuordnung von Unterlagen war teilweise mit Schwierigkeiten verbunden. In einzelnen wenigen Fällen wurde die Aufsichtsbehörde über Unregelmäßigkeiten im Konstanzprüfverfahren unterrichtet.

Die Ärztliche Stelle Hamburg ist Mitglied der Zentralen Ärztlichen Stelle (ZÄS), die sich 1992 unter dem Dach von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung in Köln konstituierte. Es fanden im Berichtsjahr zwei Sitzungen dieses Gremiums statt. Diese Zusammenkünfte dienen dem Informationsaustausch und zur Abstimmung der Arbeitsweise.

Die Ärztliche Stelle als gemeinsame Einrichtung beider ärztlicher Körperschaften trat im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung dient dem Informationsaustausch zwischen Mitgliedern der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Behörde.

Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Ärztekammer

Prof. Dr. Hermann Vogel	Chefarzt, Radiologie, AK St. Georg (ab 6/00 Vorsitzender)
Prof. Dr. Otto Henning Wegener	Chefarzt, Radiologie, AK Altona
Dr. Hubert Hayek	Chefarzt, Radiologie, Kinderkrankenhaus Wilhelmstift
Prof. Dr. Ernst Richter	Direktor, Radiolog. Abt., Kinderklinik UKE (bis 8/01)
Prof. Dr. Gerhard Adam	Direktor, Abt. Rö. Diagnostik UKE (ab 10/01)
Dr. Thomas Schilling	Chefarzt, Radiologie, Israelitisches Krankenhaus

Stellvertretende Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Ärztekammer

Dr. Gert Albers	Radiologe, Ärztlicher Direktor AK Altona (bis 8/01)
Dr. Eckehard May	Chefarzt, Radiologie, Amalie-Sieveking- Krankenhaus (bis 8/01)
Dr. Peter Krueger	Radiologe (ehemals Chefarzt im AK Eilbek)
Prof. Dr. Gerd Witte	Chefarzt, Radiologie, AK Wandsbek
Dr. Anette Moldenhauer	Chefärztin, Radiologie, Berufsgenossenschaftliches Unfall-KH
Dr. Michalik-Himmelmann	Chefärztin, Radiologie, AK Eilbek
Dr. Siemers	Chefarzt, Radiologie, Albertinen Krankenhaus

Beratendes Mitglied

Dr. rer. nat. Nagel	(Fa. Philips)
---------------------	---------------

Vertreter der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Horst Engelhardt	Amt für Arbeitsschutz
------------------	-----------------------

Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Kassenärztliche Vereinigung Hamburg

Dr. Hermann Albrecht	Radiologe, stellvertr. Vorsitzender ab 6/00 (bis 10/01)
Dr. Jürgen Rix	Radiologe, stellvertr. Vorsitzender (ab 10/01)
Dr. E. F. von Bock und Polach	Internist
Dr. Fritz Reinecke	Urologe
Dr. Gerhard Schade	Chirurg (bis 10/01)
Dr. Fedor Haenisch	Chirurg (ab 10/01)
Dr. Jörg Väterlein	Orthopäde

Ausbildung für Arzthelfer/innen

Die Ärztekammer Hamburg ist nach dem Berufsbildungsgesetz die zuständige Stelle für die Ausbildung im Beruf Arzthelferin/Arzthelfer. Zur Koordination und Erledigung der in diesem Bereich anfallenden Arbeit ist in der Geschäftsstelle ein Referat "Arzthelferinnenausbildung" eingerichtet.

Zu den vielfältigen Aufgaben dieses Referates gehört u.a. die Beantwortung zahlreicher telefonischer, schriftlicher und persönlicher Anfragen zu verschiedenen ausbildungsrechtlichen und tarifrechtlichen Angelegenheiten. Für das Berichtsjahr 2001 sind folgende Arbeitsergebnisse besonders erwähnenswert:

- **Eintragung der Ausbildungsverhältnisse**

2001 sind 334 neue Ausbildungsverträge in die Ausbildungsrolle eingetragen worden. Das entspricht einer Steigerung von 11,6 % im Vergleich zum Vorjahr (301 Neueintragungen). Insgesamt bestanden am Jahresende 849 Ausbildungsverhältnisse gegenüber 803 Ende 2000. In 18 % der Fälle kam es im Laufe des Berichtsjahres zu Vertragslösungen. Das sind 1 % mehr Lösungen als im Vorjahr.

- **Prüfungswesen**

Im Laufe der Ausbildung sind die Zwischenprüfung und die Abschlussprüfung zu planen, durchzuführen und zu überwachen. Hierfür ist die intensive Zusammenarbeit mit der Staatlichen Schule Gesundheitspflege notwendig. Zuständiger Ausschuss für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfung ist der **Prüfungsausschuss**.

Im Prüfungsausschuss sind neben den von der Kammerversammlung gewählten Ärzten (Arbeitgebervertreter) in gleicher Anzahl Arzthelferinnen (Arbeitnehmer) sowie Lehrer der Staatlichen Schule Gesundheitspflege ehrenamtlich tätig. Folgende Ärztinnen und Ärzte waren im Berichtsjahr im Prüfungsausschuss tätig:

Dr. Rolf Baginski	Arzt für Innere Medizin
Dr. Gerd Bandomer	Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Karin Beckmann	Ärztin für Innere Medizin
Dr. Götz Bendler	Praktischer Arzt
Prof. Dr. Folkert Bode	Arzt für Innere Medizin
Dr. Carl Hermann Bothe	Arzt für Innere Medizin
Dr. Ursula Diestel	Ärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Bernhard Dobrinski	Arzt für Augenheilkunde
Dr. Jürgen Ebeling	Arzt für Innere Medizin
Dr. Christoph-Hayo Faerber	Arzt für Innere Medizin
Dr. Eckbert Finsterwalder	Arzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Dr. Dirk Heinrich	Arzt für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
Dr. Klaus Huchtemann	Arzt für Innere Medizin
Dr. Peter Jakob	Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Karin Jückstock	Ärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Bernd Leschhorn	Arzt für Orthopädie
Dr. Ursula Linn	Ärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Jörg Marben	Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Ekkehard Müller-Bergen	Arzt für Orthopädie
Dr. Robert Osterloh	Arzt für Innere Medizin
Dr. Klaus Peters	Arzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Dr. Manfred Peters	Arzt für Innere Medizin
Dr. Hans-Joachim Poetsch	Arzt für Chirurgie
Dr. Gottfried Resch	Arzt für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
Dr. Elmar Schäfer	Arzt für Chirurgie
Dr. Gudrun Schittek	Ärztin für Frauenheilkunde/Geburtshilfe
Dr. Erich Schröder	Praktischer Arzt
Dr. Dieter Schulz	Arzt für Innere Medizin
Herrn Joachim Simon-Schultz	Arzt für Allgemeinmedizin

Dr. Hans-H. Stöver-Ramien	Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Bernd Stolley	Arzt für Orthopädie
Dr. Regina Tönnis	Praktische Ärztin

Zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehört es u.a., die Prüfungsaufgaben für die schriftliche Zwischen- und Abschlussprüfung auszuwählen.

Während die Zwischenprüfung als programmierte Prüfung durchgeführt wird, muss der Prüfungsausschuss die schriftlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung selbst feststellen und vor allem die Prüfung im Fach "Praktische Übungen" abnehmen.

Die Durchführung dieses Prüfungsteiles erfordert einen erheblichen organisatorischen und zeitlichen Aufwand, da es sich um eine Einzelprüfung handelt, die jeweils in einer Arztpraxis über maximal 45 Minuten vor einem drittelparitätisch besetzten Prüfungsausschuss (Arzt/Arzthelferin/Lehrer) abgehalten wird.

2002 wurden insgesamt 251 Zwischenprüfungen abgelegt und 255 Abschlussprüfungen für Auszubildende im Beruf der Arzthelferin abgenommen. Es sind insgesamt 4 Prüflinge bei der Abschlussprüfung durchgefallen. Dies entspricht eine Durchfallquote von 1,6 %. Im Winter 2002 wurden drei externe Antragstellerinnen (ohne schulische Ausbildung) nach § 40 Abs. 2 BBiG zur Prüfung zugelassen. In diesem Fall ist das zweifache der Zeit, die als Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, als Tätigkeit im Beruf der Arzthelferin nachzuweisen.

- **Überwachung der Ausbildereignung**

Die Ärztekammer Hamburg hat als zuständige Stelle für die Ausbildung von Arzthelferinnen neben der Registrierung der Ausbildungsverhältnisse und der Durchführung der vorgeschriebenen Prüfung außerdem die Aufgabe, über die persönliche und fachliche Eignung der ausbildenden Ärzte zu wachen und sicherzustellen, dass die Bestimmungen der Ausbildungsverordnung, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Manteltarifvertrages eingehalten werden.

- **Außergerichtliche Einigung bei Streitigkeiten**

Nach den Bestimmungen des Ausbildungsvertrages kann die Ärztekammer Hamburg bei auftretenden Streitigkeiten zwischen ausbildendem Arzt und auszubildender Arzthelferin angerufen werden. Die Kammer hat dann die Aufgabe, vor gerichtlichen Auseinandersetzungen ein Schlichtungsgespräch mit dem Ziel der gütlichen Einigung mit den Beteiligten zu führen. Im Berichtsjahr wurden in zwei Fällen Schlichtungsgespräche geführt, in denen letztendlich hernach eine Einigung erzielt werden konnte. Daneben fanden zahlreiche persönliche Beratungsgespräche mit den Ausbilderinnen / Ausbildern oder Auszubildenden wegen aufgetretener Probleme und Konflikte statt.

Auszubildende wie Ausbilder können bei Schwierigkeiten im Ausbildungsverhältnis auch die von der Kammerversammlung gewählten **Ausbildungsberater** anrufen. Das Amt der Ausbildungsberater haben Frau Dr. med. Gudrun Ewert, Praktische Ärztin und Frau Petra Marben, Arzthelferin, inne. Von dieser Beratungsmöglichkeit wurde auch in diesem Berichtsjahr mehrfach Gebrauch gemacht.

- **Aus der Arbeit des Berufsbildungsausschusses**

Für alle wichtigen Ausbildungsfragen im Beruf der Arzthelferin ist der Berufsbildungsausschuss zuständiges Kammerorgan.

Die Ärztekammer unterhält zusammen mit der Tierärztekammer Hamburg de facto einen gemeinsamen Berufsbildungsausschuss, der drittelparitätisch aus je 6 Vertretern der Arbeitgeber (Ärzte/Tierärzte), der Arbeitnehmer (Arzthelferinnen / Tierarzthelferinnen) und Berufsschullehrer zusammengesetzt ist.

Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses werden von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung für eine Amtszeit von vier Jahren benannt. Im Berichtsjahr fanden zwei Sitzungen des Berufsbildungsausschusses statt. Schwerpunktthema war die Diskussion über eine Fortbildungsordnung für Arzthelferinnen bzw. Grundsätze und Qualitätsstandards zur beruflichen Fortbildung.

Im Berichtsjahr waren folgende Vertreter des Berufsbildungsausschusses tätig:

Vertreter der Arbeitgeber:

Mitglieder:

Dr. R. Bormann
 Dr. B. Dobrinski
 Frau Dr. B. Feider*
 Dr. H. Horst
 Dr. M. Ippen
 Dr. E. Müller-Bergen

stellvertretende Mitglieder:

Dr. J. Ebeling
 Dr. A. Feige
 Frau Dr. K. Jückstock
 Frau E. Knüpfer-Thies*
 Dr. K. Peters
 Dr. H. Stöver-Ramien

* Tierärztinnen

Vertreter der Arbeitnehmer:

Mitglieder:

Renate Dahm
 Carola Höpfner
 Bärbel Jacobs
 Gesine Scheunemann
 Martina Wähmann
 Sabine Ziercke

stellvertretende Mitglieder:

Loni Arendt
 Susanne Keschke
 Brigitte Klink
 Petra Marben
 Daniela Schacht
 Sabine Steinmeyer

Vertreter der Lehrer:

Mitglieder:

Joachim Eschke
 Karin Eyring
 Rainer Gablenz
 Ingrid Loeding
 Irmhild Marder
 Maria-Anne Przibilka

stellvertretende Mitglieder:

Reinhard Arndt
 Andres Hinsch
 Reinhard Laun
 Dr. Astrid Schumacher
 Bernd Wallat
 Veronika Walther

- **Fortbildung für Arzthelferinnen**

Hierfür zuständig ist der Fortbildungsausschuss für Arzthelferinnen, der aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Lehrern sowie Vertretern der Kammer und der Kassenärztlichen Vereinigung besteht.

Der Fortbildungsausschuss erarbeitete ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, welches laufend erweitert wird und auch von Auszubildenden in Anspruch genommen werden kann (vgl. Bericht der Fortbildungsakademie).

Im Berichtsjahr setzte sich der Fortbildungsausschuss wie folgt zusammen:

Dr. Klaus-Otto Allmeling	Allgemeinarzt
Dr. Reinhard Bormann	Internist
Dr. Hartmut Horst	Internist
Carola Höpfner	Arzthelferin
Susanne Keschke	Arztfachhelferin
Ingrid Loeding	Lehrerin
Irmhild Marder	Lehrerin
Gabriela Mierendorff	Arzthelferin
Barbara Radke	Ass. der. Geschäftsf. der KV Hamburg

- **Abstimmung auf Bundesebene**

Die Ärztekammer Hamburg hat in Fragen der Ausbildung zur Arzthelferin Sitz und Stimme in der Ständigen Konferenz "Medizinische Fachberufe" bei der Bundesärztekammer in Köln. In diesem Gremium werden auf Bundesebene wichtige ausbildungsrechtliche Fragen zwischen den beteiligten Landesärztekammern so weit wie möglich bundeseinheitlich abgestimmt. Schwerpunktthema war in diesem Gremium war die Debatte um die Durchführung einer repräsentativen Erhebung zur Qualifizierung von Arzthelferinnen durch das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung. Außerdem wurde über verschiedene Fortbildungscurricula für Arzthelferinnen beraten.

Informationen zum Beruf

Auch in diesem Jahr sind sämtliche Anfängerklassen der Einschulungsjahrgänge Februar und August 2001 über den Verlauf der Ausbildung durch die Mitarbeiterin der Arzthelferinnenabteilung informiert worden.

Zum siebten Mal fand unter Beteiligung der Ausbildungsabteilung der Kammer in der Staatlichen Schule für Gesundheitspflege ein „**Ausbilderabend**“ statt. Es wurden Ärztinnen und Ärzte eingeladen, die Auszubildende im ersten und zweiten Lehrjahr beschäftigen. Die Berufsschule informierte über den Lehrplan sowie über den Stand der Lernortkooperation zwischen den dualen Partnern der beruflichen Bildung. Für interessierte Ausbilderinnen und Ausbilder fand anschließend eine Führung durch die Räumlichkeiten der Schule statt.

Im Berichtsjahr ist das Referat umgezogen in das 3. Obergeschoss in die Heinrich-Hertz-Str. 125.

Patientenberatung

Neustart mit neuer Kooperation

Das Jahr 2001 brachte Neues auf der Grundlage des Bewährten: aufgrund einer zunächst zeitlich befristeten Kooperation zwischen der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg konnte das Beratungskonzept und -angebot erweitert werden. Im April und Juni nahmen zwei neue Mitarbeiter ihre Beschäftigung auf. Das Beratungsteam besteht nun aus einer Ärztin und Psychologin, einer Fachärztin für Anästhesiologie und Intensivmedizin, einer Sozialwissenschaftlerin und einem Sozialversicherungsfachangestellten jeweils in Teilzeit. Durch die Ausweitung wurde sowohl der steigenden Anzahl der Anfragen als auch dem immer größer werdenden Bedürfnis nach differenzierteren Auskünften Rechnung getragen. Auch die in der letzten Zeit gehäuft auftretenden Fragen zur Sozialversicherung können nun qualifiziert beantwortet werden. Eine Verbesserung für die Anrufer und für das Beratungsklima ist, dass das Beratungsangebot nun wieder kostenlos ist: wer anruft, trägt nur seine Telefongebühren.

Das Team Patientenberatung hat außerdem im Juli neue Räume im Erdgeschoss des Ärztehauses in der Humboldtstraße bezogen. Die Beratung kann jetzt barrierefrei erreicht werden, ohne den Verwaltungsbereich betreten zu müssen. Gleichzeitig wird durch diese Unterbringung auch die Gemeinsamkeit der tragenden Körperschaften unterstrichen.

Beratungsinhalte

Im Mittelpunkt der Beratung steht das Hilfsangebot für Patienten, den für ihre individuellen Bedürfnisse geeigneten Arzt oder die geeignete Ärztin zu finden.

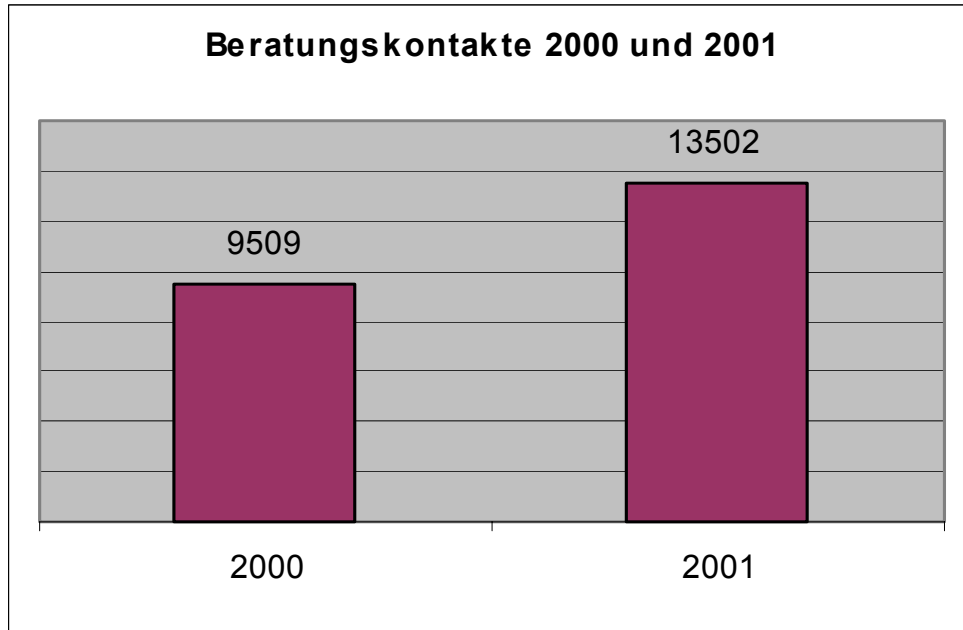
Das Team Patientenberatung bietet, ausgehend von Erfahrungen und gesicherten Informationen der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, Orientierungshilfen im Gesundheitswesen der Hansestadt und dient so auch dazu, dessen Strukturen für alle Beteiligten transparenter zu machen.

Die Patientenberatung hilft in Einzelfällen, die Kommunikation zwischen Arzt und Patient zu verbessern. Sie klärt Missverständnisse auf, erläutert Einzelheiten zu Diagnosen und Krankheitsbildern oder vermittelt konkret zwischen Arzt und Patient.

Bei schwerwiegenden Problemen ebnet sie der Patientin oder dem Patienten den Weg zu weiterführenden Angeboten, etwa der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen oder dem Beschwerdemanagement der Ärztekammer und anderer Organisationen, die sich mit Patientenrechten beschäftigen. Zudem bildet die Patientenberatungsstelle gegebenenfalls die Schnittstelle zwischen Patienten, Ärzten und anderen Anbietern im Gesundheitswesen. Darüber hinaus berät das Team zu Fragen der sozialen Sicherungssysteme.

Der Wahrnehmung der Aufgaben dienen auch Kontakte zur Gesundheitsbehörde, zu Krankenkassen sowie anderen Hamburger Institutionen, an deren Ausbau ständig gearbeitet wird.

Patientenberatung und Bürgerinformation im Gesundheitswesen



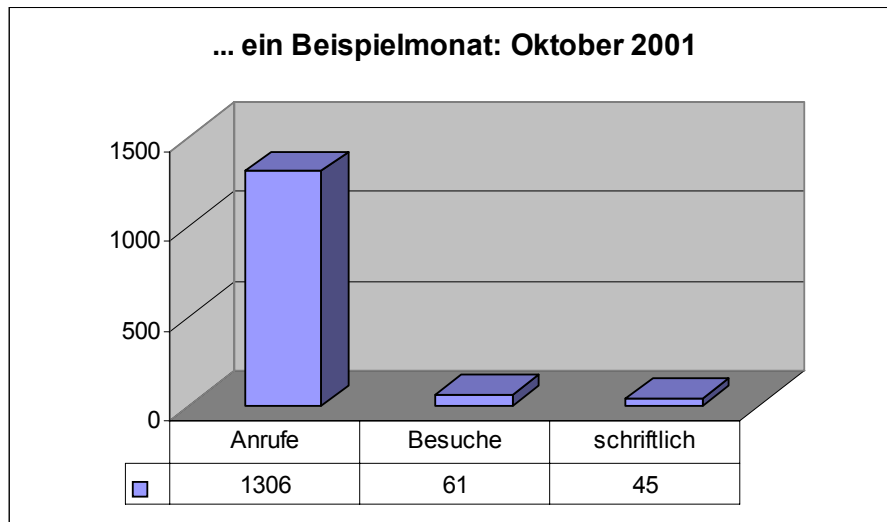
Unter diesem Stichwort stand eine Informationsveranstaltung von in Hamburg in diesem Bereich tätigen Einrichtungen unter der Federführung der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg. Diese Veranstaltung war Auftakt einer sich vertiefenden Kooperation zwischen verschiedenen Beratungsstellen mit z.T. erheblich unterschiedlicher Aufgabenstellung. Sowohl der Gedankenaustausch als auch eine praktische Kooperation in der Beratung wurden für die Zukunft vereinbart. Zunächst werden die von den beteiligten Einrichtungen zur Verfügung gestellten Angebote vom Team Patientenberatung der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung zusammengestellt und den anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Viele Einrichtungen sind auch an einer weiteren Kooperation sehr interessiert.

... der Bedarf ist groß

Viele Anrufer merken an, dass sie es - selbst in Zeiten optimaler Besetzung - über längere Zeit erfolglos versucht haben, das Team Patientenberatung telefonisch zu erreichen. Die Vielzahl der Anrufer ist Ausdruck eines großen und sicherlich wachsenden Bedarfes an Beratung und Wegweisung im immer komplizierter werdenden Gesundheitswesen. Da die Anzahl der durchgeführten Beratungen eher von den Möglichkeiten der Beratungsstelle als von der Nachfrage abhängt, sind Zahlen nur begrenzt aussagefähig. Sie drücken lediglich aus, wieviele Beratungskontakte tatsächlich zu Stande gekommen sind.

... die Wege zur Beratung

Die bei weitem größte Anzahl der Anfragen erreichen das Team Patientenberatung telefonisch. Daneben stehen die Berater jedoch auch für persönliche Gespräche zur Verfügung und beantworten schriftlich formulierte Anfragen. Diese treffen immer häufiger per Telefax oder per Email ein.



Recherche und Informationsverwaltung

Das Team Patientenberatung hat Zugriff auf die Datenbanken der Ärztekammer Hamburg und auf den z. Zt. Im Aufbau befindlichen Überweisungsassistenten der KVH. Außerdem steht umfangreiche Fachliteratur zu vielen medizinischen Themen und zum Sozialversicherungsrecht zur Verfügung.

Für viele Anfragen ist es dennoch erforderlich, im Einzelfall zu recherchieren. Hierfür kommen neben den Mitgliedern und den verschiedenen Fachabteilungen der ärztlichen Körperschaften die Bibliothek des ärztlichen Vereins, das Internet und die Informationen anderer Beratungsstellen in Frage. Die gewonnenen Erkenntnisse stehen auch für die Beantwortung künftiger Anfragen zur Verfügung. Der Umfang des bislang recherchierten Materials ist zwischenzeitlich sehr groß. Organisation und Aktualisierung von Informationen erfordern in der Zukunft erheblich mehr Aufmerksamkeit, um die Qualität der Beratung zu erhalten und zu verbessern.

Patientenberatung – nur für Patienten von Nutzen?

Auch Kammermitglieder nutzten die Patientenberatung als Möglichkeit, ihre besonderen Leistungen und Angebote einer interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln oder nach speziellen Behandlungsmöglichkeiten für ihre Patienten zu suchen. Dabei wird zunehmend die Notwendigkeit deutlich, differenziert ärztliche Arbeitsschwerpunkte sowie besondere diagnostische und therapeutische Fähigkeiten mitzuteilen.

Auch die Auseinandersetzung mit Beziehungsstörungen zwischen Arzt und Patient unterhalb der Schwelle einer Beschwerde und die Möglichkeit, in der Dreiecksbeziehung zwischen Arzt, Patient und Leistungsträger Klärungen herbeizuführen, werden häufig in Anspruch genommen.

Benennung von medizinischen Sachverständigen

Die Beratungsstelle dient darüber hinaus als Ansprechpartner für Ärzte, Gerichte, Behörden und Versicherungen, um auf Anfrage geeignete medizinische Sachverständige zu benennen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 197 solcher Anfragen beantwortet.

Gebührenordnung für Ärzte

Im Berichtsjahr wurden 345 schriftliche Anfragen zur Anwendung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) an die Ärztekammer Hamburg gerichtet. Bei den Anfragenden handelt es sich um solche von privaten Krankenversicherungen, Beihilfestellen der Länder sowie von Patienten. Die Anfragen der privaten Krankenversicherungen haben im Berichtsjahr 2001 deutlich zugenommen. Die meisten Anfragen bezogen sich darauf,

- ob in der GOÄ nicht aufgeführte Leistungen adäquat analog bewertet wurden,
- bestimmte Leistungsziffern nebeneinander berechnungsfähig sind,
- bei Überschreiten der Regelspanne die schriftliche Begründung ausreicht,
- berechnete Leistungsziffern tatsächlich auch erbracht wurden und/oder medizinisch indiziert waren,
- schwierige Operationen oder sogenannte „Außenseitermethoden“ korrekt abgerechnet wurden.

In 32 Fällen wurden nicht nur wie üblich Stellungnahmen der betroffenen Ärzte erbeten und die Behandlungsunterlagen angefordert, sondern sachverständige Ärzte um eine fachliche Beurteilung gebeten sowie externe Gutachten angefordert.

In einer Vielzahl telefonischer Anfragen von Ärzten, Arzthelferinnen und Patienten wurde darüber hinaus Auskunft zu allen denkbaren Bereichen der GOÄ erbeten. Häufig wird die GOÄ-Abteilung auch persönlich von Mitgliedern der Ärztekammer und Patienten aufgesucht, um im persönlichen Gespräch GOÄ-Probleme abzuklären.

Im Berichtsjahr wurde in 4 Fällen der Vorstand eingeschaltet. Diese Fälle konnten ohne Einleitung eines berufsgerichtlichen Vorermittlungsverfahrens geklärt werden. In den übrigen Fällen waren entweder die Einwände der Patienten nicht oder nur teilweise berechtigt oder die jeweiligen Rechnungssteller korrigierten auf einen entsprechenden Hinweis der Kammer die Liquidation.

Rechtsabteilung

Seit dem 01. Juli 2001 ist das Justitiariat der Ärztekammer durch eine zusätzliche Juristin, Frau Nina Rutschmann, besetzt.

Aufgabe der Rechtsabteilung ist es vor allem, die Organe und Gremien der Ärztekammer Hamburg in allen anfallenden Rechtsfragen zu beraten. Dazu gehören insbesondere der Vorstand, die Kammerversammlung, der Schlichtungsausschuss und der Erweiterte Widerspruchsausschuss. Darüber hinaus sind berufs-

gerichtliche Vorermittlungen zu führen sowie die Vertretung der Ärztekammer vor dem Verwaltungsgericht und dem Berufsgerecht wahrzunehmen.

Im Berichtszeitraum wurden in 14 Fällen berufsgerichtliche Vorermittlungen neu eingeleitet, davon wurden 3 Verfahren eingestellt. In 6 Fällen musste ein Berufsgerechtsverfahren eingeleitet werden. Abgeschlossen werden konnten 7 Berufsgerechtsverfahren aus dem Jahr 2000 und 1 Berufsgerechtsverfahren aus dem Jahre 1999. Derzeit sind beim Berufsgerecht 17 Berufsgerechtsverfahren anhängig und zwar 3 aus dem Jahr 2001, 4 aus dem Jahr 2000, 6 aus dem Jahr 1999 sowie vier Altverfahren aus den Jahren 1991 – 1998. In 2 Fällen wurde die Einleitung eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens beantragt. Schließlich wurden wegen Wettbewerbsverstößen 6 Unterlassungsverpflichtungserklärungen von Ärzten und 4 weitere von Dritten erwirkt.

Die Rechtsabteilung bietet ferner den Mitgliedern der Ärztekammer bei verschiedenen Rechtsproblemen Hilfe und Unterstützung an. So gab es im vergangenen Jahr von Kammermitgliedern 84 Anfragen mit berufsrechtlichem Bezug, 60 allgemeine Anfragen, 6 wettbewerbsrechtliche Anfragen und zahlreiche anderweitige Korrespondenz.

Darüber hinaus beriet die Rechtsabteilung ihre Mitglieder in Vertragsangelegenheiten u.a. Praxisübernahmeverträge, Partnerschaftsgesellschaftsverträge und Sonderverzeichnisse. Die Rechtsabteilung hatte des weiteren zahlreiche Mahnverfahren durchzuführen und Handelsregisteranfragen zu beantworten. Zu den schriftlichen Anfragen und Stellungnahmen kommt der regelmäßige Telefonservice hinzu. Beratungs- und Vermittlungsgespräche wurden ebenfalls vermehrt in Anspruch genommen.

Im Berichtsjahr sind unter Beteiligung der Rechtsabteilung Änderungen von Satzungen veranlasst worden.

Auffällig ist die erneut gestiegene Anzahl (11) von Eintragungsangeboten in Sonderverzeichnissen durch verschiedene Firmen.

Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der norddeutschen Ärztekammern in Hannover

Patienten, die eine ärztliche Fehlbehandlung vermuten, können sich direkt an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover wenden. Die Schlichtungsstelle ist ein Zusammenschluss von neun norddeutschen Ärztekammern, die unabhängig von den Kammern arbeitet und anhand von gutachterlichen Stellungnahmen den Vorwurf eines Behandlungsfehlers überprüft und die Frage eines Schadenersatzanspruches dem Grunde nach beantwortet. Das Verfahren ist für den Patienten gebührenfrei und für alle Beteiligten freiwillig. Die Ärztekammer Hamburg prüft in einigen Fällen auf Antrag der Patienten nach Ab-

schluss des Schlichtungsverfahrens, ob in dem Behandlungsfehler gleichzeitig ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Berufsordnung zu sehen ist.

Aus dem Kammerbereich Hamburg gingen im Jahr 2001 bei der Schlichtungsstelle **328 Anträge** zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ein. Im Vorjahr waren es 283 Anträge. Der Kostenanteil der Ärztekammer Hamburg an der norddeutschen Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen, der für das Jahr 2000 DM 172.860,27 betrug, wird für 2001 auf ca. DM 200.644 geschätzt.

Von der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen bearbeitete Anträge

Im Vergleich zum Vorjahr (50 Fälle) hat sich die Anzahl der schadenersatzpflichtigen Fälle im Jahr 2001 auf 63 erhöht.

Anteil der Ärztekammer Hamburg

	2001	2000
Stand 01.01.2001	279	268
Eingänge gesamt: 01/01 bis 12/01	328	283
im Jahr 2001 abgeschlossen:	331	272
Sonstige Erledigungen (Unzuständigkeit, Zurücknahme von Anträgen, Verjährung)	102	76
Nach Überprüfung:		
Kein Schadenersatz	166	146
Schadenersatzpflichtig	63	50
Zu bearbeiten: Stand 31.12.2001	276	279

Wie bereits in den Vorjahren zeigt sich eine Häufung von Behandlungsfehlern in den operativen Fächern mit Schwergewicht in der **Unfallchirurgie** mit 15 Fällen (Vorjahr: 17 Fälle). Im Gebiet **Orthopädie** ist eine Steigerung von 2 Fällen im Vorjahr auf 10 Fälle in diesem Jahr zu verzeichnen.

Die nachgewiesenen Behandlungsfehler verteilen sich auf folgende Gebiete / Teilgebiete

	Anzahl	%
Allgemeinmedizin	2	3
Chirurgie allgem.	2	3
Herzchirurgie	2	3
MKG-Chirurgie	2	3
Plast. Chirurgie	3	4
Gefäßchirurgie	1	2
Allgemein-	6	10

u.Visceralchir.		
Thoraxchirurgie	1	2
Unfallchirurgie	15	23
Neurochirurgie	2	3
Frauenheilkunde	5	8
Haut-u.Geschl.	1	2
HNO	1	2
Innere Medizin	2	3
Neurologie	3	4
Orthopädie	10	16
Diagn.Radiologie	3	4
Urologie	1	2
Visceralchirurgie	1	2
GESAMT:	63	100

Auf der einmal im Jahr stattfindenden Sitzung der **Ständigen Konferenz Gutachterkommissionen/Schlichtungsstellen** bei der Bundesärztekammer werden die Behandlungsfehler nach Sachverhalt, Häufigkeit und Fachgebiet analysiert, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse in der ärztlichen Fortbildung gezielt berücksichtigen zu können. Die einmal jährlich einberufene Sitzung der **Gesellschafterversammlung** fand in diesem Jahr in der Ärztekammer Jena (Ärztekammer Thüringen) statt.

Zu der bisher noch offen gebliebenen Frage, ob eine Beteiligung der Krankenkassen und/oder des MDK am Schlichtungsverfahren sinnvoll ist, herrscht nunmehr aufgrund der Entwicklung der Gespräche mit dem MDK unter den Gesellschaftern Konsens darüber, dass dieser Weg nicht weiter verfolgt werden soll.

Schlichtungsausschuss

Die Rechtsgrundlagen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens sind in den §§ 31,32 des Hamburgischen Ärztegesetzes geregelt.

Die Mitglieder des Ausschusses sind:

Dr. med. Hans-Jürgen Bohnhoff (Vorsitz)
 Dr. med. Adib Harb
 PD Dr. med. Herbert Pauli
 Frau Dr. med. Antje Haag (stellv. Beisitzer)
 Dr. med. Holger Jens Gellermann (stellv. Beisitzer)
 Prof. Dr. med. Werner Blunck

An den Sitzungen des Ausschusses nimmt die Justitiarin der Ärztekammer teil, um im Schlichtungsverfahren jederzeit ihren rechtlichen Rat einbringen zu können.

Im Berichtsjahr wurden zwei Anträge auf Durchführung eines Schlichtungsverfahrens gestellt. In einem Fall konnte der Ausschuss eine Schlichtung herbeiführen. In dem anderen Fall ist der Schlichtungsversuch gescheitert.

Die Pressestelle

‘Klassische’ Aufgaben der Pressestelle sind die Herausgabe von Pressemeldungen zu kammerrelevanten Themen, Planung, Durchführung und Leitung von Pressekonferenzen, Einladungen zu Hintergrundgesprächen mit Journalisten und selbstverständlich die kontinuierliche Kontaktpflege zu den zahlreichen Redaktionen der aktuellen Medien in Hamburg, aber auch zu überregionalen Pressevertretern und Autoren von Hintergrund-Publikationen. Insgesamt führte die Pressestelle im vergangenen Jahr 3 Pressekonferenzen durch und gab 28 Pressemitteilungen heraus.

Diese Pressearbeit bot auch im Jahr 2001 die Grundlage für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit der Ärztekammer. Als übergeordnetes Ziel gilt es dabei stets, ein positives Bild der Ärzteschaft in der Öffentlichkeit zu transportieren. Dazu ist, insbesondere in Zusammenarbeit mit Medienvertretern, Offenheit, Servicebereitschaft und professionell aufbereitete Information unabdingbar. Auf diese Weise können an den Schnittstellen der Informationsvermittlung positive Eigenschaften wie Glaubwürdigkeit, Aufgeschlossenheit und Kompetenz mit Ärztinnen und Ärzten und deren standespolitischer Vertretung in Verbindung gebracht werden.

Täglich gibt die Pressestelle Auskunft zu medizinischen oder gesundheitspolitischen Themen, vermittelt Ärztinnen und Ärzte als spezielle Interviewpartner für Print, Hörfunk und Fernsehen und wird unter Journalisten als kompetenter Ansprechpartner genutzt.

Von Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit ist darüber hinaus die Pflege von kollegialen Kontakten zu PR-Partnern anderer Einrichtungen und Verbände. So lud die Gemeinschaft der Pressesprecher im Gesundheitswesen Hamburgs im vergangenen Jahr gemeinsam zu einem Journalistentreffen ein, um auf diese Weise auch die professionelle Kooperation in diesem Bereich zu dokumentieren.

Von der Pressestelle verantwortlich betreut wird der Auftritt der Ärztekammer im Internet. Gegen Ende des Jahres wurde ein grundlegendes Relaunch der Website entwickelt, das spätestens im Frühjahr 2002 online gestellt werden wird. Im Mittelpunkt des Internetauftritts stehen dabei vielfältige Serviceangebote für Patienten und die Ärzteschaft.

Unterstützt wurde die Pressestelle im Jahr 2001 durch die Mitarbeit einer Volontärin, die hier eine zweijährige Ausbildung zur ‚Redakteurin in einer Pressestelle‘ absolviert. Die Kammer orientiert sich dabei unmittelbar an den Leitlinien der Ausbildung für Volontäre in Pressestellen, die der Deutsche Journalisten Verband herausgegeben hat. Die Volontärin begleitete unter anderem schwerpunktmäßig die Projekte, arbeitslose Ärzte nach Dänemark und nach Schweden zu vermitteln. Diese Projekte führte die Ärztekammer in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen, auch internationalen Partnern durch.

Schwerpunktmäßig von der Pressestelle begleitet wurde im vergangenen Jahr das Projekt ‚rundherum gesund‘, eine Initiative zur gesundheitlichen Primärprävention für Kinder in Grundschulen. Für dieses ehrenamtlich gestaltete Projekt von Hamburger Ärztinnen übernahm die Ärztekammer den verantwortlichen Rahmen. Die Pressestelle machte das Projekt publik, entwickelte mit der federführenden Ärztin zusammen das CD und ein Faltblatt und kümmerte sich um den Namensschutz für die Initiative. Der Pressesprecher zeichnet gemeinsam mit der Projektleiterin für das Projektkonto verantwortlich.

Der zeitnahen internen Information von Präsident, Vizepräsident und Geschäftsführung dient die tägliche Presseschau. Ein Extrakt daraus wird monatlich den Vorstandsmitgliedern der Ärztekammer zur Verfügung gestellt. Die Pressestelle gibt außerdem Auskunft auf Anfragen nach ärztlicher Sterbebegleitung, Patientenverfügung und anderen Möglichkeiten der Willensäußerung zur Vorsorge bei schweren Erkrankungen. Zu diesem Thema wurde begonnen, im Rahmen einer Arbeitsgruppe bei der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (jetzt: Behörde für Umwelt und Gesundheit) eine Informationsbroschüre neu aufzulegen.

Der Pressesprecher der Ärztekammer nimmt zusätzlich die Funktion des Chefredakteurs beim Hamburger Ärzteblatt wahr. Im Rahmen der Bundesärztekammer vertritt der Pressesprecher die Kammer Hamburg in der ‚Ständigen Konferenz Öffentlichkeitsarbeit‘. Außerdem ist er Mitglied der ‚Zentralen Redaktionskonferenz ‚arzt.de‘‘ von Bundesärztekammer und KBV.

Die Bibliothek des Ärztlichen Vereins und der Bibliotheksausschuss der Ärztekammer

Die Bibliothek des Ärztlichen Vereins befindet sich im 1. Stock des Altbaus der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (Zugang durch den Haupteingang der Staats- und Universitätsbibliothek).

Die Postanschrift lautet:

Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg (Rotherbaum)

Tel. 44 09 49, Fax 44 90 62

e-mail: aekbibl@aerztekammer-hamburg.de

Internet: www.aekbibl.de

Öffnungszeiten: Montag 10 bis 17 Uhr
Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 16 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Neuerungen

Seit April 2001 hat die Bibliothek eine eigene Internetseite mit vielfältigen Informationen und Angeboten. Diese wurde bis zum Jahresende über 9.000 Mal besucht.

Folgende neue Serviceleistungen erweitern jetzt das Angebot: Zusendung von Aufsätzen aus Zeitschriften, die nicht in der Bibliothek selbst gehalten werden, an niedergelassene Kammermitglieder; sowie der Bücherkurier, der zum Selbstkostenpreis Bücher zur Ausleihe in die Praxis oder nach Hause bringt.

Nutzung der Ausleihe und des Lesesaals

An 242,5 Öffnungstagen wurde die Bibliothek von 5.177 Lesern besucht. 6.743 Bände und CD-ROMs wurden entliehen, 7.163 Bücher und Zeitschriftenbände im Lesesaal genutzt.

Nutzung der Serviceleistungen: 660 Internet- u. CD-ROM-Recherchen wurden vor Ort durchgeführt (Zuwachs von 30% gegenüber 2000); 691 Zeitschriftenaufsatzkopien wurden an Kammermitglieder in Praxen, Kliniken und anderen Institutionen versandt (Zuwachs von 51% gegenüber 2000). An jedem Öffnungstag wurden umfangreiche persönliche, telefonische und schriftliche Auskünfte erteilt.

Etat und Bestand

2001 stand der Bibliothek ein Etat von DM 105.000,- für die Beschaffung von Büchern, Zeitschriften und CD-ROMs, sowie für das Einbinden und Restaurieren des Bestandes zur Verfügung. Im Jahr 2001 hatte die Bibliothek einen Gesamtzugang von 1.381 Medieneinheiten; davon 662 Geschenke, deren ermittelter

Wert bei 4.800,- DM liegt. Damit umfasste der Bibliotheksbestand am Jahresende 118.100 Bände. Die Bibliothek hält 182 Zeitschriftentitel im Abonnement, davon 91 Freiabonnements im Wert von 8.850,- DM.

Bibliotheksausschuss

Der Bibliotheksausschuss der Ärztekammer, von der Kammerversammlung gewählt, hat beratende Funktion und ist das Bindeglied zwischen Kammervorstand und Bibliothek.

Mitglieder des Bibliotheksausschusses:

Prof.Dr. Manfred Dallek (Stellvertr. Vorsitzender)

Dr. Claus Fenner

PD Dr. Ulrich Lamparter

PD Dr. Herbert Pauli

Dr. Hanno Scherf

Dr. Hergo Schmidt (Vorsitzender)

Prof. Dr. Werner Selberg

Schwerpunktt Themen der 4 Sitzungen im letzten Jahr waren u.a. die Planung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, Erweiterung der Serviceleistungen und Bestandsaufbau.

Förderkreis „Freunde und Förderer der Bibliothek des Ärztlichen Vereins e.V.“, FFB

Der Förderkreis wurde 1998 auf Initiative des Bibliotheksausschusses durch Interessenten und Freunde der Bibliothek gegründet und hat sich den Erhalt der wertvollen Bestände zur Aufgabe gemacht. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie dem Verkauf von Doubletten betragen im Jahr 2001 DM 15.728,-. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 54 durch Folgen starker Nutzung und schädlicher Umwelteinflüsse beschädigte, bis 300 Jahre alte Bände restauriert. Die Ausgaben des FFB beliefen sich insgesamt auf 13.458,- DM.

Kommissionen der Ärztekammer Hamburg

Ethik-Kommission

Im Jahre 2001 hat die Ethik-Kommission (EK) im monatlichen Rhythmus zwölf Mal getagt.

Im Berichtsjahr wurden der EK zur Primärbegutachtung 147 Studien vorgelegt (14 mehr als im Jahr 2000). Bei den Primärbegutachtungen handelt es sich um Studien, die vom in Hamburg ansässigen Versuchsleiter oder in seinem Auftrag

von einer Pharma- oder Auftragsfirma übersandt werden. Die Primärbegutachtungen finden in einer regulären Sitzung der EK statt. Bei der Prüfung berücksichtigt werden die berechtigten Forschungsinteressen des Arztes, aber auch die des Patienten im Hinblick auf das Nutzen-Risiko-Verhältnis bei Teilnahme an einer klinischen Prüfung. Dabei sind medizinische, juristische und versicherungsrechtliche Aspekte zu berücksichtigen. Erst nach Erteilung eines uneingeschränkt positiven Votums durch die Ethik-Kommission darf mit dem Forschungsvorhaben begonnen werden.

Statistisch wurden von Forschern aus dem Universitätskrankenhaus Eppendorf 52 Studien, von Auftragsfirmen 61, aus Krankenhäusern des Landesbetriebes oder Gemeinnützigen Krankenhäusern 14, von niedergelassenen Ärzten 18, aus dem Fachbereich Chemie der Universität Hamburg 1 und aus dem Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg ebenfalls 1 Studie zur Erstberatung übersandt.

Zum Ende des Jahres 2001 waren von den 147 Anfragen 123 erledigt. 24 noch nicht abschließend bearbeitet. In den 123 erledigten Anfragen enthalten sind 4 Studien, die zurückgezogen wurden. Eine Studie wurde seitens des Sponsors (vor Rekrutierung der Studienteilnehmer) aus administrativen Gründen nicht durchgeführt. Drei Studien wurden nach Erteilung des positiven Votums und nach Beginn wegen weltweit aufgetretener unvorhersehbarer kardiologischer Ereignisse (Serious Advers Events) unverzüglich eingestellt. Dabei wurde sicher gestellt, dass die Studienteilnehmer adäquat medikamentös weiterbehandelt wurden.

Zusätzlich zu diesen Erstbegutachtungen wurden 290 Multicenterstudien zur Nachbegutachtung übersandt. Hierbei handelt es sich um Studienvorhaben, die bereits in einem anderen Bundesland von der für den dortigen Versuchsleiter zuständigen Ethik-Kommission geprüft und mit einem positiven Votum versehen wurden. Im Hinblick auf hiesige Gegebenheiten (Qualifikation des Prüfarztes in Hamburg, Wahrung der Rechte und Pflichten der hier einzubeziehenden Patienten) erfolgt hier ein verkürztes Prüfverfahren. Diese Arbeit wird auf der Grundlage der Geschäftsordnung der EK vom Vorsitzenden und der Geschäftsführerin der EK erledigt. Nur in begründeten Einzelfällen findet die Beratung über eine Multicenterstudie in einer Sitzung der EK statt. Im Berichtsjahr war dies zweimal der Fall.

Wie in den vorhergehenden Jahren wurden von der Geschäftsstelle zahlreiche telefonische sowie persönliche Beratungen von Ärzten durchgeführt, die sich anlässlich der Planung eines Forschungsvorhabens ratsuchend an die EK wandten.

Wie schon im vorangegangenen Jahr wandten sich auch im Berichtsjahr einige Patienten sowie Probanden, denen die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Untersuchung unterbreitet worden war, ratsuchend an die Geschäftsstelle der EK.

Anfragen an die Ethik-Kommission sind gebührenpflichtig. Die Höhe der Gebühren, die die EK für die Ärztekammer Hamburg im Jahr 2000 einnahm, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr.

Der Vorsitzende der EK nahmen im November 2001 an der Jahrestagung des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen im Hause der Bundesärztekammer in Köln teil.

Mit der Beginn der zweiten Legislaturperiode der nach Landesrecht gegründeten Ethik-Kommission schieden einige Mitglieder der bis dahin amtierenden EK aus. Der bis zum 31.03.01 amtierende Vorsitzende, Herr Prof. Dr. med. K. Held, sowie Herr Prof. Dr. med. H. Scholz und Frau Prof. Dr. B. Vogel schieden zum 31.03.01 aus persönlichen Gründen aus. Ein weiteres Mitglied, Frau Dipl. Psych. A. Reschke -Dahms, schied zum 31.10.01 aus persönlichen Gründen aus. Zum neuen Vorsitzenden wählte das Gremium aus seiner Mitte Herrn Prof. Dr. med. Thomas Weber, Arzt für Nervenheilkunde, Chefarzt der Neurologischen Klinik des Marienkrankenhauses.

Seither gehören der Ethik-Kommission an:

Prof. Dr. med. Th. Weber (Vorsitzender)	Arzt für Nervenheilkunde
Prof. Dr. med. F. U. Beil	Internist
Frau Prof. Dr. med. G. Janka-Schaub	Kinderärztin
Priv.-Doz. Dr. med. Th. Klöss	Anästhesist
Prof. Dr. med. J. Kußmann	Chirurg
Frau Prof. Dr. med. I. Moll	Hautärztin
Prof. Dr. med. R. Böger	Pharmakologe
Dr. med. Elke Kaminsky	Med. Humangenetik
Frau Dipl.-Ing. Selke	Medizintechnikerin
Stellvertreter: Prof. Dr. Ing. E. Appel	Medizintechniker
Dr. jur. J. Daniels	Jurist
Stellvertreter: Dr. jur. J. Dreyer	Jurist
Prof. Dr. jur. M. Köhler	Jurist
Frau Prof. Dr. rer. nat. R. Kollek	Geistes-/Sozialwissenschaftl.
Frau E. Jaeger	Krankenschwester
Frau H. Purwin	Krankenschwester i.R.
Herr Ch. Judith	Bürgervertreter
Stellvertreter:	z.Z. nicht besetzt

Weiterhin gehören der Ethik-Kommission seit dem 01.04.2001 folgende Ärzte als stellvertretende Mitglieder an:

Prof. Dr. med. H. Bause	Anästhesist
Prof. Dr. med. W. Fiedler	Internist
Prof. Dr. med. B. Hüneke	Gynäkologe
Frau Prof. Dr. med. A. Pforte	Internistin
Prof. Dr. med. U. Schwedes	Internist

Die Stellvertreterfunktion für die hauptamtlichen ärztlichen Mitglieder wird nicht personenbezogen ausgeübt, sondern erfolgt nach einer internen Regelung der Ethik-Kommission bei Bedarf.

Kommission Reproduktionsmedizin

Die Kommission Reproduktionsmedizin (KRM) hat sich im Berichtsjahr zu zwei Mitgliedersitzungen zusammen gefunden. Darüber hinaus wurden die an die KRM gestellten Anträge im Umlaufverfahren bearbeitet.

Insgesamt waren 72 Anträge (18 mehr als 2000) auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 13 der Berufsordnung der Hamburger Ärzte sowie der Richtlinie zur Durchführung des intratubaren Gametentransfers, der in vitro-Fertilisation mit Embryotransfers und anderer verwandter Methoden zu bearbeiten.

Die vorgenannte Richtlinie sollte überarbeitet und der im Deutschen Ärzteblatt 95, Heft 49, 4. Dez. 1998 veröffentlichten „Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion“ angeglichen werden. Auf Beschluss der Kammerversammlung wurde eine ad hoc-Kommission ins Leben gerufen, deren Aufgabe es war, die Richtlinien der BÄK hinsichtlich enthaltener Bestimmungen zu überprüfen.

Der ad hoc-Kommission gehörten folgende Mitglieder an:

Dr. med. Laux (Vors.)
Prof. Dr. med. Carstensen
Dr. med. Harb
Prof. Dr. med. Held
Frau Dr. med. Heuchert
Prof. Dr. med. Kahlke
Priv.-Doz. Dr. med. Pauli

Die ad hoc-Kommission hat nach mehrfachen schwierigen Beratungen der Kammerversammlung eine Fassung der „Richtlinien zur assistierten Reproduktion“ vorgelegt, die von der Kammerversammlung verabschiedet, von der Behörde genehmigt und im Hamburger Ärzteblatt 10/01 veröffentlicht wurde. Eine Änderung zur bisherigen Richtlinien ist, dass nunmehr in begründeten Fällen in Hamburg Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung bei nicht verheirateten Paaren durchgeführt werden dürfen.

In Abweichung zu den Richtlinien der BÄK dürfen in Hamburg bei Patientinnen unter 35 Jahren höchstens zwei Eizellen befruchtet und höchstens zwei Embryonen transferiert werden, um eine Reduktion von Mehrlingen mittels Fetozid zu vermeiden. Diese Verpflichtung hat im Nachhinein bei den durchführenden Ärzten erhebliche Proteste ausgelöst.

Von den 72 der KRM vorgelegten Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung wurden 67 gestellt zur Durchführung einer künstlichen Befruchtung mit Spendersamen und 5 zur Durchführung einer Intrazytoplasmatischen Spermatozoeninjektion (ICSI). Den Anträgen wurde auf Grund der gegebenen medizinischen Indikationen stattgegeben.

Der KRM gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr.med. W. Braendle, Vorsitzender	Frauenklinik UKE
Prof. Dr.med. M. Carstensen	Albertinen-Krankenhaus
Dr. med. E. Finsterwalder	niedergel. Gynäkologe
Gabriela Luth	Justitiarin der
	Ärztekammer Hamburg
Helga Hinzmann, Geschäftsführung	Ärztekammer Hamburg /
	Ethik-Kommission

Kommission Lebendspende

Die „Kommission Lebendspende“ (KL) der Ärztekammer Hamburg hat sich nach Erfüllung der behördlichen Regularien am 29. 03. 2000 konstituiert. Im Berichtsjahr nahmen die zu bearbeitenden Anträge gegenüber dem Vorjahr erheblich zu. Im Jahr 2000 waren 18 Anträge dahingehend zu prüfen, ob davon ausgegangen werden kann, dass keine begründeten tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand verbotenen Handelstreibens nach § 17 Transplantationsgesetz ist.

Im Berichtsjahr stieg der Zahl der Anträge auf 46. Davon betrafen 13 Anträge eine geplante Nieren-Lebendspende (bei Erwachsenen) und 30 eine geplante Splitleber-Lebendspende, wobei es sich bei dem Organspender/der Organspenderin in der Regel um ein Elternteil des zu transplantierenden kranken Kindes (meistens im Alter von wenigen Monaten) handelte. Für 3 der geplanten Transplantationen wurden nach Antragstellung Leichenorgane über Eurotransplant zur Verfügung gestellt, so dass eine Lebendorganspende entbehrlich wurde.

Die Anträge auf Durchführung einer Leberlebendspende bedürfen auf Grund des kritischen Gesundheitszustandes des Patienten/der Patientin einer unverzüglichen Bearbeitung, was ein hohes Engagement der Kommissionsmitglieder und der Geschäftsstelle der KL erfordert. Zur Sicherstellung der Arbeit dieser Kommission wurden jedem Hauptmitglied zunächst zwei Stellvertreter zugeordnet. Es stellte sich im Laufe des Jahres 2001 wegen des großen Anstiegs der Anträge jedoch heraus, dass die Gruppe der Psychotherapeuten um zwei weitere stellvertretende Mitglieder und die Gruppe der Juristen um 1 weiteres stellvertretendes Mitglied erweitert werden mussten, um die ständige Erreichbarkeit und Entscheidungsfindung der KL sicherzustellen.

Der Kommission Lebendspende gehören folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder an:

Gruppe der Ärzte

Mitglied:	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Prof. Dr. F. Riedel Altonaer Kinderkrankenhaus	Prof. Dr. G. Neumann Marienkrankenhaus	Prof. Dr. A. Raedler Krankenhaus Tabea

Gruppe der Juristen:

Mitglied:	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Frau G. Luth Justitiarin der Ärztekammer Hamburg	Herr S. Hennings Rechtsanwalt, Justitiar der Zahnärztekammer Hamburg	Frau N. Rutschmann Ass.jur. der Ärztekammer Hamburg

Gruppe der Psychologen

Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Frau Dr. B. RÜth-Behr Ärztin für psychotherapeutische Medizin	Frau Dr. I. Andresen-Dannhauer Ärztin für psychotherapeutische Medizin	Frau Dr. D. Niemyer Ärztin für psychotherapeutische Medizin
	3. Stellvertreter Hans-Peter Krüger, Arzt für Psychotherapeutische Medizin	4. Stellvertreter Dr. med. H. H. Fried Arzt für Psychotherapeutische Medizin

Geschäftsführung: **Helga Hinzmann**

Zum 30. Juni 2001 schied aus der Gruppe der Juristen der niedergelassene Rechtsanwalt Dr. H. Bonvie aus persönlichen Gründen aus der KL aus.

Ausschüsse und Arbeitskreise der Ärztekammer Hamburg*

*Soweit nicht unter den einzelnen Abteilungen angegeben

Ausschuss ‚Ärztinnen‘

Der Ausschuss ‚Ärztinnen‘ hat sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen zusammengefunden.

Eines der Themen der diesjährigen Ausschussarbeit war unter anderem das Gleichstellungsgesetz in Hamburg. Frau Chudziak, Senatsamt für die Gleichstellung, hat hierzu im Rahmen einer Sitzung einen Vortrag über 9 Jahre Erfahrungen mit dem Hamburger Gleichstellungsgesetz gehalten. Thema war auch der Bericht der Expertinnenkommission Hamburg „Frauen und Gesundheit – Perspektiven und Empfehlungen für ein Aktionsprogramm“. Darüber hinaus wurde über aktuelle Themen, wie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Arbeitszeitgesetz diskutiert. Ferner wurde sich der Themen „Mobbing am Arbeitsplatz“ und „Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte“ angenommen.

Mit großem Interesse wurden die Ergebnisse des Deutschen Ärztetages und der Stand der Musterweiterbildungsordnung verfolgt und diskutiert.

Mitglieder des Ausschusses:

Frau Dr. Koßmann (Vorsitzende)
 Frau Dr. Schmidt (stellvertretende Vorsitzende)
 Frau Dr. Ambor
 Frau Dr. Ansay
 Frau Regina Buhl
 Frau Dr. Huggett
 Frau Sybille Schulz

ständige Gäste:

Frau Chudziak (Senatsamt für die Gleichstellung der Frau)
 Frau Dr. Fehling
 Frau Dr. Fenner
 Frau Dr. Recker
 Frau Dr. Wedekind
 Frau Dr. Weickert-Schwartz

Beitragsprüfungsausschuss

Diesem Ausschuss der Ärztekammer gehören die folgenden Mitglieder an:

Dr. med.Regina Buhl
Dr. med. Peter Calais
Dr. med. Adib Harb
Dr. med. Johann von Preyss
Dr. med. Wolfgang Wesiack

Der Beitragsprüfungsausschuss, der über Anträge auf Beitragsnachlass, Beitragsbefreiung, Stundung und Ratenzahlung des Ärztekammerbeitrages 2001 zu entscheiden hat, trat im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammen.

In der Sitzung wurde über insgesamt 9 Anträge auf Nachlass, Befreiung oder Stundung des Beitrages beraten und entschieden. 6 Anträge mussten ablehnend beschieden werden. 3 Anträge hatten einen Teilerfolg.

Die niedrige Zahl von Anträgen kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die Beitragsordnung nicht nur insgesamt, sondern auch im Einzelfall als gerecht angesehen und akzeptiert wird.

Fürsorgeausschuss

Im Berichtsjahr trat der Fürsorgeausschuss zu einer Sitzung am 29.11.2001 zusammen. Dem Ausschuss gehören folgende Mitglieder an:

Dr. Horst Buck-Gramcko (Vorsitzender)
Dr. Ursula Hoffeins (Stellv. Vorsitzende)
Dr. Otto Fenner
Dr. Herbert Henne
Dr. Rudolf Klein
Dr. Bärbel Seelisch

In der Sitzung am 29.11.2001 besprach der Fürsorgeausschuss verschiedene Einzelanträge und empfahl eine Erhöhung der Fürsorgerichtsätze mit Wirkung zum 01.01.2002 um 1,96 %. Der Vorstand der Ärztekammer schloss sich dieser Empfehlung des Fürsorgeausschusses an. Die Erhöhung entspricht dem Mittelwert zwischen der Erhöhung der Renten der BfA und den Regelsätzen der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Damit erhöhte sich der Richtsatz der Ärztekammer Hamburg für den Haushaltsvorstand um EUR 12,58 (DM 24,59) auf EUR 654,11 (DM 1.279,32). Für Angehörige stieg der Richtsatz um EUR 5,51 (DM 10,77) auf EUR 286,41 (DM 560,15). Personen über 60 Jahre, die gleichzeitig "Hilfe zum Lebensunterhalt" vom Sozialamt beziehen, können von der Ärztekammer mit einem Betrag in Höhe von EUR 210,00 (DM 410,72) unterstützt werden.

Im Jahr 2001 erhielten die insgesamt 11 Empfänger (1 Arzt/Ärztin, 9 Witwen, 1 Waise) Leistungen aus dem Fürsorgefonds in Höhe von DM 47.273,23 (EUR 24.170,42).

Die dem Fürsorgefonds zur Verfügung stehenden Mittel werden aufgebracht aus Beitrags- und Spendenaufkommen der Hamburger Ärzte. Die Spendeneinnahmen erreichten im Berichtsjahr eine Höhe von DM 47.843,37 (EUR 24.461,93) (im Jahr 2000: DM 57.746,00; 1999: DM 83.875,00; 1998: DM 82.505,76; 1997: DM 59.128,18).

Arbeitskreis Hämotherapie-Richtlinien

Am 07.07.1998 ist die novellierte Fassung des Transfusionsgesetzes in Kraft getreten. Zur Umsetzung dieses Gesetzes hat die Bundesärztekammer am 07.07.2000 die "Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie)" verabschiedet. Entsprechend dieser Richtlinien ist von jeder betroffenen Einrichtung ein Qualitätsbeauftragter zu benennen. Dieser Qualitätsbeauftragte hat bis spätestens zum 31.12.2001 erstmalig und jährlich der zuständigen Landesärztekammer nachzuweisen, dass seine Einrichtung über ein valides Qualitätssicherungssystem verfügt und dieses System bei der Anwendung von Blutprodukten den Vorgaben der Bundesärztekammer entspricht.

Zur Umsetzung der Hämotherapie-Richtlinien im Kammerbereich der Hamburger Ärztekammer hat der Vorstand den Arbeitskreis Hämotherapie-Richtlinien berufen. Aufgabe dieses Arbeitskreises ist es, dem Vorstand Vorschläge bezüglich der Umsetzung der Richtlinien zu unterbreiten. Der Arbeitskreis Hämotherapie-Richtlinien hat daher angeregt für das Jahr 2001 lediglich eine Selbstverpflichtungserklärung zu verlangen und somit im ersten Schritt eine Bestandsaufnahme bezüglich der Einhaltung der Richtlinien in den betroffenen Einrichtungen vorzunehmen. Dieser Vorschlag wurde vom Vorstand der Kammer verabschiedet. Über weitere Maßnahmen zur Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben bezüglich des Transfusionsgesetzes werden im Jahr 2002 weitere Konzepte erarbeitet.

Mitglieder des Arbeitskreises:

Prof. Dr. med. A. Poschmann (Vorsitzender)
Prof. Dr. med. P. Kühnl (stellvertretender Vorsitzender)
Dr. med. A. Koßmann
Dr. med. K. Becker
Priv.-Doz. Dr. med. K. H. Damm
Gabriela Luth
Helga Hinzmann

Ausschuss Umweltmedizin

Der Ausschusses Umweltmedizin diskutierte über das Thema „BSE“ und befasste sich mit einem Bericht über die Ausarbeitung des Ausschusses für biologische Arbeitsstoffe bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ der WHO. Im Kontext der WHO – Gesundheit für alle von 1984 wurde die Europäische Charta

Umwelt und Gesundheit verabschiedet, die u. a. den Grundsatz enthält, dass jeder Mensch Anspruch auf eine Umwelt hat, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht. Daraufhin wurden Nationale Aktionsprogramme ausgearbeitet und 1999 in London vorgelegt.

Im Herbst 2001 fand auf Anregung des Ausschusses Umweltmedizin eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Hormonell wirksame Chemikalien“ im Rahmen der Weiterbildung Umweltmedizin statt.

Unter der Mitwirkung der Mitglieder des Ausschusses Umweltmedizin wurden auch in diesem Jahr gemeinsam mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein drei Weiterbildungsblöcke des 200-Stunden Kurses Umweltmedizin in Hamburg durchgeführt. Wegen erheblich geringerer Nachfragen sollen die Kurse Umweltmedizin in Absprache mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern geplant werden, um eine ausreichende Zahl an Teilnehmern zu sichern.

Zwei Ausschussmitglieder nahmen an der Sitzung der Ständigen Konferenz Umwelt und Gesundheit der Bundesärztekammer teil. Dieses Gremium hat u. a. die Aufgabe, umweltmedizinische Fragen auf Bundesebene zu beraten. Ein Hauptthema dieser Sitzung war u. a., dass bei der Novellierung der Weiterbildungsordnung möglichst darauf geachtet wird, bundeseinheitliche Weiterbildungsanforderungen bezüglich der Bestimmungen der berufsbegleitenden Weiterbildung für Umweltmedizin zu entwickeln.

Das zeitlich begrenzte Projekt „Ökologische Produktbewertung“ der Hamburger Krankenhausgesellschaft wurde im Beirat durch den Vorsitzenden des Ausschusses Umweltmedizin begleitet. Die näheren Ziele des Projektes waren im Hamburger Ärzteblatt September 2001 abgedruckt.

Die Mitglieder des Ausschusses:

Dr. Thomas Fenner (Vorsitz)	Arzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, Umweltmedizin
Prof. Dr. Achim Schmoltd	Arzt für Pharmakologie und Toxikologie
Karl-R. Fabig (Stellvertr. Vorsitz)	Praktischer Arzt
Dr. Eckbert Finsterwalder	Arzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Helga Heidbüchel-Braatz	Ärztin für Innere Medizin, Allgemeinmedizin, öffentliches Gesundheitswesen
Prof. Dr. Dr. Andreas Kappos	Arzt für Innere Medizin, Lungen- und Bronchialheilkunde, Umweltmedizin
Prof. Dr. Erhard Pfeiffer	Arzt für Hygiene und Umweltmedizin
Andreas Respondek	Arzt für Arbeitsmedizin
Dr. Ulrich Rogall	Arzt für Arbeitsmedizin
Dr. Norbert Neuburger	Arzt für Innere Medizin, Umweltmedizin
Dr. Albrecht zum Winkel	Arzt für Arbeitsmedizin, Praktischer Arzt, Umweltmedizin
Ausschussbetreuung:	Frau Sünje Winkler

Ausschuss 'Zusammenarbeit von Ärzten mit Selbsthilfegruppen'

Der Ausschuss ist im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen zusammengekommen. Darüber hinaus hat im April 2001 das 8. Selbsthilfe-Forum stattgefunden.

Bei dem 8. Selbsthilfe-Forum handelte es sich um ein „allgemeines regionales Treffen“. Es wurde das erste Mal ein Selbsthilfe-Forum spezifisch für eine Region (Süderelbe-Bereich) veranstaltet, das in den Räumen des Wilhelmsburger Krankenhauses von Herrn Dr. Bernhard ausgerichtet wurde.

An spezifischen regionalen Problemen wurden vor allem die Strukturfragen der ärztlichen Versorgung speziell für Harburg diskutiert. Neben den schon bekannten Klagen/Wünschen, die sich um Kommunikation, Information, Umgang mit den Patienten etc. drehen, sind in diesem Forum häufiger als früher Behandlungsmängel der medizinischen Versorgung (Diagnostik, Kooperation mit der Rehabilitation) beklagt worden mit der Vermutung, dass medizinische Versäumnisse oder Fehler aus Kostengründen entstehen könnten. Im Ausschuss wurden die Anregungen des 8. Selbsthilfe-Forums aufgenommen.

Vertreter der Ärztekammer Hamburg in Gremien der Bundesärztekammer

Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin	Dr. Friedrich Hach
Deutsche Akademie der Gebietsärzte	Dr. Frank Ulrich Montgomery
Deutscher Senat für ärztliche Fortbildung	Prof. Dr. Winfried Kahlke
Finanzkommission der Bundesärztekammer	Dr. Bruno Schmolke Dipl.-Vw. Donald Horn
Ständige Konferenz „Arbeitsmedizin“	Dr. Ulrich Rogall
Ständige Konferenz „Ärztinnen“	Dr. Angelika Koßmann
Ständige Konferenz „Ärztliche Versorgungswerke und Fürsorge“	Dr. Torsten Hemker
Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“	Dr. Bruno Schmolke Dr. Dr. Wolfgang Busch PD Dr. Klaus-Heinrich Damm
Ständige Konferenz „Zur Beratung der Berufsordnung für die deutschen Ärzte“	PD Dr. Klaus-Heinrich Damm
Ständige Konferenz „Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern“	PD Dr. Klaus-Heinrich Damm
Ständige Konferenz „Gesundheit und Umwelt“	Dr. Dr. Thomas Fenner
Ständige Konferenz „Gutachterkommissionen / Schlichtungsstellen“	Gabriela Luth
Ständige Konferenz „Krankenhaus“	Dr. Frank Ulrich Montgomery
Ständige Konferenz „Medizinische Fachberufe“	Dr. Friedrich Hach
Ständige Konferenz „Öffentlichkeitsarbeit“	Wolfram Scharenberg
Ständige Konferenz „Qualitätssicherung“	Prof. Dr. Martin Carstensen
Ständige Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern	Gabriela Luth

Liste der Fachbeisitzer / Prüfer 2001

Vorsitzende der Prüfungsausschüsse

Dr. Klaus Beelmann
 Dr. Gertrud Bulle
 PD Dr. K.-H. Damm
 Dr. Heinrich Erdmann
 Prof. Dr. Hans-Peter Heilmann
 Dr. Rolf-Dietrich Jänz
 Prof. Dr. Peter Kalmar
 Dr. Peter Koch
 Dr. Joachim Krauss
 Dr. Peter Krueger
 Prof. Dr. Klaus Kunze
 Dr. Hans-Joachim Moek
 Prof. Dr. Franz Mörl
 Prof. Dr. Georg Neumann
 PD Dr. Gerd Neumann
 PD Dr. Herbert Pauli
 Dr. Otto Pohlenz
 Prof. Dr. Dieter Szadkowski
 Dr. Winfried Schulz
 Dr. Günter Türk

Allgemeinmedizin

Dr. Hans-Ulrich Comberg
 Dr. Wolfgang Ewert
 Dr. Günther Klötzl
 Dr. Barbara Kohlmorgen
 Dr. Hans-Michael Köllner
 Dr. Dieter Lange
 Dr. Dietrich Lau
 Dr. Ursula Linn
 Dr. Beate Martius
 Dr. Karl-Christian Münter
 Dr. Frank Neldner
 Dr. Detlef Niemann
 Dr. Heimo Runge-Maulwurf
 Dr. Wolfgang Schmidt
 Dr. Kurt Schröder
 Dr. Ralph-Martin Schwerdt
 Heinrich Többen

Anästhesiologie

Prof. Dr. Hanswerner Bause
 Dr. Cord Busse
 Prof. Dr. Wolfgang Christian Heß
 PD Dr. Thomas Kloess
 Dr. Dörte Kühnle-Schneider-Affeld
 Dr. Gerd Melichar
 Dr. Heinzpeter Moecke
 Dr. Peter-Michael Schilke
 Prof. Dr. Jochen Schulte am Esch
 PD Dr. Hans-Detlef Taube
 Dr. Dieter Teichmann
 Prof. Dr. Josef L. Theissen
 Dr. Peter Voeltz

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Anästhesiologische Intensivmedizin

Prof. Dr. Hanswerner Bause
 Dr. Cord Busse
 PD Dr. Thomas Kloess
 Dr. Gerd Melichar
 Dr. Heinzpeter Moecke
 Dr. Hans-Richard Paschen
 Prof. Dr. Jens Scholz
 Prof. Dr. Jochen Schulte am Esch
 PD Dr. Hans-Detlef Taube
 Dr. Dieter Teichmann
 Dr. Peter Voeltz

Anatomie

Prof. Dr. Dietrich Lorke
 Prof. Dr. Dr. Ulrich Mangold
 Prof. Dr. Cornelia Schulze
 Prof. Dr. Udo Schumacher

Arbeitsmedizin

(gleichzeitig Prüfer für
Betriebsmedizin)

Dr. Ernst-Wilhelm Bücken
Dr. Hans-Uwe Cohrs
Dr. Hans-Henning Fries
Dr. Jürgen Huth
Dr. Ursula Kramer
Dr. Bernd Paulmann
Dr. Wolfgang Paulsen
Dr. Michael Peschke
Dr. Volker Pruszkowski
Dr. Ulrich Rogall
Dr. Thomas Schultek
Dr. Helmut Wallrabenstein
Dr. Ursula Weinssen

Augenheilkunde

Prof. Dr. Dietrich von Domarus
Dr. Karl-Ludwig Elze
PD Dr. Kay-Uwe Hamann
Dr. Udo Heuer
Dr. Jörg-Dieter Hillemann
Dr. Joachim Kienast
Dr. Wolf Kypke
Andreas Meinke
Prof. Dr. Gisbert Richard
PD Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Wiegand

Biochemie

Prof. Dr. Reinhard Bredehorst

Chirurgie

Prof. Dr. Heinz Sigurd Brieler
Dr. Peter Brümmer
Prof. Dr. Herbert Imig
Dr. Friedrich Kreuzler
Dr. Klaus Möbius
Dr. Mir-Hosseini Nabavi
Prof. Dr. Klaus Rückert
Dr. Gerhard Schade
Dr. Dr. phil. Michael Scheja
Dr. Friedemann Schreiter
Prof. Dr. Wolfgang Teichmann

Schwerpunkt Gefäßchirurgie

Dr. Peter Breuer
Prof. Dr. Herbert Imig
Prof. Dr. Helmut Kortmann
Dr. Henrik Mondt
Dr. Joachim Schneider
Dr. Lian-Hie Tan

Schwerpunkt Thoraxchirurgie

PD Dr. Christoph Busch
Dr. Ursula Engel
Prof. Dr. Jakob Robert Izbicki

Schwerpunkt Unfallchirurgie

Prof. Dr. Manfred Dallek
Dr. Wolfgang Dehoust
Prof. Dr. Christoph Eggers
Dr. Maximilian Faschingbauer
Dr. Wolfgang Fenselau
PD Dr. Christian Jürgens
Dr. Hans-Werner Kranz
Prof. Dr. Johannes Maria Rueger
Dr. Hartmut Seidel

Schwerpunkt Visceralchirurgie

PD Dr. Christoph Busch
PD Dr. Arnulf Dörner
Dr. Ursula Engel
Prof. Dr. Kofi de Heer
Prof. Dr. Jakob Robert Izbicki
Dr. Klaus-Peter Müller
Prof. Dr. Klaus Rückert
Dr. Lutz Steinmüller
Prof. Dr. Wolfgang Teichmann
Dr. Akos Varszegi

Teilgebiet Kinderchirurgie ('89)

Dr. Hans-Dieter Hesse
Prof. Dr. Wolfgang Lambrecht
Dr. Burkhard Mostler
Dr. Peter Reifferscheid
Dr. Gero Wesener
Dr. Werner Zimmermann

Teilgebiet Plastische Chirurgie ('89)

Dr. Hans-J.G. Bargmann
 Dr. Angelika Biewener
 Dr. Jutta Böhling
 Dr. Robert Festge
 Dr. Klaus Fischer
 Dr. Jörn-Peter Kunert
 Dr. Diethart Pitzler

Teilgebiet Thorax-u. Kardiovaskularchirurgie ('89)

Prof.Dr. Niels-Michael Bleese
 PD Dr. Luis Orellano
 Prof.Dr. Jörg Ostermeyer

Diagnostische Radiologie / Radiologische Diagnostik

Dr. Hans Jürgen Falcke
 Dr. Hans-Werner Förste
 Dr. Peter Gundermann
 Dr. Klaus Pauly
 Dr. Jürgen Rix
 Dr. Manfred Siemers
 Prof. Dr. Hermann Vogel
 Prof. Dr. Otto Henning Wegener
 Prof. Dr. Gerd Witte

Schwerpunkt Kinderradiologie

Dr. Anno Diemer
 Dr. Bernd Galle
 Dr. Hubert Hayek
 Prof. Dr. Ernst Richter

Schwerpunkt Neuroradiologie

Dr. Wolfhard Lege
 Dr. Andreas Leppien
 Prof. Dr. Hermann Zeumer

Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Prof. Dr. Heinz Günther Bohnet
 Dr. Helmut Corterier
 Dr. Carl-Rüdiger Deichmann
 Dr. Andrea Ehni
 Dr. Thomas Gent
 Dr. Dorothee Kimmich-Laux
 Prof. Dr. Volker Lehmann
 Dr. Volker Maaßen
 Andreas Möckel
 Dr. Ekkehart Rückert
 Dr. Michael Scheele
 Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel
 Dr. Gerd Tietgen

Spezielle Weiterbildung: Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin

Dr. Gerd Bispink
 Prof. Dr. Heinz Günther Bohnet
 Prof. Dr. Wilhelm Brändle
 PD Dr. Michael Graf
 Dr. Annette Kleinkauf-Houcken
 PD Dr. Ulrich Knuth
 Prof. Dr. Freimut Leidenberger

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Geburtshilfe und Perinatalmedizin

Prof. Dr. Martin Carstensen
 Dr. Wolfram Czopnik
 Prof. Dr. Bernhard-J. Hackelöer
 Prof. Dr. Bernd Hüneke
 Dr. Michael Scheele
 Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel
 Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode
 Dr. Joachim Thaßler

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Operative Gynäkologie

Prof. Dr. Martin Carstensen
 Dr. Wolfram Czopnik
 Dr. Michael Scheele
 Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel
 Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode

**Fachkunde Laboruntersuchungen
in der Frauenheilkunde u.
Geburtshilfe**

Prof. Dr. Wilhelm Brändle
Dr. Annette Kleinkauf-Houcken
Prof. Dr. Christoph Lindner

HNO-Heilkunde

Dr. Eckhardt Biermann
Prof. Dr. Detlef Collo
Dr. Klaus Domdey
Prof. Dr. Michael Handrock
Dr. Gerd Kruse
Prof. Dr. Claus Morgenstern
Prof. Dr. Manfred Münzel
Dr. Hans-Joachim Proescher
Prof. Dr. Jobst von Scheel
Dr. Bruno Schmolke
Dr. Klaus-Jens Simm
Dr. Nikolaus A. Töpfer
Dr. Niels Graf von Waldersee

**Teilgebiet Phoniatrie u.
Pädaudiologie ('89)**

Dr. Sabine Fischer
Dr. Marianne Röhrs

**Spezielle Weiterbildung: Spezielle
Hals-Nasen-Ohrenchirurgie**

Dr. Thomas Grundmann
Prof. Dr. Michael Handrock
Prof. Dr. Rudolf Leuwer
Dr. Ulrich Machate
Prof. Dr. Manfred Münzel
Prof. Dr. Georg Neumann
Dr. Ruth Noppeney
Dr. Nikolaus A. Töpfer

**Haut- und
Geschlechtskrankheiten**

Dr. Clemens Buck
Dr. Gisela Delventhal
Dr. Gabriele Hartmann
Dr. Altfried Kirchhoff
Prof. Dr. Wilhelm Meigel
Prof. Dr. Hartwig Mensing
Prof. Dr. Ingrid Moll
Dr. Wolfhard Radtke
Dr. Dieter Reinel
Dr. Joachim Weiß

Herzchirurgie

Dr. Kwaku Ayisi
Prof. Dr. Volker Döring
M.B., B.CH. / Univ Kairo Mohamed
Ismail
Prof. Dr. Hans-Joachim Krebber
Dr. Peter Marcsek
Prof. Dr. Jörg Ostermeyer
Dr. Friedrich-Christian Riess

**Spezielle Weiterbildung: Spezielle
Herzchirurgische Intensivmedizin**

Dr. Kwaku Ayisi
Prof. Dr. Volker Döring
Dr. Friedrich-Christian Riess

**Humangenetik
(* sind auch Prüfer für den
Bereich Medizinische Genetik)**

Prof. Dr. Andreas Gal *
Prof. Dr. Karsten Held *
Dr. Elke Kaminsky *
Dr. Sabine Lüttgen *
Dr. Susanne Markus
Dr. Hiltrud Marschner-Schäfer *
PD Dr. Peter Meinecke*

Hygiene und Umweltmedizin

Prof. Dr. Erhard Pfeiffer

Hygiene ('89)

Prof. Dr. Jochen Bockemühl
 Prof. Dr. Rainer Laufs
 Prof. Dr. Gottfried Mauff
 Prof. Dr. Erhard Pfeiffer
 PD Dr. Walter Sietzen

Innere Medizin

Dr. Reinhard Bormann
 Dr. Olaf Coym
 Dr. Jürgen Ebeling
 Prof. Dr. Hugo Th. Heidemann
 Prof. Dr. Georg Hoppe-Seyler
 Dr. Klaus Korte
 Dr. Fritz Peter Kremer
 Prof. Dr. Christian Krüger
 Prof. Dr. Peter Ostendorf
 Prof. Dr. Michael Otte
 Prof. Dr. Georg Planz
 Dr. Klaus Reuter
 Dr. Hanno Scherf
 Dr. Roland Scola
 Dr. Peter Sievers
 Prof. Dr. Volker Sill
 Dr. Eckhardt Stein
 Prof. Dr. Ulrich Schwedes

Schwerpunkt Angiologie

Dr. Heinz-Hubert Breuer
 Michael Hasfeld
 Dr. Klaus Jaeger
 Dr. Björn-Michael Schulenburg

Schwerpunkt Endokrinologie

Prof. Dr. Frank-Ulrich Beil
 Prof. Dr. Hans-Jörg Breustedt
 Dr. Werner Mischke
 PD Dr. Rainer Pompecki
 Prof. Dr. Heinrich Schulte
 Prof. Dr. Ulrich Schwedes
 Dr. Peter Sievers

Schwerpunkt Gastroenterologie

Prof. Dr. Friedrich Begemann
 Dr. Wolfgang Burmeister
 Dr. Wolfram Garbe
 Prof. Dr. Friedrich Hagenmüller
 Prof. Dr. Peter Layer
 Prof. Dr. Michael Otte
 Prof. Dr. Andreas Raedler
 Dr. Klaus Reuter
 Dr. Tammo Frhr. v. Schrenck-Notzing
 Prof. Dr. Klaus Winckler

Schwerpunkt Hämatologie und internistische Onkologie

Dr. Klaus Becker
 Dr. Dietrich Braumann
 Dr. Siegfried Drescher
 Prof. Dr. Dieter Hossfeld
 Dr. Peter Müller
 Dr. Ulrich Müllerleile
 Prof. Dr. Axel Zander
 Dr. Reinhart Zschaber

Teilgebiet Hämatologie ('89)

Dr. Siegfried Drescher
 Prof. Dr. Dieter Hossfeld
 Prof. Dr. Rolf Kuse
 Dr. Ulrich Müllerleile
 Dr. Ruth Sonnen

Schwerpunkt Kardiologie

Prof. Dr. Hugo-Th. Heidemann
 Dr. Andreas Hinrichs
 PD Dr. Klaus-Peter Kunze
 Prof. Dr. Detlef Mathey
 Prof. Dr. Thomas Meinertz
 Dr. Volker Petersen
 Dr. Henning Seevers
 Prof. Dr. Joachim Schofer
 Prof. Dr. Paul Spiller

Schwerpunkt Nephrologie

Dr. Erik Berg
 Prof. Dr. Folkert Bode
 Dr. Walter Kapaun
 Dr. Peter Kusche
 Prof. Dr. Hartmut Liebau
 Prof. Dr. Rolf Stahl
 PD Dr. Karl Wagner

**Schwerpunkt Pneumologie
(bisher Lungen- und
Bronchialheilkunde)**

Dr. Jürgen Ebeling
 Dr. Jens Grützmaker
 Dr. Hein ten Hoff
 Dr. Jan Fraedrich
 Dr. Andreas Karmeier
 Prof. Dr. Eckhard Kaukel
 Dr. Ulrich Kramer
 Dr. Thomas Kurz
 Dr. Dirk-Christian Patzer
 Dr. Manfred Peters
 Dr. Tibor Schmoller
 Prof. Dr. Volker Sill
 Dr. Rolf-Dietrich Staud

Schwerpunkt Rheumatologie (IM)

Prof. Dr. Knut Grasedyck
 Dr. János Oláh
 Dr. Volker Petersen
 Dr. Waltrud Weyerbrock

**Spezielle Weiterbildung: Spezielle
Internistische Intensivmedizin**

Prof. Dr. Georg Kreyman
 Dr. Norbert Ruge
 Dr. Andreas Thiemann
 PD Dr. Bertram Weiß

**Spezielle Weiterbildung: Klinische
Geriatric**

Dr. Jens Bruder (Neurologie)
 Dr. Peter Flesch (Innere Medizin)
 PD Dr. Werner Hofmann (Innere
 Medizin)
 Prof. Dr. Hans P. Meier-
 Baumgartner (Innere Medizin)
 Dr. Michael Michaelis (Innere
 Medizin)
 Dr. Roland Scola (Innere Medizin)
 Dr. Jutta Wilk (Innere Medizin)

**Fachkunde: Sigmoido-Koloskopie
im Gebiet Innere Medizin**

Dr. Jan Brannath
 Dr. Joachim Guntau
 Dr. Dag-Alexander Keilhau
 Dr. Ulrich Spink
 Dr. Ulrich Wendisch

Kinderchirurgie

Ryszard Kamzela
 Dr. Peter Reifferscheid
 Dr. Gero Wesener

Kinderheilkunde

Dr. Frank Baumann
 Dr. Matthias Boos
 Dr. Ludolf Carstens
 PD Dr. Hans-Dieter Frank
 Dr. Anatol Kurme
 Dr. Rudolf Lepler
 Dr. Hans-Ulrich Neumann
 Dr. Winfried Oelkers
 Dr. Burkhard Pauka
 Dr. Wolfgang Rebien
 Dr. Bernd Riedel
 Prof. Dr. Frank Riedel
 Dr. Karl Robert Schirmer
 Dr. Gero Schumacher
 Prof. Dr. Nikolaus Stahnke
 Prof. Dr. Kurt Ullrich
 PD Dr. Norbert Veelken
 Prof. Dr. Rolf Willig

Schwerpunkt Kinderkardiologie

Dr. Christian Beyer
 Dr. Werner Henschel
 Dr. Michele Eiselt
 Dr. Andreas Müller
 Dr. Stefan Renz
 Dr. Karl Robert Schirmer
 Dr. Katrin Schirmer
 Prof. Dr. Jochen Weil

Schwerpunkt Neonatologie

PD Dr. Jens-Christian Commentz
 Dr. Egmont Harps
 Prof. Dr. Hans Henning Hellwege
 Dr. Axel Hennenberger
 Dr. Reinhard Laux
 Dr. Christian Pörksen
 PD Dr. Elisabeth Raedler
 Dr. Rainer Süßenguth
 Wulf Ziegenrucker

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Pädiatrische Intensivmedizin

PD Dr. Jens-Christian Commentz
 Dr. Egmont Harps
 Prof. Dr. Hans Henning Hellwege
 Dr. Axel Hennenberger
 Dr. Christian Pörksen
 PD Dr. Elisabeth Raedler
 Dr. Rainer Süßenguth
 Wulf Ziegenrucker

Kinder-u. Jugendpsychiatrie ('89)

Prof. Dr. Margarete Berger
 Dr. Silvia Borns
 Dr. Rudolf Dürr
 Bernhard Henke
 Dr. Charlotte Köttgen
 Dr. Kai-Uwe Nöhring
 Prof. Dr. Peter Riedesser
 Dr. Thomas von Villiez

Kinder-, Jugendpsychiatrie und -psychotherapie

Prof. Dr. Margarete Berger
 Dr. Silvia Borns
 Bernhard Henke
 Dr. Kai-Uwe Nöhring
 Prof. Dr. Peter Riedesser
 Prof. Dr. habil. Michael Schulte-Markwort

Laboratoriumsmedizin

Prof. Dr. Rüdiger Arndt
 Dr. Claus Fenner
 Dr. Volker Freitag
 Prof. Dr. Knut Harm
 Dr. Sieghard-Carsten Kampf
 Dr. Dorothea Keeser
 Prof. Dr. Rainer Laufs
 PD Dr. Rolf Schlaeger
 Dr. Carsten Schmidt
 Prof. Dr. Herbert Schmitz
 Dr. Siegfried Seliger

Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie

Prof. Dr. Jochen Bockemühl
 Dr. Heinz-Hubert Feucht
 PD Dr. Heiner Freiesleben
 PD Dr. Achim Hörauf
 Dr. Andreas Sammann
 Dr. Oliver Sandkamp
 PD Dr. Walter Sietzen
 Herr Ingo Sobottka
 Dr. Andreas Wille
 Prof. Dr. Hinrik von Wulffen

Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie

Dr. Dr. Norbert Bock
 Dr. Dr. Wolfgang Busch
 Dr. Peter Calais
 Dr. Dr. Volker Cordes
 Dr. Dr. Michael Günther
 Dr. Dr. Uta Hammer
 Prof. Dr. Dr. Irene Jend-Rossmann
 Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt
 Prof. Dr. Dr. Rainer Schmelzle
 Dr. Dr. Hartmut Schubert
 Dr. Dr. Michael Werner

Neurochirurgie

Dr. Eckhard Fliedner
 PD Dr. Niels Freckmann
 Prof. Dr. Henning Friedrich
 Prof. Dr. Eckard Halves
 Dr. Thomas Hinzpeter
 Dr. Friedrich Schönberg

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurochirurgische Intensivmedizin

PD Dr. Niels Freckmann
 Dr. Martin Jakisch
 Dr. Christa Kamm
 Dr. Johannes Alexander Köppen
 Prof. Dr. Manfred Westphal

Neurologie

Hartmut Fischer-Düsterhoff
 Dr. Arnd Gottesleben
 Dr. Werner Günther
 Dr. Dita Igloffstein
 Prof. Dr. Lutz Lachenmayer
 PD Dr. Michael Michalik
 Dr. Michael Michler
 Prof. Dr. Axel Müller-Jensen
 Prof. Dr. Eberhard Schneider
 Dr. Jürgen Tonagel
 Dr. Karl Vogel
 Prof. Dr. Peter Vogel

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurologische Intensivmedizin

PD Dr. Hans-Christian Hansen
 Dr. Hannelore Krömer
 Prof. Dr. Lutz Lachenmayer
 Prof. Dr. Axel Müller-Jensen
 Dr. Hans Jörg Stürenburg

Neuropathologie

Dr. Rudolf Laas
 Prof. Dr. Dr. Dimitrios Stavrou

Nuklearmedizin

Dr. Karlheinz Adam
 Dr. Ernst Bieler
 Prof. Dr. Malte Clausen
 Dr. Peter Frank
 Dr. Christian Franke
 Dr. Michaela Garn
 Prof. Dr. Bernhard Leisner

Orthopädie

Dr. Harm Bredemeier
 Dr. Joachim Haring
 PD Dr. Achim Hedtmann
 Dr. Torsten Hemker
 Prof. Dr. Ekkehard Hille
 Dr. Rolf Rainer Lange
 Dr. Rüdiger Neumann
 Dr. Joachim Niehaus
 Dr. Walter Petzoldt
 Dr. Ralf Theermann
 Dr. Carsten Timm
 Prof. Dr. Wolfgang Rüter

Teilgebiet Rheumatologie (Orth.)

Dr. Horst Bräuer
 Dr. Ursula Rebien
 Dr. Stephan Redeker
 Prof. Dr. Wolfgang Rüter
 Dr. Werner Siekmann
 Dr. Ulrich von Wehren

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Orthopädische Chirurgie

Dr. Jürgen Bruns
 PD Dr. Birgit Hermann
 Prof. Dr. Ekkehard Hille
 Dr. Dirk Rose
 Prof. Dr. Wolfgang Rüter
 Dr. Werner Siekmann
 Dr. Manfred Thomsen
 Dr. Ralf Theermann

Pathologie

Prof. Dr. Jörg Caselitz
 Prof. Dr. Günter Delling
 Prof. Dr. Joachim Gottschalk
 Prof. Dr. Udo Helmchen
 Dr. Rudolf Kopf
 Prof. Dr. Helmut Lietz
 Prof. Dr. Thomas Löning
 Dr. Brigitte Mahn
 Prof. Dr. Wolfgang Saeger
 Prof. Dr. Mathias Vierbuchen

Spezielle Weiterbildung: Molekularpathologie

Prof. Dr. Rolf-Peter Henke
 Prof. Dr. Thomas Löning
 Prof. Dr. Wolfgang Saeger

Pharmakologie u. Toxikologie

Prof. Dr. Ingrid Amon
 Prof. Dr. Hans Marquardt
 Prof. Dr. Hans-Jürgen Mest
 Prof. Dr. Achim Schmoltdt
 Prof. Dr. Hasso Scholz

Phoniatrie und Pädaudiologie

Prof. Dr. Markus M. Hess
 Dr. Marianne Röhrs

Physikalische und Rehabilitative Medizin

Dr. Dr. Helmut Brinkmann
 Dr. Rüdiger Brocks
 Angela Maria Deventer
 Dr. Peter Flesch
 Jörg Galler
 Dr. Jean-Jacques Glaesener
 Dr. Hans-Wilhelm Hassenstein
 Dr. Antje Materna
 Dr. Folker Röhrig
 Ronald Wesche

Physiologie

Prof. Dr. Burkhard Bromm
 Prof. Dr. Ekkehard Rumberger
 Prof. Dr. Hobe Schröder
 Prof. Dr. Jürgen Schwarz

Plastische Chirurgie

Dr. Angelika Biewener
 Dr. Robert Festge
 Dr. Klaus Fischer
 PD Dr. Dr. Reinhard Gröner
 Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger
 Dr. Winfried Kauh-Edler v. Pollak
 Dr. Jörn-Peter Kunert
 Dr. Irini Panteli
 Prof. Dr. Bernd-Dietmar Partecke

Psychiatrie

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff
 Dr. Rudolf Dürr
 Dr. Hans-Joachim Funke
 Dr. Jürgen PhilippFurtwängler
 PD Dr. Hans-Peter Knipp
 Dr. Heidi Peters
 Dr. Theo Piegler
 Dr. Hans Ramm
 Dr. André Rensch
 Dr. Wolfgang Seeler
 Klaus E. Weber

Psychiatrie und Psychotherapie

Dr. Theo Piegler
 Dr. Hans Ramm
 Dr. Hans Schultze-Jena
 Prof. Dr. Michael Stark (VT)
 Dr. Claus Waechter

Psychotherapeutische Medizin

Prof. Dr. Stephan Ahrens (TF)
 Dr. Sigrid Frerk (TF)
 Dr. Dieter Hoppe (TF)
 PD Dr. Ulrich Lamparter (TF)
 Dr. Michael Klöpper (TF)
 Dr. Birgitta Rüth-Behr (TF)
 Prof. Dr. Michael Stark (VT)
 Dr. Christian Trabandt (VT)
 Jutta Westphal (TF)

Rechtsmedizin

Prof. Dr. Klaus Püschel
 Dr. Friedrich Schulz

Strahlentherapie

Prof. Dr. Winfried Alberti
 Dr. Ingomar Janik
 Dr. Ulrich Reichardt

Transfusionsmedizin

(sind auch gleichzeitig Prüfer für den Bereich Transfusionsmedizin WBO '89)

Prof. Dr. Ulrich Budde
 Dr. Bolko v. Eisenhart-Rothe
 Dr. Sieghard-Carsten Kampf
 Prof. Dr. Peter Kühnl
 Dr. Volker Müller
 Prof. Dr. Alois Poschmann

Urologie

Prof. Dr. Hermann Becker
 Dr. Stephan Bünz
 Prof. Dr. Rainer Busch
 Prof. Dr. Klaus-Peter Dieckmann
 Dr. Norbert Fellenberg
 Dr. Michael Hartmann
 Dr. Lutz Kuhlmann
 Dr. Rudolf Osieka
 Prof. Dr. Hartmut Porst
 Dr. Elisabeth Spitzenpfeil
 Prof. Dr. Roland Tauber

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Urologische Chirurgie

Prof. Dr. Hermann Becker
 Prof. Dr. Klaus-Peter Dieckmann
 Prof. Dr. Roland Tauber

Allergologie

Dr. Thomas Grundmann (HNO)
 Dr. Margret Kiehn (Haut)
 Dr. Beate Kuchmeister (Haut)
 Prof. Dr. Ingrid Moll (Haut)
 Prof. Dr. Manfred Münzel (HNO)
 Dr. Hans-Joachim Proescher (HNO)
 Dr. Wolfgang Rebien (Kinderheilkunde)
 Dr. Dieter Reinel (Haut)
 Dr. Rolf-Dietrich Staud (Lungen- und Bronchialheilkunde)
 Dr. Joachim Weiß (Haut)

Betriebsmedizin (siehe Arbeitsmedizin)

Chirotherapie

Dr. Jan Backhaus
 Dr. Martin Buchholz
 Dr. Gero Dau
 Dr. Christian Holtfreter
 Dr. Axel-Joachim Kaden
 Dr. Klaus König
 Dr. Antje Materna
 Dr. Peter Möller
 Dr. Jörg Väterlein
 Roland Wesche

Flugmedizin

Dr. Edith Antweiler-Ardey
 Dr. Andreas Börger
 Dr. Heinrich Cordes
 Dr. Hans Kraus

Handchirurgie

Dr. Hans Drees
 Dr. Werner Epping
 Dr. Klaus Fischer
 Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger
 Dr. Rüdiger Neumann
 Prof. Dr. Bernd-Dietmar Partecke
 Prof. Dr. Johannes Maria Rueger
 Dr. Hans-Joachim Stammer
 Dr. Michael Völlinger

Homöopathie

Dr. Gisela Brehmer
 Dr. Klaus Habich
 Dr. Ose Hein
 Dr. Johann-Dietrich Jaeger
 Dörte Kohlbach
 Elke Olearius-Wittenauer
 Dr. Jürgen Rehder
 Dr. Klaus Rentrop
 Ulrike Schroeder
 Dr. Marianne Sinning
 Dr. Hans Walbaum
 Dr. Matthias Will
 Dr. Marta Zolcsak

Medizinische Genetik (siehe Humangenetik)**Medizinische Informatik**

Dr. Kerstin Bohnsack
 Prof. Dr. Knut Harm
 Dr. Christian Heinrich

Naturheilverfahren

Dr. Dr. Helmut Brinkmann
 Jörg Galler
 Dr. Thomas Heitzmann
 Dr. Herbert von Laer
 Dr. Kamran Maher
 Ernst Ingo Middelhaufe
 Dr. Jörg Reiter
 Dr. Jürgen Rehder
 Dr. Ralph-Peter Schink
 Dr. Eckhart Sies
 Dr. Rüdiger Weiss

Phlebologie

Dr. Gisela Delventhal
 Dr. Altfried Kirchhoff
 Dr. Karl-Christian Münter
 Dr. Karl-Heinz Rätz
 Dr. Holger Reinke
 Dr. Hildegard Rösenberg
 Dr. Ingo Schmidt

Physikalische Therapie

Dr. Till Baumgarten
 Dr. Dr. Helmut Brinkmann
 Dr. Jean-Jaques Glaesener
 Dr. Hans-Wilhelm Hassenstein
 Prof. Dr. Ekkehard Hille
 Dr. Folker Röhrig

Plastische Operationen

Dr. Thomas Benkendorf (HNO)
 Dr. Dr. Volker Cordes (MKG)
 Dr. Dr. Uta Hammer (MKG)
 Dr. Wulf Heher (HNO)
 Dr. Gernot Hermanussen (HNO)
 Dr. Thomas Grundmann (HNO)
 Prof. Dr. Manfred Münzel (HNO)
 Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt (MKG)
 Prof. Dr. Dr. Rainer Schmelzle
 (MKG)

Psychoanalyse

Dr. Inge Bessert-Stute
 Prof. Dr. Friedrich-W. Deneke
 Dr. Justus Engelhardt
 Dr. Volker Friedrich
 Dr. Edelgard Müller
 Dr. Carl Nedelmann
 Dr. Bettina Steinberger
 Dr. Hartmut Wegehaupt
 Siegrid Witt
 Dr. Volker Zentner

Psychotherapie (TF)

Dr. Sigrid Frerk
 Dr. Hans-Joachim Funke
 Dr. Dieter Hoppe
 Dr. Michael Klöpffer
 Dr. Beate Martius
 Dr. Theo Piegler

Psychotherapie (VT)

Prof. Dr. Iver Hand
 Prof. Dr. Michael Stark
 Dr. Christian Trabandt
 Klaus-E. Weber

Rehabilitationswesen

Prof. Dr. Wolfgang A. Dauch
 Dr. Gerhard Exner
 Dr. Christa Kamm
 Susanne Kreuzkamp
 Dr. Helmut Wallrabenstein
 Dr. Britta Zerbst-Schröder

Rettungsmedizin

Dr. Cord Busse
 Maria Gerigk
 Dr. Stefan Kappus
 PD Dr. Thomas Kloess
 PD Dr. Georg von Knobelsdorff
 Dr. Henning Krause
 Dr. Rolf Kretschmer
 Dr. Heinzpeter Moecke
 Dr. Hans-Richard Paschen
 Dr. Peter Voeltz
 Dr. Sebastian Wirtz

Sozialmedizin

Dr. Peter Behrens
 Dr. Christine Goebel
 Dr. Reinhard Jaehn
 Dr. Marie-Luise Kölln
 Dr. Detlef Kühn
 Dr. Bernd Schepers
 Dr. Gerhard Vogel

Spezielle Schmerztherapie

Prof. Dr. Helge Beck
 Dr. Martin Benkenstein
 Dr. Harald Böttcher
 Naomie Cayemitte-Rückner
 Dr. Maja Falckenberg
 Dr. Erika Höhne
 Dr. Dietrich Jungck
 Eva Jungck
 Dr. Bruno Kniesel
 Dr. Joachim Nitsche
 Dr. Clauspeter Pfad
 Marion Schölzel
 Eberhard Weber
 Dietrich Willemsen

Sportmedizin

Peter Benckendorff
Prof. Dr. Klaus-Michael Braumann
Dr. Harm Bredemeier
Dr. Bernd Kabelka
Dr. Carsten Lütten
Klaus Schäfer
Dr. Karl Robert Schirmer

Stimm-u. Sprachstörungen

Dr. Ingke Andreae
Henning Brunckhorst
Dr. Werner Frank
Dr. Helmut Grossgerge
Prof. Dr. Markus M. Hess
Dr. Gerd Kruse
Dr. Ursula Siebert
Alexander Swiridoff

Transfusionsmedizin
(siehe Gebietsbezeichnung
Transfusionsmedizin)**Tropenmedizin**

Prof. Dr. Manfred Dietrich
Dr. Miklós Hazay
Dr. Andreas Meyer
Dr. Manfred Peters
Dr. Hans-M. Schrader
Dr. Axel Sommer

Umweltmedizin

Dr. Gabriele Buck-Görges
Dr. Dr. Thomas Fenner
Dr. Annette Gäßler
Dr. Adib Harb
PD Dr. Dr. Andreas Kappos
Dr. Mouin Kidess
Dr. Sabine Müller-Bagehl
Dr. Norbert Neuburger
Dr. Wolfgang Paulsen
Dr. Thomas Schultek
Michel Walz
Dr. Ursula Weissen
Dr. Albrecht zum Winkel

**Fachkunde Suchtmedizinische
Grundversorgung**

Dr. Klaus Behrendt
Prof. Dr. Michael Krausz
Dr. Robert Stracke